

Algeria-Watch

Infomappe 32

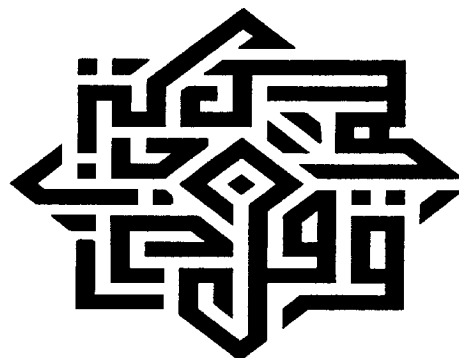
Sommer 2005

Terrorismus im Dienste der Großmächte?

"Versöhnung" auf Kosten von Wahrheit und Gerechtigkeit?

Missionen der internationalen NGO in Algerien

Abschiebungen aus Großbritannien



*Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet: www.algeria-watch.org*

Inhalt

I. Analyse

Terrorismus im Dienste der Großmächte?	3
--	---

II. Charta für den Frieden und nationale Versöhnung

"Versöhnung" auf Kosten von Wahrheit und Gerechtigkeit?	14
Projet de charte pour la paix et la réconciliation nationale	17
Algeria: President calls referendum to obliterate crimes of the past	21
Algeria: Impunity Should Not be Price of Reconciliation	23
Déclaration sur la charte pour la paix et la réconciliation nationale.....	25
Sur la charte pour la paix et la réconciliation nationale	28
Victims groups question Algeria amnesty	30
Algerien soll den "schmutzigen Krieg" vergessen	31
Save UN panel expresses concern over persistence of enforced disappearances, underreporting of cases	33

III. Missionen der internationalen NGO in Algerien

"Die grundlegenden Rechte der Opfer können nicht einfach außer Kraft gesetzt werden, weil sie unbequem sind"	35
Algeria: initial report of an Amnesty International delegation's visit to Algeria, 6 - 25 May 2005.....	40
Algeria: Justice at Risk for Abuses Past and Present	43
Mission de la FIDH en Algérie.....	45

IV. Abschiebungen aus Großbritannien

Extremists who are deported will be tortured, warns UN expert	47
UK lists deportation rules for radicals	49

V. Verschiedenes

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Pressefreiheit in Algerien	51
Skandal in der Trierer Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende.....	53
USA errichten Abhörstation in Algerien.....	54
Durch die Wüste	55

Algeria-Watch e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialog zwischen den Konfliktparteien.

Algeria-Watch e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:

Algeria-Watch e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Kontonummer 329 75 00

Algeria-Watch-Infomappe erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 2,50 Euro (+ Porto); Abo: 12,- Euro.

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net Im Internet: www.algeria-watch.org

Impressum

Herausgeber: algeria-watch e.V.

V.i.S.d.P.: B. Soor

Terrorismus im Dienste der Großmächte?

Salima Mellah, *Algeria-Watch*, September 2005

Die Anschläge in London im Juli 2005 verstärkten in Europa die Befürchtung, dass weitere Bomben hochgehen könnten. Die Zuspitzung der Konflikte zwischen den europäischen Staaten untereinander einerseits und mit den USA andererseits, die immer komplexer werdende Lage in Afghanistan, Syrien, Libanon und Irak und die unerbittliche Konkurrenz um den Zugriff auf die Erdölreserven lassen Anschläge durchaus als realistisch erscheinen. In Europa und den USA wird die massive Verschärfung der Sicherheitspolitik, das Aushöhlen der Bürgerrechte, des Ausländer- und Asylrechts seit dem September 2001 mit der "Terrorismusbekämpfung" legitimiert.

In Frankreich beispielsweise wurde die Alarmstufe auf rot gesetzt, und es wird die permanente Gefahr eines Blutbades an die Wand gemalt. Die potentiellen Urheber sind bereits ausgemacht. Es handelt sich um die algerische GSPC (*Groupe salafiste pour la prédication et le combat*), eine Abspaltung der berüchtigten GIA (*Groupes islamiques armés*), die für unzählige Morde an Zivilisten und Massaker in Algerien in den 90er Jahren verantwortlich gemacht werden. In Frankreich sollen sie 1995 mehrere Bombenanschläge verübt haben, die 9 Tote und rund 200 Verletzte verursachten. Journalisten, Experten und Politiker greifen immer wieder auf diese schmerzliche Erinnerung zurück, um auf die heutige Gefahr hinzuweisen. Trotz der beklemmenden Erwartung neuerlicher Bombenanschläge ist es notwendig, einen kühlen Kopf zu bewahren und sich zu fragen, auf welcher Grundlage die offiziellen Ankündigungen basieren und wie stichhaltig die angeführten Indizien in Bezug auf die möglichen Urheber dieser Terrorakte sind. Insbesondere im Fall von algerischen Terrorgruppen ist die Rolle des algerischen Geheimdienstes (DRS) und des französischen Inlandsgeheimdienstes (DST) bei manchen Operationen der GIA in Algerien wie auch in Frankreich keineswegs unbekannt.

Der Putsch der algerischen Generäle im Januar 1992, mit dem der Wahlsieg der FIS (*Front islamique du Salut, Islamische Rettungsfront*) verhindert wurde, wurde von der politischen Klasse in Frankreich im Allgemeinen begrüßt. Doch die anschließende massive Repressionswelle, der Zehntausende vermeintliche FIS-Anhänger zum Opfer fielen, und vor allem der Mord an Präsident Boudiaf vor laufender Kamera im Juni 1992 haben deutlich gezeigt, dass die Putschisten vor nichts zurückschrecken, um an der Macht zu bleiben. In Frankreich kollidierten zwei Auffassungen: Innenminister Charles Pasqua unterstützte rückhaltlos die algerischen Generäle, während Außenminister Alain Juppé sich reservierter zeigte und einen Dialog zwischen allen Parteien, die der Gewalt abschworen, einschließlich der FIS, befürwortete. Dieser Widerspruch in der Haltung gegenüber dem algerischen Regime schlug sich auch in den Positionen der Auslands- und Inlandsgeheimdienste Frankreichs nieder. Die DST hatte stets sehr gute Beziehungen zu den algerischen Kollegen gepflegt, während der französische Auslandsgeheimdienst DGSE vorsichtiger war.

Frankreich an der Seite der Putschisten

Frankreich im Fadenkreuz der GIA

Ohne Verfassung und legitime Institutionen brauchte das algerische Regime nach dem Putsch umso dringlicher die Hilfe Frankreichs, um die internationale Anerkennung wieder zu gewinnen und vor dem Staatsbankrott gerettet zu werden. Auf eine tatkräftige Unterstützung der USA war nicht zu rechnen, denn sie hatten zeitweilig mit einem Machtwechsel zu Gunsten der Islamisten geflirtet. Doch die öffentliche Meinung in der ehemaligen Kolonialmacht musste von der Unvermeidbarkeit des Putsches zur Rettung der Demokratie erst überzeugt werden. Und es war wichtig, dass die FIS mit den GIA identifiziert wurde, um die flächendeckende Repression des Militärs gutzuheißen. Zwischen 1994 und 1997 wurden Zehntausende Menschen verhaftet, Tausende wurden Opfer extralegalen Tötungen, zwischen 10000 und 20000 verschwanden, und die Folter wurde systematisch angewandt. Zehntausende FIS-Kader und -Anhänger flohen ins Ausland und bauten Exilorganisationen auf. In Algerien nahmen viele den bewaffneten Kampf auf. Ein Erstarken einer Untergrundorganisation, die in den ersten Jahren eine breite Unterstüt-

zung in der Bevölkerung genoss, durfte aus Sicht der Militärs nicht auch noch im Ausland auf Zustimmung stoßen. Deshalb war es notwendig, die im Exil agierenden FIS-Kader zu kriminalisieren und zu verfolgen. Im Herbst 1993 heckten Mitarbeiter des DRS mit der Beteiligung von Marchiani, einem engen Berater von Pasqua, eine Operation aus. Hocine Ougenoune, ehemaliger Geheimdienstoffizier, der in der algerischen Botschaft in Paris tätig war, berichtet: "General Smail Lamari, Chef der Gegenspionage (DCE), kam nach Paris, um die Zusammenarbeit mit der DST voranzutreiben. Er präsentierte Jean-Charles Marchiani mehrere Szenarien. Eines davon sah vor, eine Autobombe vor der französischen Botschaft in Algier explodieren zu lassen. Aber Marchiani hat Smain davon überzeugt, dass eine Geiselnahme auf der emotionalen Ebene besser auszunutzen und ihre Medienwirksamkeit größer wäre. Er hat gefordert, dass, um die Sicherheit der zukünftigen Geiseln zu garantieren, die Operation vom Geheimdienst durchgeführt werden sollte, ohne die Beteiligung von Islamisten, auch wenn sie manipuliert oder streng kontrolliert sind."¹

Im Oktober 1993 wurde die Entführung von drei französischen Konsularangestellten finigiert, die nach wenigen Tagen, als Alain Juppé sich öffentlich der repressiven Haltung Pasquas anschloss, wieder freigelassen wurden. Die GIA bekannten sich dann auch zu dieser Entführung in einer Erklärung, die sie der Zeitung *Al Hayat* zuschickten. Dies war für Pasqua der Moment einzuschreiten, und er befahl eine großangelegte Verhaftungswelle, die die Zerschlagung der FIS-Strukturen und -Publikationen in Frankreich zum Ziel hatte. 10 Jahre später bestätigte Marchiani gegenüber Journalisten diese Tatsachen.² Um die Netze der islamistischen Aktivisten besser zu durchleuchten, wurden Hunderte von algerischen Agenten nach Frankreich gesandt, offiziell um ihren Kollegen zur Seite zu stehen, doch oftmals in doppelter Funktion, da sie weiterhin im Dienste der DCE, der algerischen Gegenspionage unter der Führung von Smail Lamari, standen.

In Algerien hatte der DRS immer mehr die Kontrolle über die GIA übernommen bzw. eigene Zellen aufgebaut, die unter diesem Label agierten. Eine der wichtigsten Aufgaben der eingeschleusten Agenten bestand darin, den wirklichen Widerstand zu bekämpfen bzw. diesen durch immer brutalere Anschläge zu diskreditieren. In Frankreich bauten Agenten des DRS in ähnlicher Weise Gruppen auf, die dazu ausersehen waren, Anschläge zu verüben.

Während in Frankreich eine Propagandakampagne tobte, die in allen islamistischen Manifestationen terroristische Umtriebe witterte, fand ein Anschlag gegen eine französische Einrichtung in Algier statt. Im August 1994 explodierte eine Autobombe in einer Siedlung, in der französische Funktionäre lebten. Fünf französische Staatsbürger, darunter drei Gendarmen, kamen ums Leben. Erneut bekannte sich die GIA dazu. Ehemalige Geheimdienstler behaupten jedoch, dass die Operation von Oberst Bachir Tartag, Chef des militärischen Aufklärungszentrums, organisiert wurde.³ Auch dieses Mal wurde von französischer Seite keine Untersuchung veranlasst, doch Pasqua, der keine Gelegenheit ausließ, die FIS für den Anschlag verantwortlich zu machen, ordnete eine Operation der Identitätskontrolle an, wie sie in Frankreich seit dem algerischen Befreiungskampf nicht mehr stattgefunden hatte: 27 000 Personen wurden in zwei Wochen kontrolliert. Zum ersten Mal trat Djamel Zitouni als Mitglied der GIA in Erscheinung und wurde somit über die Grenzen Algeriens hinaus bekannt. Der bislang unbedeutende Hühnervendekäufer, der mit weiteren Männern in der Führung der GIA für den DRS arbeitete, putschte sich zum Emir im Oktober 1994. Darauf folgte eine Welle von Liquidierungen in den Reihen der GIA, die diverse Gruppen veranlassten, diese zu verlassen und zu verurteilen. Die GIA entwickelten sich immer deutlicher zu einer Counter-Insurgency-Guerillagruppe in den Händen des DRS: Terror, Entführungen, Vergewaltigungen, Bombenanschläge und Massaker erreichten ihren Höhepunkt in den Jahren 1995-1997, während die Armee gleichzeitig die Kontrolle über die aufständischen Regionen zurückgewann.⁴

Auch in Frankreich sorgten die GIA erneut für Angst und Schrecken. Weihnachten 1994 wurde in Algier ein Flugzeug der Air France von einem Kommando der GIA entführt. Drei Personen wurden getötet. Eine französische Sondereinheit stürmte die Maschine, die mittlerweile nach Marseille weiter geflogen war, und alle Entführer wurden getötet. Diese Operation stand im unmittelbaren Zusammenhang mit dem bedeutenden Treffen der repräsentativen algerischen

¹ Lounis Aggoun und Jean-Baptiste Rivoire, *Françalgérie, crimes et mensonges d'Etats*, S. 344.

² idem.

³ Idem, S. 385.

⁴ Salima Mellah, *Le mouvement islamiste algérien entre autonomie et manipulation*, Dossier für das ständige Tribunal der Völker, das im November 2004 in Paris tagte. <http://www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_19_mvt_islamiste.pdf>

Opposition im November 1994 in Rom. Dieses Treffen, das Verantwortliche u.a. der drei wichtigsten Parteien des Landes, FLN, FFS und FIS, unter der Schirmherrschaft der San-Egidio-Gemeinde organisierten, erregte internationales Interesse, da zum ersten Mal seit dem Putsch von Januar 1992 eine friedliche Lösung des Konfliktes in Aussicht stand. Die Abschlusserklärung vom 13. Januar 1995 rief das algerische Regime dazu auf, Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkrieges durchzuführen, sie forderte die Beendigung der Kämpfe, die Freilassung der inhaftierten Führer der FIS und aller politischen Gefangenen sowie eine Rückkehr zur verfassungsrechtlichen Legalität und Souveränität des Volkes. Die Vertreter der FIS erklärten den Verzicht auf Gewalt, um an die Macht zu gelangen, und den Respekt des Prinzips des Machtwechsels durch Wahlen.

Algeriens Militärführung und Regierung wie auch die GIA lehnten die "Plattform von Rom" kategorisch ab. In Frankreich sahen sich die Hardliner à la Pasqua, die Islamismus mit Totalitarismus gleichsetzen, in die Defensive gedrängt, zumal ein Großteil der politischen Verantwortlichen diese Initiative begrüßte. Angesichts der Zustimmungswelle in Europa und den USA für die Initiative der Opposition musste Algeriens Junta reagieren.

Gleichschaltung der Positionen

Als Jacques Chirac im Mai 1995 zum Präsidenten gewählt und Alain Juppé Premierminister wurde, befürchteten die algerischen Generäle einen Kurswechsel in Frankreichs Politik. Der Zeitpunkt war heikel, da die algerischen Putschisten bestrebt waren, pseudo-demokratische Strukturen aufzubauen: Der bereits amtierende Präsident General Liamine Zeroual, Kandidat der Armee, sollte nun "demokratisch" gewählt werden und ein kontrollierter Wahlprozess für die Wiedereinführung eines Parlamentes und pluralistischer Kommunalverwaltungen stand bevor. Hocine Ougenoune berichtet, dass "nach der Nominierung von Alain Juppé in Matignon der Plan des Einsatzdienstes der DCE sich präzisierte : einerseits sollen manche hohe Verantwortliche der FIS, die nach Europa geflüchtet sind, liquidiert werden und andererseits sollen junge desorientierte Maghrebener manipuliert werden, um sie zu Anschlägen in Frankreich anzustacheln. In beiden Fällen soll Djamel Zitouni, "nationaler Emir" der GIA, als Deckmantel für diese Operationen der psychologischen Kriegführung des DRS in Europa dienen."⁵ Neben den Drohungen, die die GIA gegenüber Frankreich zum Ausdruck brachten, informierten die algerischen Sicherheitsdienste ihre französischen Kollegen über mögliche bevorstehende Anschläge.

Cheikh Abdelbaki Sahraoui und einer seiner Mitarbeiter wurden am 11. Juli 1995 ermordet. Der 85 Jahre alte Imam einer Pariser Moschee war Mitbegründer der FIS und galt als moderater Islamist, der durchaus als Gesprächspartner für die französischen Behörden und Medien anerkannt wurde. Djamel Zitouni bekannte sich zu diesem Mord. Kaum zwei Wochen später explodierte die erste Bombe in der Pariser Metro. Sieben Personen starben, über achtzig wurden verletzt. Fünf weitere Anschläge folgten bis Oktober 1995. Ein Verdächtiger, Khaled Kelkal, wurde von den Gendarmen vor laufender Kamera liquidiert; Boualem Bensaid wurde am 1. November in Paris festgenommen. Der Koordinator der Anschlagreihe Ali Touchent konnte aber zum wiederholten Male entkommen. Kein Wunder, denn laut Oberst Mohamed Samraoui, ehemaliger Geheimdienstoffizier, war Touchent von seinem Kollegen, dem DRS-Chef in Paris, 1993 rekrutiert worden, um islamistische Kreise zu infiltrieren. Er wurde im April 1995 zum "Verantwortlichen der GIA in Europa" befördert und baute u.a. das Netz in Chasse-sur-Rhône – die Heimatregion von Kelkal - wieder auf. Abdelkader Tigha, der damals in der Geheimdienstzentrale in Blida tätig war, bestätigte, dass Ali Touchent ihr Mann war. "Die jungen Männer wie Khaled Kelkal wussten nicht, dass Touchent für uns arbeitete. Die ganze Gruppe zu manipulieren, wäre zu riskant gewesen: im Fall einer Festnahme hätten sie sagen können: 'es ist Kapitän Abdelhafid Allouache, vom CTRI in Blida, der uns geschickt hat!' Welch ein Skandal..."⁶ Ali Touchent konnte nach Beendigung des Auftrags unbehelligt nach Algerien fliehen, obwohl er von den französischen Behörden gesucht wurde. Drei Jahre später wurde er getötet und konnte somit nicht mehr verfolgt werden.

Frankreichs Politiker wussten sehr wohl, wer diese Anschläge befohlen hatte. Jean-Louis Debré, damaliger Innenminister, der über Liquidierungskommandos informiert worden war, ahnte aber nicht, dass seine Landsleute auch betroffen werden könnten. Er beschloss, den Hin-

⁵ Françalgérie, S. 442-443.

⁶ Idem, S. 452.

termännern dieser Bombenanschläge deutlich zu zeigen, dass sie in der Instrumentalisierung der GIA einen Schritt zu weit gegangen waren. Er lud Mitte September 1995 Journalisten ein und äußerte seine Überlegungen über eine mögliche Manipulation des Terrorismus durch algerische Dienste. Am nächsten Tag war diese Information die Schlagzeile der *Le Monde*. Ein ehemaliger Berater von Charles Pasqua sagte ganz deutlich gegenüber Journalisten, dass die Anschläge von Paris eine vom DRS organisierte und finanzierte Operation der psychologischen Kriegführung war.⁷

Damit hatten Algeriens Generäle erreicht, was sie wollten: Frankreichs politische Klasse und öffentliche Meinung schlugen sich uneingeschränkt auf die Seite der Putschisten. Die französische Position setzte sich in der Folge auch gegenüber den europäischen Partnern durch. Der Krieg konnte in Algerien unbehelligt im Namen der GIA weitergeführt werden. Angesichts des unvorstellbaren Terrors, dem das Land täglich ausgesetzt wurde, konnten die IWF-Auflagen sowie die gewaltsame Schließung Hunderter Betriebe ohne Protest durchgeführt werden. Schlimmer noch, Hunderttausende von Menschen wurden durch die vom Geheimdienst eingesetzten GIA aus ihren Dörfern vertrieben, um dem bewaffneten oder unbewaffneten Widerstand den Boden zu entziehen, und bevölkerten die Slums am Rande der Städte. Innerhalb von wenigen Jahren schlug die Stimmung durch Terror und Vertreibung um. Zehntausende Männer ließen sich in Milizen rekrutieren, um an der Seite der Armee den schmutzigen Krieg zu führen. Ab 1996 begannen die großen Massaker, die bis 1998 Tausende von Opfern forderten.

Eine besonders abscheuliche Tat bleibt vielen in Europa in Erinnerung: die Entführung und Ermordung der sieben Mönche von Tibhirin im März-Mai 1996. Auch hier spielte die DRS-Antenne in Blida (und die französischen Geheimdienste) eine Schlüsselrolle.⁸ Als die internationale Empörung 1997 angesichts der Massenmorde in die Forderung einer unabhängigen Untersuchungskommission mündete, halfen Frankreichs Politiker und Intellektuelle diese zu ersticken.⁹ Bis heute blieben die meisten Morde und Massaker ungeklärt. Als schließlich die GIA ab 1998 ihren Dienst getan hatten, verschwanden sie allmählich. Doch in der Zwischenzeit hatte sich eine neue Organisation gegründet, die GSPC, die allerdings erst einige Jahre später international Aufsehen erregte und noch viel von sich reden machen wird.

Verschärfte Konkurrenz zwischen USA und Frankreich

Schon während der großen Massaker des Jahres 1997 wurde von einer wachsenden Konkurrenz zwischen den USA und Frankreich berichtet. Präsident General Liamine Zeroual und sein Berater General Mohamed Betchine, die allgemein als "Versöhner" dargestellt wurden, schienen die Gunst der Amerikaner zu genießen, während die Hardliner General Larbi Belkheir, der ewige Berater des Präsidenten, und die Führung der Sicherheitsdienste auf die Unterstützung Frankreichs rechnen konnten. Die Massaker waren Ausdruck eines Machtkampfes um die Kontrolle der algerischen Ressourcen und des algerischen Marktes. Präsident Zeroual gab schließlich im September 1998 den Kampf gegen die "Hardliner" auf, und das Militär setzte Abdelaziz Bouteflika ein.

Das Ansehen des algerischen Regimes wurde dank der diplomatischen Künste von Bouteflika, der im April 1999 als Kandidat der Militärführung ins Amt gewählt wurde, verbessert. Bouteflika gab vor, sich politisch vom harten Kurs der Putschisten abzusetzen, ohne jedoch die von ihnen diktierte "rote Linie" je zu überschreiten. Zu Beginn der Jahre 2000 sorgten eine Reihe von Enthüllungen über die subversiven Methoden der Terrorismusbekämpfung und die Massaker für ein gewisses Unbehagen in den Reihen der Generäle. Die Entwicklung des internationalen Rechts ließ die Aussicht auf eine Verfolgung der Folterer und Verantwortlichen der "Todesmaschine" näher rücken. General Khaled Nezzar, einer der wichtigsten Putschisten, erstattete 2002 gegen einen Unteroffizier, der es gewagt hatte, seine Erfahrungen in einer Spezialeinheit der Armee öffentlich zu machen, Anzeige. Im Gerichtssaal wurde aber dem Regime der Prozess gemacht, und Nezzar verlor.¹⁰ Dies machte deutlich, dass der "Sieg" der Junta vom Wohlwollen

⁷ Idem, 454.

⁸ Algeria-Watch, Wer tötete die Mönche von Tibhirin, Infomappe 22, Januar 2003, http://www.algeria-watch.org/de/artikel/aw_tibhirin.htm

⁹ Salima Mellah, Les massacres en Algérie, 1992-2004, Dossier für das ständige Tribunal der Völker, das im November 2004 in Paris tagte. http://www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_2_massacres.pdf

¹⁰ Algeria-Watch, Die Junta vor Gericht, Infomappe 20-21, September 2002, http://www.algeria-watch.org/de/infomap/20-21/junta_gericht.htm

ihrer mächtigen Verbündeten abhängig ist, und die Menschenrechtsfrage ihnen jederzeit zum Verhängnis werden kann.

Der 11. September und die amerikanisch-algerische Freundschaft

Erst die Anschläge vom 11. September 2001 veränderten die Stellung des Regimes grundsätzlich. Auf einmal galt Algerien als "Partner", ja als "Musterschüler" in der internationalen Terrorismusbekämpfung der USA. Ihre Politiker wurden nicht müde zu behaupten, dass Washington, "was den Kampf gegen den Terrorismus angeht, von Algerien viel lernen" kann.¹¹ Diese zuvorkommende Haltung der Supermacht verschleierte kaum ihre wachsende Hegemoniebestrebung über das traditionelle "Herrschaftsgebiet" Frankreichs. Die USA haben es insbesondere auf die Erdölvorkommen in der Region abgesehen, und um diese zu sichern, sind US-Militärstützpunkte und kooperierende Armeen in der Region notwendig. Die militärische Kooperation mit Algerien erhielt ab 2000 konkrete Konturen. Der Oberbefehlshaber der algerischen Armee, General Molamed Lamari, reiste im Februar 2001 zum Stuttgarter Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa. Und nach den Anschlägen von Washington und New-York wurde diese beginnende offizielle Zusammenarbeit intensiviert.

Im Dezember 2002 wurde die Pan-Sahel-Initiative in der gesamten Sahel-Region lanciert. Die Umsetzung begann nach der Entführung der europäischen Touristen Anfang 2003. Neben Waffenlieferungen und der Ausbildung von Armeeeinheiten wurden bereits kleine Militärbasen in der Region errichtet. Die Amerikaner begnügten sich aber nicht mit einer militärischen Präsenz, sondern ihre Ambitionen sind in dem umfassenden Vorhaben, die "Great Middle East"-Region zu beherrschen, kaum verschleiert. Heute heißt der Plan "Middle East Partnership Initiative" (MEPI) und versucht, durch ein dichtes Netz von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen (National Endowment for Democracy (NED), National Democratic Institute for International Affairs (NDI), Freedom House, International Republican Institute (IRI), Center for International Private Enterprise (CIPE), usw.) Einfluss auf die Politik und die Zivilgesellschaft der jeweiligen Länder auszuüben. Die USA geben vor, die politischen, ökonomischen und sozialen Reformen in der Region von Marokko bis Pakistan zu unterstützen.

Angesichts dieser amerikanischen Offensive im "Hinterhof" Frankreichs, bemühte sich dieses seine Jahrzehnte alten Beziehungen zu Algerien neu zu gestalten. Im Zuge der Reisen mehrerer Delegationen von Ministern und Managern begab sich auch Präsident Jacques Chirac im März 2003 nach Algier und verabschiedete mit seinem Amtskollegen Bouteflika die "Deklaration von Algier". Diese Absichtserklärung sieht einen umfassenden Kooperationsvertrag auf politischer, ökonomischer und militärischer Ebene zwischen beiden Ländern vor. Ein Freundschaftsvertrag – der oft mit dem deutsch-französischen verglichen wird - ist für 2005 vorgesehen, doch könnte die Unterzeichnung verschoben werden.

Zwei Ereignisse sollten die amerikanische Präsenz in Form der Terrorismusbekämpfung in der Region rechtfertigen: Die Entführung der Sahara-Touristen zu Beginn 2003 und die Attacke auf die Militärstation von Lemghity in Mauritien am 4. Juni 2005. Der erste Vorfall begründete die Errichtung einer US-Armeebasis und einer Abhörzentrale, auf der 400 US-Soldaten stationiert sind, in der Nähe von Tamanrasset.¹² Und der zweite Vorfall fand genau zum Zeitpunkt des "größten Militärmanövers amerikanischer Truppen in Afrika seit dem zweiten Weltkrieg" vom 6. bis 26. Juni 2005 statt. An der Operation Flintlock beteiligten sich rund 3000 Soldaten aus acht Ländern der Region.

Die Geiselnahme mehrerer Touristengruppen im Frühjahr 2003 wurde der GSPC zugerechnet, doch stellt sich einmal mehr die Frage, inwieweit Geheimdienste diese geplant und bis zu einem gewissen Grad durchgeführt haben. Die entscheidende Figur in dieser Operation ist Amari Saifi, alias al-Para, der gerne als "Ben Laden der Wüste" bezeichnet wird.

¹¹ William Burns, US-Vizeaußenminister und Sondergesandter für den Nahen Osten in Algier, zitiert von The New York Times, 10. 12. 2002.

¹² Canard Enchaîné, 27. Juli 2005.

"El-Para" und die Entführung der europäischen Touristen

Der Lebenslauf von al-Para ist kein außergewöhnlicher und weist schon auf mögliche Verbindungen zwischen der GSPC und dem algerischen Geheimdienst hin. Er wird meist als ehemaliger Fallschirmjäger präsentiert, der der Garde von General Khaled Nezzar, ehemaliger Verteidigungsminister, angehörte. Er desertierte 1991 oder 1992 und soll sich 1994 - laut der Webseite des *Centre de recherche sur le terrorisme depuis le 11 septembre 2001* - den algerischen Behörden gestellt haben. Er wurde mehrmals in Begleitung des schon erwähnten Oberst Athmane Tartag gesehen. Nach einem dreijährigen Aufenthalt im US-amerikanischen Fort Bragg, dem Ausbildungslager der Green Berets, soll al-Para laut algerischer Presse 1997 wieder "desertiert" sein. Die erste größere Aktion, die ihm als einer der Verantwortlichen der GSPC zugeschrieben wurde, war ein Hinterhalt am 4. Januar 2003 im Osten des Landes, bei dem 43 Soldaten getötet wurden.¹³ Internationales Aufsehen erregte "al-Para", der nunmehr als N° 2 der GSPC bezeichnet wurde, obwohl er in keinem Organigramm der Organisation erscheint, mit der Entführung der europäischen Touristen, darunter auch 16 Deutsche. Lange Zeit war nicht klar, wer die Sahara-Besucher gekidnappt hatte, denn weder ein Bekennterschreiben noch Forderungen waren bekannt.¹⁴ Nach einer wochenlangen Odyssee in der Wüste, die angeblich genauestens vom algerischen Militär, aber auch von europäischen und amerikanischen Sicherheitsdiensten verfolgt wurde, hat die algerische Armee eine Gruppe von Geiseln im Mai 2003 in einer spektakulären Aktion befreit. Während offiziell von mehreren Tote in den Reihen der Entführer berichtet wurde, haben die befreiten Geiseln keinen einzigen gesehen. Manche berichten auch, den Eindruck gehabt zu haben, Zeuge eines gespielten Szenarios gewesen zu sein.¹⁵ Den Entführern gelang es, mit einer zweiten Gruppe nach Mali zu gehen, wo sie erst im August 2003 ihre Opfer gegen ein Lösegeld freiließen. Laut algerischen Pressemeldungen bewaffnete al-Para dank des Geldsegens seine Männer und entkam trotz internationalen Haftbefehls und amerikanischer Militärpräsenz in der Region.

Interessanterweise berichtete im Juli desselben Jahres eine algerische Zeitung über das Vorhaben der Amerikaner, eine Militärbasis im Süden des Landes zu errichten.¹⁶ Diese wurde gerade in der Region aufgebaut, in der die Touristen entführt wurden. Die amerikanischen Strategen behaupteten, dass die Sahel-Zone zum Rückzugsgebiet der al-Qaida-Kämpfer geworden war. Im März 2004 erklärte General Charles Wald, stellvertretender Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa (Eucom), al-Qaida-Aktivisten versuchten, "in Nordafrika, in der Sahelzone und im Maghreb" Fuß zu fassen. "Sie wollen dort ein ähnliches Rückzugsgebiet wie in Afghanistan unter der Taliban-Herrschaft einrichten. Sie brauchen einen sicheren Ort, um sich neu zu formieren und auszurüsten und um neue Mitglieder zu rekrutieren."¹⁷ Doch wer sind die Kämpfer der al-Qaida in der Region? Al-Para und die GSPC, von der behauptet wurde, sie habe Verbindungen zu al-Qaida. Weder hatte die GSPC diese Beziehung kundgetan, noch waren die Hinweise auf diese organische Nähe stichhaltig: Der wichtigste "Beweis" sollte eine Videokassette liefern, die bei einem angeblichen Gesandten al-Qaidas in Algerien nach seiner Ermordung im September 2002 gefunden wurde. Dieser "Fund" ermöglichte der algerischen Regierung, die GSPC auf die amerikanische Liste der terroristischen Organisationen im Ausland setzen zu lassen. Später berichteten drei Überläufer der GSPC, dieses Video, das den algerischen Salafisten die Unterstützung durch al-Qaida zusichere, sei von der GSPC selbst aufgenommen worden.¹⁸ Doch das kümmerte keinen mehr, da die Verbindung zwischen beiden Organisationen nunmehr als etabliert galt.

Unterdessen bewegte sich al-Para frei von Mali über den Niger bis nach Tschad, wo er von einer Rebellen Gruppe im Tibesti im März 2004 festgenommen wurde. Und nun schien sich niemand mehr für den "Bin Laden der Wüste" zu interessieren, obwohl z.B. die deutsche Regierung einen internationalen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte. Die Amerikaner gingen so weit zu behaupten, "al-Para und seine Komplizen sollten möglichst bald von den algerischen Behör-

¹³ Liberté, 6. Januar 2003.

¹⁴ Salima Mellah und Werner Ruf, Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen, *Algeria-Watch*, 2. Juni 2003, http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_ruf.htm und Salima Mellah, Abderrezak al-Para, das Phantom, das die Touristen in der Sahara entführte, *Algeria-Watch*, 14. Juni 2004, http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/al_para.htm

¹⁵ Harald Ickler, "Entführt in der Wüste", *Bergisch-Gladbach (Bastei-Lübbe)* 2003, S. 224-225.

¹⁶ *Le Quotidien d'Oran*, 20. Juli 2003.

¹⁷ *Le Quotidien d'Oran*, 6. März 2004

¹⁸ *Le Quotidien d'Oran*, 23. Oktober 2004. Siehe auch Salima Mellah und Jean-Baptiste Rivoire, Der seltsame "Bin Laden der Sahara", http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_rivoire.htm

den gefasst und vor Gericht gestellt werden."¹⁹ Alles deutete darauf hin, dass al-Para wieder auf freien Fuß kommen sollte, denn die GSPC sei "der einzige Grund für die Präsenz der Amerikaner in der Region. Einige Entscheidungen dürften neu bewertet werden, falls al-Para getötet und sein Tod offiziell bestätigt wird oder falls er gefangen genommen und an einen anderen Staat ausgeliefert wird".²⁰

Schließlich wurde al-Para am 27. Oktober 2004 den algerischen Behörden ausgeliefert - und keiner weiß, wo er sich zur Zeit befindet. Offiziell soll er in Haft sein, doch erschien er nicht zu seinem mehrfach verschobenen Prozess am 25. Juni 2005. Das Gericht verurteilte ihn in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und betrachtete ihn als "abwesend"! Die berechnete Frage stellt sich, ob nicht der DRS Interesse hat, ihn zu schützen und ihn deshalb nicht dem Gericht überlässt.

Zielt die GSPC auf Frankreich?

Am 26. Juni 2005 kündigte die französische Zeitung *Le Monde* an, dass die GSPC Frankreich bedrohe. Ein Brief des Emirs, Abdelmalek Droukdal an al-Zarkaoui vom 14. Oktober 2004 sei vom amerikanischen Geheimdienst abgefangen worden. Er soll darin den Chef der al-Qaida im Irak dazu auffordern, "zu den Zielscheiben von Geiselnahmen im Irak auch Franzosen mit einzubeziehen". Die GSPC "wolle jede Art von Druck auf Frankreich ausüben" wegen seiner "Verwicklung in der Befreiung der 32 europäischen Touristen, die 2003 in der Sahara entführt wurden". Der Druck diene zudem dazu, die Freilassung von al-Para sowie anderer Gefangene der GSPC in Algerien zu erzwingen.

Die Meldungen überstürzten sich, widersprachen sich, bezogen sich immer konkreter auf Frankreich. So schrieb beispielsweise *Le Figaro* am 23. Juli, dass in dem abgefangenen Brief des Chefs der GSPC Entführungen im Irak vorgeschlagen werden, um die Freilassung von gefangenen Islamisten in Frankreich zu fordern.

Sowohl *Le Monde* wie *Le Figaro* gaben an, dass der Brief von Abdelmalek Droukdal verfasst worden sei. Doch keine der beiden renommierten Zeitungen erwähnte, dass das algerische Verteidigungsministerium am 20. Juni 2004 in einem Kommuniqué den Tod von Droukdal sowie von Nabil Sahraoui, dem damaligen Emir der GSPC, und weiterer Mitglieder angekündigt hatte. Diese Meldung war aber von der gesamten algerischen Presse aufgegriffen worden, und RFI (Radio France International) verbreitete sie am 21. Juni 2004. Die algerische Presse kündigte wiederum unhinterfragt am 7. September desselben Jahres die Nominierung des neuen Emirs an²¹, der kein anderer war als Droukdal! Wer die Lebensläufe der Emire der GIA verfolgt hat, weiß, dass hier Tod und Wiederauferstehung keine Seltenheit sind.

Am 14. Oktober 2004 behauptete die GSPC in einem Kommuniqué auf ihrer Webseite, dass der französische Geheimdienst bei der Festnahme von Abderrezak al-Para durch die tschadische Widerstandsgruppe MDJT eine Rolle gespielt habe. Letztere wird aufgefordert, den GSPC-Mann freizulassen. Wie erklärt sich der Zufall des Datums zwischen dem Kommuniqué der GSPC und der "von amerikanischen Sicherheitsdiensten abgefangenen Botschaft"? Doch noch kurioser ist der Umstand, dass in dem von *Le Monde* zitierten Brief vom 14. Oktober 2004 die Freilassung von al-Para aus der Gefangenschaft in Algerien gefordert wurde, obwohl dieser erst am 27. Oktober 2004 den algerischen Behörden ausgeliefert wurde!

Angesichts dieser Widersprüche ist es schwer, an die Ernsthaftigkeit der angeführten Beweise zu glauben. Doch gegenüber der öffentlichen Meinung reichen diese Hinweise um die "Wiederaktivierung" der GSPC-Netze in Europa heraufzubeschwören und die Furcht vor anstehenden Attacken angesichts der bevorstehenden Freilassungen von Islamisten aus französischen Gefängnissen wachsen zu lassen.²²

¹⁹ Le Matin, 11. Juli 2004.

²⁰ L'Expression, 6. Juni 2004.

²¹ Le Quotidien d'Oran, 7. September 2004.

²² Le Monde, 26. Juni 2005.

Haben die Amerikaner die Fäden in der Hand?

Die Attacke auf die Militärbasis von Lemgheity in Mauretanien

Die mauretanische Militärbasis vom Lemgheity an der algerisch-malischen Grenze wurde am frühen Morgen des 4. Juni von einer bewaffneten Gruppe attackiert. Die 100 bis 140 Mann starke Gruppe sei, laut mauretanischen Quellen, mit einem Dutzend Fahrzeugen herangerückt, um die Anlage, in der fünfzig Soldaten stationiert waren, anzugreifen. Fünfzehn mauretanische Soldaten und fünf Angreifer wurden getötet, zwanzig Soldaten wurden verletzt und zwei verschwanden. Die mauretanische Regierung erklärte sehr schnell, dass die algerische GSPC für diesen Angriff verantwortlich sei.

Wie kann eine Kolonne von zwölf Fahrzeugen sich in einer Zone bewegen, die zwei Tage später Schauplatz des größten Militärmanövers in Afrika unter der Kontrolle der USA werden sollte? Wie kann eine so große Anzahl von Männern und Fahrzeugen unbehelligt wieder verschwinden? Es ist doch wohl anzunehmen, dass Satelliten die Region genau beobachten, zumal die Kaserne eine wichtige geostrategische Position innehat und in der Nähe Erdölfelder vermutet werden. Im Bassin de Taoudenni, in dem die Ortschaft Lemghity liegt, konkurrieren Ölfirmen, insbesondere die australische Woodside und die französische Total. Auf der Webseite der GSPC wurde der Angriff auf die Garnison begrüßt, doch die Unstimmigkeiten über Einzelheiten dieser Operation einerseits und die Angabe der genauen Namen mancher ermordeter Offiziere andererseits rufen Skepsis über die Hintermänner hervor. In einer vom mauretanischen Observatorium für Menschenrechte veröffentlichten Untersuchung der Attacke werden die Beziehungen zwischen Mitgliedern der GSPC und der mauretanischen Barone des illegalen Handels, die enge Verbindungen zum Präsidenten pflegen, betont. Die Verfasser gehen sogar einen Schritt weiter: "Die mögliche Beteiligung der Gruppe von Belaouar [von der GSPC] an der Operation von Lemgheity bestätigt die Annahme einer geheimen Verständigung mit den Geheimdiensten von Oberst Ould Taya. Durch den Plan, arme schlecht bewaffnete Soldaten zu töten, soll der Staatschef versucht haben, die terroristische Gefahr in Mauretanien unter Beweis zu stellen."²³

Für die US-Regierung ist diese Attacke ein willkommener Anlass, ihre ehrgeizigen Pläne in der Region zu rechtfertigen: die « Trans Saharan Counterterrorism Initiative », für die das Pentagon eine halbe Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt hat. Das Oberkommando dieser Initiative befindet sich in Dakar und bildet Einheiten aus Algerien, Senegal, Tschad, Tunesien, Marokko, Mauretanien, Niger, Nigeria und Mali aus. Die Flintlock-Manöver im Juni 2005 fanden in verschiedenen Ländern unter der Leitung von amerikanischen Spezialeinheiten statt. Ziel dieser Übungen, denen weitere folgen sollen, ist der Kampf gegen den Terrorismus, den Menschenhandel, den Waffen- und Drogenhandel.

Zwei Monate nach dem Angriff auf die Kaserne von Lemgheity und einen Monat nach Beendigung der Militärübungen in der Region wurde Mauretanien am 3. August von einem Staatsstreich überrascht. Die Putschisten, angeführt vom Chef der Präsidentengarde Oberst Mohamed Ould Abdel-Aziz, sollen den Franzosen näher stehen als den Amerikanern, die den abgesetzten Präsident Ould Sid'Ahmed Taya unterstützten. Der abgesetzte Präsident pflegte diplomatische Beziehungen zu Israel, nahm dessen Dienste auf der militärischen Ebene an und befürwortete den amerikanischen Angriffskrieg auf den Irak, eine Haltung, die in Mauretanien auf große Kritik gestoßen war. Der Coup wird als ein Rückschlag in der US-Politik angesehen und könnte möglicherweise die politischen und militärischen Hegemoniebestrebungen der USA in der Region, die Frankreich nicht mit einem wohlwollenden Blick beobachtet, bremsen.

Die Entführung und Ermordung der zwei algerischen Diplomaten im Irak

Inzwischen hat ein weiteres Ereignis Vermutungen über die mögliche Verwicklung der Geheimdienste in terroristische Operationen aufgeworfen. Die Entführung und Ermordung von zwei algerischen Diplomaten im Irak Ende Juli 2005 bleibt noch sehr rätselhaft. Viele Hinweise deuten jedoch darauf, dass sie nicht Opfer einer Vergeltungsmaßnahme des "irakischen Widerstandes" wurden. Die algerische Presse hat in dem Zusammenhang ungewöhnliche Kommentare

²³ Observatoire mauritanien des droits de l'homme, Impasse politique et réflexes sécuritaires en Mauritanie, Juli 2005, S. 16-17 und 25. < www.conscienceresistance.org/memo_rim_terrorisme.pdf >

veröffentlicht, die angesichts der spärlichen Informationen über die Umstände der Operation einige Fragen über die Hintermänner aufwerfen.

Am 21. Juli 2005 wurden zwei algerische Diplomaten in Bagdad in der Hochsicherheitszone al-Mansourah entführt. Seit der Besetzung des Iraks durch die amerikanisch-britischen Truppen werden die eigentlichen Botschaftsgeschäfte Algeriens in Jordanien geführt. Ali Belaroussi und Azzedine Belkadi waren im Irak offiziell zuständig für die Verwaltungsbelange der 300 Personen starken algerischen Community. Belaroussi war seit zwei Jahren in Bagdad, Belkadi war kaum einen Monat vor Ort.

Die algerische Regierung schien über die Geiselnahme ernsthaft geschockt zu sein, obwohl in den vergangenen Wochen mehrere Diplomaten entführt oder angegriffen worden waren. Umso erstaunlicher war die Meldung, dass die beiden Männer weder bewaffnet waren noch über einen Personenschutz verfügten. Die algerische Presse berichtete, noch bevor sich die Entführer zu Wort meldeten, von der Verantwortung von al-Zarkaoui und der Mitverantwortung der GSPC.²⁴ Ein Bekenner schreiben der al-Zarkaoui-Gruppe, dessen Echtheit nicht bestätigt werden konnte, erschien dann auch zwei Tage später, am 23. Juli, im Internet. Darin wurde nur auf die Entführung von Belaroussi Bezug genommen. Die Gruppe stellte keine Forderung, rechtfertigte aber die Tat damit, dass Algerien diplomatische Beziehungen zum besetzten Irak unterhält und die Aufforderung, den Irak zu verlassen, nicht befolgt habe. Die GSPC veröffentlichte gleichzeitig auf ihrer Webseite ein Kommuniqué. Dies enthielt allerdings nicht, wie von der Presse behauptet,²⁵ die Forderung nach der Freilassung von al-Para (erinnert aber daran, dass in dem angeblich abgefangenen Brief des Emirs der GSPC, dieser al-Zarkaoui geraten hatte, im Irak Entführungen vorzunehmen, s.o.!). Hingegen verurteilte die GSPC die "Doppelzüngigkeit" der algerischen Regierung, da "sie ihre Unterstützung für die Kreuzfahrer vertusche, Unterstützung für das irakische Volk vortäusche", aber "gleichzeitig diesem Volk einen Stoß in den Rücken versetze durch seine Annerkennung des 'abtrünnigen' irakischen Regimes".

Am 26. Juli erschien eine Videoaufnahme im Internet. Beide Geiseln wurden nacheinander mit zugebundenen Augen gezeigt – eine ungewöhnliche Praktik - und stellten sich vor. Gleichzeitig verbreiteten die Entführer über Foren des Internets in einem von einem gewissen Abou Maïssara El-Iraqi unterschriebenen Kommuniqué, dass ein "islamisches Gericht" sie zum Tode verurteilt hätte. Die Geständnisse der Geiseln würden zu einem späteren Zeitpunkt öffentlich gemacht werden. Die GSPC ihrerseits veröffentlichte einen Brief, der weder Logo, Datum noch Unterschrift enthielt, in dem sie die Entführung begrüßte und den Kidnappern empfahl, die Geiseln zu verhören, insbesondere Azzedine Belkadi, der ihren Aussagen nach ein Geheimdienstagent und an den Massakern in Rais und Bentalha im Jahre 1997 beteiligt gewesen sei.

Die Sachlage schien sich zu verkomplizieren durch Meldungen aus dem Irak, die behaupteten, dass möglicherweise das Video und die Ankündigung des Todesurteils nicht von derselben Quelle stammten.²⁶ Manche Journalisten vermuteten, die beiden Diplomaten könnten in den Händen algerischer Dihadisten im Irak sein. Es stellte sich mit dieser Anhäufung von unklaren Informationen zunehmend der Verdacht ein, dass verschiedene Gruppen, vielleicht geheimdienstlicher Natur, am Werk waren.

Am Nachmittag des 27. Juli wurde dann über die selbe Webseite, die das Bekenner schreiben und das Video veröffentlicht hatte, ein von Abu Maïssar al-Iraqi unterzeichnetes Kommuniqué verbreitet, das die Ermordung von Belaroussi und Belkadi bestätigte. Es wurde wider Erwarten kein weiteres Video ausgestrahlt. Kaum war ihr Tod angekündigt, organisierte das algerische Außenministerium eine Pressekonferenz, in der die Ankündigung des Todes der beiden Männer übernommen wurde. Wie kann die algerische Regierung nach wenigen Stunden mit Sicherheit den Tod der beiden Diplomaten bestätigen, wenn in den Tagen zuvor immer wieder über die Authentizität der über das Internet verbreiteten Botschaften diskutiert wurde?

Der Außenminister gab bekannt, dass die Entführer zweimal mit der algerischen Regierung in Kontakt treten wollten, dies aber nicht zustande kam. Am nächsten Tag veröffentlichte die GSPC ein Kommuniqué, in dem sie die Ermordung der beiden Diplomaten gut hieß. Die algerische Presse misst der algerischen Untergrundorganisation eine große Verantwortung in der Vollstreckung des Todesurteils bei. Sie wurde als verlängerter Arm der al-Qaida im Maghreb

²⁴ Le Quotidien d'Oran, 23. Juli 2005.

²⁵ L'Expression, 24. Juli 2005.

²⁶ L'Expression, 27. Juli 2005.

angesehen, aber die Beschuldigungen gingen noch weiter, da sie behaupteten, ihre Mitglieder hätten an der Aktion teilgenommen.²⁷ Eine andere gut informierte algerische Zeitung hatte wenige Tage zuvor zu der Frage, wer diese Djihadisten waren, geschrieben: "Laut einer anonymen algerischen 'Sicherheitsquelle' hätte die GSPC seit der amerikanischen Invasion algerische Freiwillige in den Irak über Syrien eingeschleust, um Salafisten zu infiltrieren, die die al-Qaida-Netze unterstützen oder ihre Ausbildung verbessern wollten, bevor sie nach Algerien zurückkehren."²⁸ Diese Ausdrucksweise ist sehr ungewöhnlich im Zusammenhang mit Oppositionsgruppen und kann auf geheimdienstliche Tätigkeiten hinweisen. Weitere algerische Zeitungen bestärkten diese Annahme, indem sie die Entführung und Tötung der zwei Männer erstaunlicherweise mit den amerikanischen Hegemoniebestrebungen in der Region in Verbindung brachten. So wies ein Leitartikel darauf hin, dass das Kommuniqué des Präsidiums der Republik vom 27. Juli davor warnte, die falschen Personen der Ermordung der zwei Diplomaten zu beschuldigen. Der Journalist hob hervor, dass das Kommuniqué den Begriff "Aggression" und nicht "Attentat" verwendet, was in der diplomatischen Sprache das Handeln eines Staates bezeichnet - und nicht einer gewöhnlichen terroristischen Gruppe.²⁹ Andere wussten zu berichten, dass die Ermordung der beiden Diplomaten in unmittelbarem Zusammenhang stand mit der Absicht des Präsidenten, eine Generalamnestie zu erlassen. Die Tat wurde zudem in einen globalen Kontext gestellt, in dem Großmächte auf die bevorstehende "nationale Versöhnung" Einfluss nehmen wollen.³⁰

Die Hintergründe all dieser erstaunlichen Kommentare in der algerischen Presse bleiben unklar. Bemerkenswert ist aber, dass in einer Stimmung, in der unentwegt der Terrorismus hervorgehoben und die Verbindungen zwischen der GSPC und al-Qaida betont werden, plötzlich offizielle Verlautbarungen ahnen lassen, dass etwas Unplanmäßiges geschehen ist. Ist es denkbar, dass eine fingierte Entführung von einer Fraktion des algerischen Geheimdienstes mit Billigung oder Beteiligung einer Großmacht organisiert wurde, um Druck auf den algerischen Staat auszuüben und diese Opfer ihres eigenen "Spiels" wurde? Das könnte erklären, dass einerseits das Szenario der Operation bereits im Vorfeld bekannt war, sowie andererseits das Ausmaß der Empörung nach dem Tod der Diplomaten. Kurz darauf jedenfalls verschwand die Webseite der GSPC!

Und um die Verwirrung noch zu steigern (innerhalb einer Woche sollen al-Zarkaoui und die GSPC jeweils drei Kommuniqués veröffentlicht haben!), meldete sich am 30. Juli al-Zarkaoui höchstpersönlich mit einer neuen Erklärung. Er versicherte darin, weder für die Entführung noch für die Ermordung der zwei algerischen Diplomaten (und des ägyptischen, der zwei Wochen zuvor das selbe Schicksal erlitten hatte) verantwortlich zu sein.³¹

Wenn nationale Interessen internationalen Zwängen unterliegen

Auch wenn die zuletzt beschriebene Operation mehr Fragen aufwirft, als Antworten liefert, lassen die hier im Text beschriebenen Ereignisse erkennen, dass diese komplexen Vorgänge kaum auf einen Konflikt zwischen einem Staat – Algerien – und bewaffneten Gruppen – gestern die GIA, heute die GSPC – reduziert werden können. Die Instrumentalisierung dieser Gruppen von unterschiedlichen Mächten ist wahrscheinlich. Es ist zu befürchten, dass vor dem Hintergrund der zugespitzten Konflikte zwischen Frankreich und den USA in der Maghreb-Region noch weitere Anschläge zu erwarten sind. Ob geheimdienstlichen Operationen auch eingesetzt werden, um die Politik des algerischen Staates zu orientieren, ist unklar. Doch stellt sich die Frage, warum Präsident Bouteflika, der vor zehn Monaten eine Generalamnestie angekündigt hatte, schließlich zwei Wochen nach dem Vorfall im Irak eine "Charta für den Frieden und die Versöhnung" publik machte, die sich auf der gesetzlichen Ebene kaum von dem Gesetz der "zivilen Eintracht" von 2000 unterscheidet. Darin wird die Begnadigung oder die Straffreiheit der Mitglieder von bewaffneten Gruppen vorgesehen, die sich den Behörden stellen und keine Mاسaker, Vergewaltigungen oder Bombenanschläge verübt haben. Allerdings dürfen sie keine politischen Tätigkeiten mehr aufnehmen. Die Charta beinhaltet allerdings auch eine Lobeshymne an die algerische Armee und alle Kräfte, die den "Terrorismus" siegreich bekämpft haben. Manche

²⁷ L'Expression, 28. Juli 2005.

²⁸ Le Quotidien d'Oran, 23. Juli 2005.

²⁹ Le Jour d'Algérie, 31. Juli 2005.

³⁰ Le Jeune Indépendant, 2. August 2005.

³¹ L'Expression, 31. Juli 2005.

sehen darin die Absicht, Armeeinghörige und andere staatliche Sicherheitskräfte von jeglicher Verantwortung für ihre Verbrechen freizusprechen. Doch festzuhalten ist, dass die Charta keine gesetzliche Grundlage für die Amnestierung ihrer Verbrechen bietet. Bouteflika gab selbst zu, dass das Kräfteverhältnis keine weiteren Zugeständnisse erlaube. Bedeutet dies, dass eine Generalamnestie, die vor allem dem Militär Nutzen bringen würde, international nicht vertretbar ist? Besteht ein Deal darin, die prominentesten Militärs, die für den staatlichen Terror verantwortlich sind, nach und nach in Ehren von der politischen Bühne zurückzuziehen und ihnen im Gegenzug Straflosigkeit zu garantieren?

Algerien soll aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Ressourcen und menschlichen Potentialitäten einen herausragenden Platz in der amerikanischen Vision der Integration des Maghreb in seine "Verteidigungsstrategie" einnehmen. Die angestrebte Modernisierung und Professionalisierung der algerischen Armee geht einher mit der amerikanischen Middle East Partnership Initiative (MEPI), die vorgibt, gesellschaftspolitische Veränderungen zu unterstützen. Eine "geliftete" Staatsklasse, die keine Generäle mehr aufweist, gehört ebenso zu dem neuen Bild, das Algerien von sich geben will und muss, wie die verschiedenen Kampagnen, um den Anforderungen der Welthandelsorganisation und des IWF zu genügen. Allerdings bestehen noch eine Reihe Hindernisse, die aus der Sicht der US-Administration abzubauen sind, um die Algerien zugeordnete Rolle einer Regionalmacht zu gewähren. Der jahrzehntealte Konflikt mit Marokko um die Westsahara wird als ein Bremsfaktor angesehen, dem die Amerikaner sich nun direkt widmen. In Bezug auf die amerikanische Politik gegenüber dem Irak hat Algerien stets eine vorsichtige Haltung eingenommen, jahrelang das Embargo umgangen und plädiert heute für einen Abzug der Militärkräfte der Koalition aus dem besetzten Land. Und nicht zuletzt wird Algeriens solidarische Haltung zum Kampf der Palästinenser nicht mit Wohlwollen betrachtet. Die Bemühungen für eine "Normalisierung" der Beziehungen zu Israel haben zwar informelle Kontakte ermöglicht, doch hat Algerien offiziell bis heute keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen.

Der Maghreb soll zum strategischen Partner der USA werden, was die französische Regierung beunruhigt beobachtet. Ihr Gewicht in ihrem traditionellen "Hinterhof" Westafrika wird bereits durch die amerikanische Präsenz u.a. in Senegal und Mali stark beschnitten. Und die Aussicht, nun auch im Maghreb und insbesondere in Algerien von der Supermacht marginalisiert zu werden, lässt sicherlich die Alarmglocken schlagen. Durch diese Einflusskämpfe werden die Konflikte und Spannungen immer weiter verschärft – mit unabsehbaren Folgen.

"Versöhnung" auf Kosten von Wahrheit und Gerechtigkeit?

Algeria-Watch, 26. August 2005

Am 14. August hielt Präsident Bouteflika eine viel beachtete Rede. Er kündigte für den 29. September ein Referendum an. Die Algerier und Algerierinnen sollen über die "Charta für den Frieden und die Versöhnung", die am 15. August bekannt wurde, abstimmen. Sogleich wurde die Kampagne zum Referendum eröffnet, und der Präsident reist seither durch das Land, um für sein Projekt zu werben.

Bevor die wichtigsten Punkte vorgestellt und kommentiert werden, muss daran erinnert werden, dass Bouteflika vor zehn Monaten die Absicht äußerte, im Zusammenhang mit der "Versöhnung" eine Generalamnestie zu erlassen. Diese Ankündigung löste große Proteste aus: Während die Medien die bevorstehende Amnestie als ein Zugeständnis an die Mitglieder der bewaffneten Gruppen im Besonderen und an die Islamisten im Allgemeinen kritisierten, äußerten Menschenrechtsorganisationen und die Familien von Verschwundenen, die Befürchtung, dass die Sicherheitskräfte, die für das Verschwindenlassen von tausenden Menschen verantwortlich sind, durch das bevorstehende Gesetz straflos ausgehen werden. Von den Milizen, den Mitgliedern der Todesschwadronen, der Armee und der vom Geheimdienst aufgebauten bewaffneten Gruppen sowie ihrer Befehlshaber, die Massaker und extralegale Tötungen begangen oder befohlen haben, war ohnehin nie die Rede.

So wundert es nicht, dass die Charta den Konflikt, der die Situation in Algerien seit dem Abbruch der Wahlen im Januar 1992 bestimmt, ausschließlich als ein Problem des "islamistischen Terrorismus" analysiert. Daraus ergeben sich folgende Punkte, die hier zusammengefasst werden:

- Dank der ruhmreichen Armee, der Sicherheitskräfte, der Milizen und des Volkes konnte der Terrorismus besiegt werden.

- Der Staat steht an der Seite der Opfer des Terrorismus.

- Dieser Terrorismus hat die Religion instrumentalisiert, weswegen den Verantwortlichen für diese Instrumentalisierung der Religion jegliche politische Betätigung verboten wird.

- Das Drama der Verschwundenen ist eine Konsequenz des Terrorismus. In vielen Fällen waren sie Opfer der "kriminellen Aktivität der blutrünstigen Terroristen". Der Staat trägt nicht die Verantwortung für das Verschwindenlassen. "Das tadelnswerte Verhalten von Staatsdienern, die, wenn es festgestellt wurde, von der Justiz bestraft wurden, kann nicht als Vorwand dienen, um die Gesamtheit der Sicherheitskräfte in Verruf zu bringen".

- Alle Opfer werden als Opfer der "algerischen Tragödie" angesehen, und sowohl das Volk wie auch der Staat nehmen sich des Dramas der Familien derjenigen an, die an terroristischen Akten teilgenommen haben.

Aus dieser Analyse ergibt sich der Charta zufolge eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die die "nationale Versöhnung" fördern sollen, indem den "Schuldigen" die Hand gereicht wird:

- Erlöschen der Strafverfolgungen für diejenigen, die sich nach dem 13. Januar 2000 den Behörden gestellt haben. Das sogenannte Gesetz der "zivilen Eintracht", das Gleiches anbot, lief zu diesem Zeitpunkt ab.

- Erlöschen der Strafverfolgungen für diejenigen, die ihren bewaffneten Aktivitäten ein Ende setzen und die Waffen den Behörden aushändigen. Das Erlöschen gilt nicht für Personen, die an kollektiven Massakern, Vergewaltigungen oder Bombenanschlägen teilgenommen haben.

- Erlöschen der Strafverfolgungen für diejenigen, die in Algerien oder im Ausland gesucht werden, wenn sie sich freiwillig den zuständigen algerischen Institutionen stellen. Auch hier gilt diese Maßnahme nicht für diejenigen, die Massaker, Vergewaltigungen und Bombenanschläge verübt haben.

- Erlöschen der Strafverfolgungen für diejenigen, die den Terrorismus unterstützt haben und ihre Aktivitäten den Behörden mitteilen.

- Erlöschen der Strafverfolgungen für diejenigen, die in Abwesenheit und nicht wegen Massakern, Vergewaltigungen und Bombenanschlägen verurteilt wurden.

- Begnadigung der inhaftierten Personen, die wegen Unterstützung des Terrorismus verurteilt wurden.
- Begnadigung der inhaftierten Personen, die wegen anderer Gewalttaten als Massaker, Vergewaltigungen und Bombenanschläge verurteilt wurden.
- Strafmilderung oder -Erlass für alle anderen endgültig Verurteilten oder Gesuchten, die nicht von den vorstehenden Maßnahmen erfasst werden.

Ein ursprünglich politischer Konflikt ist auf ein Terrorproblem reduziert, das ein für alle Male für überwunden erklärt wird. Den "irregeleiteten" Islamisten wird mit einer paternalistischen Geste Strafflosigkeit gewährt, doch im Gegenzug müssen sie auf jegliche politische Betätigung verzichten. Das hiermit die Verantwortlichen der FIS (islamische Rettungsfront) endgültig diskreditiert und marginalisiert werden sollen, ist offensichtlich. Formaljuristisch unterscheidet sich die Charta nicht viel von dem Gesetz der "zivilen Eintracht" von 1999, allerdings ist ihre Ausführung nicht zeitlich begrenzt worden.

Der Text bleibt in vielen Punkten unklar. Er legt nicht fest, welche Instanz für die Beurteilung der Verbrechen zuständig ist. Was geschieht mit den Islamisten, die keine Verbrechen begangen haben aber als "Terroristen" oder als "Hintermänner" bezeichnet werden? Sie sollen sich den Behörden stellen, die in voller Undurchsichtigkeit über ihr Schicksal bestimmen. Der Text sieht keine Ermittlungen vor, um die Angaben der "Amnestiebewerber" zu überprüfen. Eine Kontrollinstanz, die ihrerseits die Arbeit der Behörden verfolgt, existiert nicht. In der Vergangenheit hatte das Gesetz der "zivilen Eintracht" Bewährungskomitees eingerichtet, an die sich die Bewerber wenden mussten, um von dem Gesetz Gebrauch machen zu können. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, wie diese Komitees gearbeitet haben; und weder die Zahl derjenigen, die sich den Behörden stellten, noch ihre Behandlung wurde bekannt. Hunderte, wenn nicht tausende Mitglieder von bewaffneten Gruppen, die sich dem Diktat des Militärs unterwarfen, wurden von Strafverfolgungen verschont, ohne dass festgestellt wurde, welche Taten sie begangen haben. Darunter befanden sich auch jene "Islamisten", die im Auftrag des Geheimdienstes die Guerilla infiltriert hatten. Dieses Verständnis von Versöhnung bedeutet nicht nur, dass die Justiz ausgeschaltet wird, sondern darüber hinaus, dass die Wahrheit über Tausende von Morden und Massakern weiterhin unter Verschluss bleibt.

Sicherlich wird das Referendum für das Regime ein Erfolg werden, da es einmal mehr Frieden verspricht. Wenn nicht massiv gewählt wird, werden die Behörden schon dafür sorgen, dass diese Initiative zum Erfolg wird. Doch solange Folterer und Verbrecher wie z. B. Oberst M'henna Djebbar, der über zehn Jahre lang in Blida eines der wichtigsten Folterzentren geleitet hat, in dem über 4000 Menschen verschwanden, für seine Dienste belohnt und zum General ernannt wird, ist die "Versöhnung" nur eine miese Karikatur. Doch Algerien kann sich in der momentanen internationalen Konjunktur eine solche Farce durchaus erlauben.

Vor dem Hintergrund, dass die Staatskasse über 55 Milliarden Dollar verfügt, die Privatisierung seiner gesamten Wirtschaft eingeleitet, das Monopol der staatlichen Erdölfirma aufgelöst und das Land für amerikanische Militärbasen zur Verfügung gestellt hat, wird gerne über Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen. Einzig von Bedeutung ist, dass der Staat die Kontrolle über eine Bevölkerung aufrecht erhält, die, weil sie immer weniger am Erdölsegen teilhat und keine politischen Partizipationsmöglichkeiten findet, ihren Unmut in Revolten zum Ausdruck bringt. Allerdings befinden viele, mitunter die Regierungen, die wirtschaftliche Interessen im Land verfolgen, dass das leidige Kapitel der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen der neunziger Jahre (als ob in den darauf folgenden Jahren keine Massaker und Folterungen zu verzeichnen gewesen seien) endlich abgeschlossen werden muss. Denn selbst wenn das algerische Regime und die Mehrzahl der Medien im In- und Ausland die unbeschreibliche Gewalt, die seit fast 15 Jahren das Land heimsucht, ausschließlich den Islamisten zuschreiben, erinnert die Frage der Verschwundenen dank der mutigen Proteste der Familien weiterhin an das "blutige Jahrzehnt".

Der Präsident hat eine Kommission beauftragt, sich der Frage der Verschwundenen zu widmen, ohne ihr allerdings die Befugnis zu erteilen, eigenständige Untersuchungen durchzuführen. Ende März 2005 verfasste die Kommission unter dem Vorsitz von Farouk Ksentini einen Bericht, der nie publik gemacht wurde. Dieser erklärte vielmals gegenüber der Presse, dass die endgültige Zahl der Verschwundenen 6146 beträgt und dass sie Opfer der Übergriffe von einzelnen Sicherheitskräften wurden, die in einer Zeit, in der der Staat selbst "verschwunden"

war, unkontrolliert handelten. Der Staat sei verantwortlich für dieses Drama, allerdings könne er nicht für schuldig befunden werden. Daraus ergebe sich, dass die staatlichen Behörden für die Entschädigung der betroffenen Familien, die oftmals in großer Armut leben, sorgen müssten. Es sind aber keine juristischen Schritte vorgesehen, um die Verantwortlichen zu stellen. Die Familien der Verschwundenen protestierten sehr heftig gegen die Ergebnisse der Kommission und forderten weiterhin die Wahrheit über das Schicksal ihrer Angehörigen und die Verurteilung der Verantwortlichen.

Allen Beobachtern war klar, dass der Staat die Frage der Verschwundenen klären muss, bevor ein Amnestiegesetz erlassen werden kann. Die Organisationen der Familien der Verschwundenen hatten die internationalen NGO's, UNO- und EU-Institutionen für dieses Drama sensibilisiert. Und die Forderung nach der Behandlung dieses Verbrechens wurde auch über die Grenzen Algeriens hinaus gestellt. Mit der Kommission von Ksentini, die feststellt, dass Staatsdiener tatsächlich für das Verschwindenlassen verantwortlich waren, ist auf eines der wichtigsten Anliegen der Menschenrechtsorganisationen eingegangen worden – nämlich die Rolle von Staatsbediensteten für dieses Verbrechen einzugestehen.

Wahrscheinlich werden manche internationale Institutionen sich damit abfinden und die Forderungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit aufgeben. Als 1997 die schlimmsten Massaker von nicht-identifizierten bewaffneten Gruppen verübt wurden, entstand eine internationale Kampagne mit der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission. Als Antwort auf diese Kampagne organisierte das algerische Regime mit der Unterstützung der UNO eine Informationsreise von international anerkannten Persönlichkeiten. Sie wurden von Staatsvertretern durch das Land geführt, und ihr abschließender Bericht entsprach den Vorstellungen der algerischen Machthaber. Fazit: Die Forderung nach einer Untersuchungskommission über die Massaker wurde fallen gelassen. Die "Charta für Frieden und Versöhnung" wird in Europa und den USA wahrscheinlich mit großer Genugtuung aufgenommen werden und die Abschiebung algerischer Flüchtlinge vereinfachen.

Die "Charta für den Frieden und die Versöhnung" dient mit der Absegnung durch ein Referendum als ein weiterer Blankoscheck für die Militärführung und ihre Bediensteten. Die rechtliche Amnestierung der staatlichen Verantwortlichen wird möglicherweise per Dekret folgen. Seit der Unabhängigkeit 1962, aber vor allem seit dem Putsch im Januar 1992 bestimmt die Armee und allen voran der Geheimdienst die Geschicke des Landes. In Zeiten der Liberalisierung und Demokratisierung, und seien sie nur eine kosmetische Operation, schickt es sich nicht, von Militärs, die zudem als Verbrecher bekannt sind, regiert zu werden. In den letzten Monaten sind einige der Oberoffiziere des blutigen Jahrzehnts abgesetzt worden. Sogar General Larbi Belkheir, die graue Eminenz des Regimes, soll als Botschafter nach Marokko versetzt werden. Aber selbst wenn General Mohamed Mediene, Chef des algerischen Geheimdienstes, und General Smain Lamari, Chef der Gegenspionage, in Ruhestand gingen oder zu Botschaftern ernannt würden, würde das System sich nicht grundlegend verändern und die politischen Kräfte des Landes weiter unterdrückt werden. Die "Todesmaschine" ist weiterhin am Werk, und weder der Staat noch die Justiz schützen die Algerier und Algerierinnen. Die ökonomischen und geostrategischen Interessen der Großmächte diktieren immer mehr den Bewegungsspielraum der lokalen Machthaber und teilen ihnen insbesondere die Rolle des Polizisten zu, der auf der nationalen Ebene die immer zahlreicher werdenden Revolten einer aufgebrachtten Bevölkerung mittels Repression zur Ruhe zwingt und auf der internationalen Ebene die Erdölinteressen der Großkonzerne sichert und die illegale Einwanderung eindämmt.

Projet de charte pour la paix et la réconciliation nationale

Décret présidentiel n° 05-278 du 9 Rajab 1426 correspondant au 14 août 2005 portant convocation du corps électoral pour le référendum du jeudi 29 septembre 2005 relatif à la réconciliation nationale.

Le Président de la République, vu la Constitution, notamment ses articles 7 et 77 (6° et 8°) ; vu l'ordonnance n° 97-07 du 27 Chaoual 1417 correspondant au 6 mars 1997, modifiée et complétée, portant loi organique relative au régime électoral, notamment ses articles 168 à 171 ;

Décrète :

- Article 1 - Les électeurs et les électrices sont convoqués à l'effet de se prononcer, par voie de référendum, le jeudi 29 septembre 2005.
- Art. 2 - Il est mis à la disposition de chaque électeur deux (2) bulletins de vote. La question posée est : « Etes-vous d'accord sur le projet de Charte pour la paix et la réconciliation nationale qui vous est proposé ? »
- Si vous êtes d'accord : répondre par « OUI » (bulletin bleu).
- Si vous n'êtes pas d'accord : répondre par « NON » (bulletin blanc).
- Art. 3 - Le projet de Charte pour la paix et la réconciliation nationale est annexé au présent décret.
- Art. 4 - Une révision exceptionnelle des listes électorales est ouverte à compter du 17 août 2005, elle est clôturée le 24 août 2005. Art. 5 - Le présent décret sera publié dans le Journal officiel de la République algérienne démocratique et populaire.

Abdelaziz Bouteflika

Projet de charte pour la paix et la réconciliation nationale

L'Histoire de l'Algérie est une suite de luttes livrées par son peuple pour défendre sa liberté et sa dignité. Cet héritage, constitué au fil du temps, a fait de l'Algérie une terre de respect des valeurs de tolérance, de paix, de dialogue et de civilisation. Le peuple algérien, puisant sa force dans son unité et s'appuyant sur ses valeurs spirituelles et morales séculaires, a su triompher des épreuves les plus douloureuses pour écrire de nouvelles pages glorieuses de son Histoire. Refusant de se soumettre à l'oppression, il a su, avec patience et détermination, organiser sa résistance, malgré les terribles tentatives de déculturation et d'extermination dont il a été victime durant plus d'un siècle d'occupation coloniale. La glorieuse révolution du 1er Novembre 1954 est venue, telle une lumière dans une nuit de ténèbres, cristalliser les aspirations du peuple algérien et le guider dans la voie du combat pour la reconquête de son indépendance et de sa liberté. Ce combat historique a été suivi par d'autres batailles, non moins importantes, pour la reconstruction de l'Etat et le développement de la nation. Depuis plus d'une décennie, l'évolution de l'Algérie a été déviée de son cours naturel par une agression criminelle sans précédent, visant dans ses sinistres desseins à effacer les acquis du peuple engrangés au prix d'incommensurables sacrifices, mais, ce qui est plus grave encore, à remettre en cause l'Etat national lui-même. Dans sa très grande majorité, le peuple algérien a très vite compris qu'une telle agression portait atteinte à sa nature, à son Histoire et à sa culture. C'est donc naturellement qu'il s'est mis progressivement à lui résister, puis à la combattre pour enfin en triompher. Le peuple algérien a vécu, dans sa chair et dans son âme, les affres de cette grande fitna qui s'est abattue sur l'Algérie. Pour les citoyennes et les citoyens, pour les familles algériennes, il est vital de transcender définitivement cette tragédie qui ne réside pas dans des débats théoriques, abstraits ou idéologiques, donnant lieu à des échanges de vues entre acteurs ou organisations, agissant à l'intérieur ou hors du territoire national. Cette question vitale concerne la sécurité des biens et celle des personnes et même leur honneur, c'est-à-dire tout ce que l'Islam sacralise et que la loi protège et garantit. L'Algérie a survécu à cette dramatique épreuve grâce à la résistance farouche de son peuple et à son abnégation, qui lui ont coûté un terrible et lourd tribut de sang consenti pour la survie de la patrie. L'Algérie a survécu grâce au patriotisme et aux sacrifices des unités de l'Armée nationale populaire, des forces de sécurité et de l'ensemble des Patriotes

qui ont su, patiemment et avec détermination, organiser la résistance de la nation face à cette agression criminelle inhumaine. Le peuple algérien honore et honorera à jamais la mémoire de tous ceux qui ont consenti le sacrifice suprême pour que vive la République algérienne démocratique et populaire. Il demeurera aux côtés des familles des martyrs du devoir national et des familles des victimes du terrorisme, parce que leurs sacrifices sont dignes des valeurs de la société algérienne. L'Etat n'épargnera aucun effort, moral et matériel, pour que ces familles et leurs ayants droit continuent de faire l'objet de sa considération, de son hommage et d'un soutien à la mesure des sacrifices consentis. Le peuple algérien est et restera indivisible. C'est le terrorisme qui a ciblé les biens et les personnes, qui a fait perdre au pays une partie inestimable de ses richesses humaines et matérielles et qui a terni son image sur le plan international. Cette tourmente a instrumentalisé la religion ainsi qu'un certain nombre d'Algériens à des fins antinationales. L'Islam, composante fondamentale de l'identité nationale, a été, à travers l'Histoire et, contrairement aux thèses soutenues par les commanditaires de cette odieuse mystification, un ciment fédérateur et une source de lumière, de paix, de liberté et de tolérance. Ce terrorisme barbare qui a endeuillé le peuple algérien durant une décennie est en contradiction avec les authentiques valeurs de l'Islam et les traditions musulmanes de paix, de tolérance et de solidarité. Ce terrorisme a été vaincu par le peuple algérien qui entend aujourd'hui transcender la fitna et ses terribles conséquences et retrouver définitivement la paix et la sécurité. Le terrorisme a été - par la grâce d'Allah le Tout-Puissant et le Miséricordieux - combattu puis maîtrisé sur l'ensemble du territoire national qui a enregistré un retour de la paix et de la sécurité. Les Algériennes et les Algériens sont profondément convaincus que, sans le retour de la paix et de la sécurité, nulle démarche de développement politique, économique et social ne peut donner les fruits qu'ils en attendent. Pour avoir, momentanément, été privés de cette paix et de cette sécurité, ils en apprécient l'importance, en toute conscience, non seulement pour chacun d'entre eux, mais aussi pour l'ensemble de la nation. Pour leur consolidation définitive, la paix et la sécurité exigent aujourd'hui la mise en œuvre d'une démarche nouvelle visant à concrétiser la réconciliation nationale, car c'est seulement par la réconciliation nationale que seront cicatrisées les plaies générées par la tragédie nationale. La réconciliation nationale est une attente réelle du peuple algérien. C'est une attente d'autant plus pressante que l'Algérie est interpellée par les multiples défis du développement auxquels elle est confrontée. Le peuple algérien sait, avec certitude, que la réconciliation nationale est porteuse d'espoir et qu'elle est de nature à consolider les atouts de l'Algérie démocratique et républicaine, au grand bénéfice de tous les citoyens. Il le sait avec certitude depuis qu'il a adhéré massivement à la politique de concorde civile sur laquelle il s'est déjà souverainement prononcé. La politique de concorde civile - tout comme la politique de la rahma qui l'a précédée - a permis de briser l'entreprise diabolique visant à faire imploser la nation. Elle a également permis d'épargner des milliers de vies humaines et de faire retrouver à l'Algérie sa stabilité politique, économique, sociale et institutionnelle. La politique de paix et de réconciliation parachèvera les efforts consentis par toutes les composantes du peuple algérien pour que vive l'Algérie. Le peuple algérien est appelé aujourd'hui à se prononcer sur les dispositions de la présente Charte pour la paix et la réconciliation nationale. Par son approbation, le peuple algérien appuie solennellement les mesures nécessaires à la consolidation de la paix et de la réconciliation nationale. Par cette approbation, il affirme sa détermination à capitaliser les enseignements tirés de cette tragédie, afin de consolider le socle sur lequel sera édifiée l'Algérie de demain. Le peuple algérien, respectueux de l'Etat de droit et des engagements internationaux de l'Algérie, approuve les mesures suivantes visant à consolider la paix et à rétablir la réconciliation nationale, en réponse aux multiples appels des familles algériennes éprouvées par cette tragédie nationale.

I. RECONNAISSANCE DU PEUPLE ALGÉRIEN ENVERS LES ARTISANS DE LA SAUVEGARDE DE LA RÉPUBLIQUE ALGÉRIENNE DÉMOCRATIQUE ET POPULAIRE

Le peuple algérien tient à rendre un vibrant hommage à l'Armée nationale populaire, aux services de sécurité ainsi qu'à tous les Patriotes et citoyens anonymes qui les ont aidés, pour leur engagement patriotique et leurs sacrifices qui ont permis de sauver l'Algérie et de préserver les acquis et les institutions de la République. En adoptant souverainement cette charte, le peuple algérien affirme que nul, en Algérie ou à l'étranger, n'est habilité à utiliser ou à instrumentaliser les blessures de la tragédie nationale pour porter atteinte aux institutions de la République

algérienne démocratique et populaire, fragiliser l'Etat, nuire à l'honorabilité de tous ses agents qui l'ont dignement servie ou ternir l'image de l'Algérie sur le plan international.

II. MESURES DESTINÉES À CONSOLIDER LA PAIX

- Premièrement : Extinction des poursuites judiciaires à l'encontre des individus qui se sont rendus aux autorités depuis le 13 janvier 2000, date de forclusion des effets de la loi portant concorde civile.

- Deuxièmement : Extinction des poursuites à l'encontre de tous les individus qui mettent fin à leur activité armée et remettent les armes en leur possession. Cette extinction des poursuites ne s'applique pas aux individus impliqués dans les massacres collectifs, les viols et les attentats à l'explosif dans les lieux publics.

- Troisièmement : Extinction des poursuites judiciaires à l'encontre des individus recherchés, sur le territoire national ou à l'étranger, qui décident de se présenter volontairement devant les instances algériennes compétentes. Cette extinction des poursuites ne s'étend pas aux individus impliqués dans les massacres collectifs, les viols et les attentats à l'explosif dans les lieux publics.

- Quatrièmement : Extinction des poursuites judiciaires à l'encontre de tous les individus impliqués dans des réseaux de soutien au terrorisme qui décident de déclarer, aux autorités algériennes compétentes, leurs activités.

- Cinquièmement : Extinction des poursuites judiciaires pour les individus condamnés par contumace, autres que ceux impliqués dans les massacres collectifs, les viols et les attentats à l'explosif dans les lieux publics.

- Sixièmement : Grâce pour les individus condamnés et détenus pour des activités de soutien au terrorisme. Septièmement : Grâce pour les individus condamnés et détenus pour des actes de violence, autres que les massacres collectifs, les viols et les attentats à l'explosif dans les lieux publics. Huitièmement : Commutation et remise de peines pour tous les autres individus condamnés définitivement ou recherchés qui ne sont pas concernés par les mesures d'extinction de poursuites ou de grâce énoncées ci-dessus.

III. MESURES DESTINÉES À CONSOLIDER LA RÉCONCILIATION NATIONALE

En vue de consolider la réconciliation nationale, le peuple algérien est favorable à la prise de mesures destinées à renforcer son unité, à éliminer les germes de la haine et à se prémunir contre de nouvelles dérives.

- Premièrement : Le peuple algérien souverain adhère à la mise en œuvre de dispositions concrètes destinées à lever définitivement les contraintes que continuent de rencontrer les personnes qui ont choisi d'adhérer à la politique de concorde civile, plaçant ainsi leur devoir patriotique au-dessus de toute autre considération. Ces citoyens ont agi et continuent d'agir de manière responsable pour la consolidation de la paix et la réconciliation nationale, refusant toute instrumentalisation de la crise vécue par l'Algérie par les milieux hostiles de l'intérieur et leurs relais à l'extérieur.

- Deuxièmement : Le peuple algérien souverain soutient également, au profit des citoyens ayant, suite aux actes qu'ils ont commis, fait l'objet de mesures administratives de licenciement décrétées par l'Etat, dans le cadre des missions qui lui sont imparties, les mesures nécessaires pour leur permettre ainsi qu'à leurs familles de normaliser définitivement leur situation sociale.

- Troisièmement : Tout en étant disposé à la mansuétude, le peuple algérien ne peut oublier les tragiques conséquences de l'odieuse instrumentalisation des préceptes de l'Islam, religion de l'Etat. Il affirme son droit de se protéger de toute répétition de telles dérives et décide, souverainement, d'interdire aux responsables de cette instrumentalisation de la religion toute possibilité d'exercice d'une activité politique, et ce, sous quelque couverture que ce soit. Le peuple algérien souverain décide également que le droit à l'exercice d'une activité politique ne saurait être reconnu à quiconque ayant participé à des actions terroristes et qui refuse toujours, et malgré les effroyables dégâts humains et matériels commis par le terrorisme et l'instrumentalisation de la religion à des fins criminelles, de reconnaître sa responsabilité dans la conception et dans la mise en œuvre d'une politique prônant le pseudo « djihad » contre la nation et les institutions de la République.

IV. MESURES D'APPUI DE LA POLITIQUE DE PRISE EN CHARGE DU DRAMATIQUE DOSSIER DES DISPARUS

Le peuple algérien rappelle que le dossier des disparus retient l'attention de l'Etat depuis une décennie déjà et fait l'objet d'une attention particulière en vue de son traitement approprié. Il rappelle également que le drame des personnes disparues est l'une des conséquences du fléau du terrorisme qui s'est abattu sur l'Algérie. Il affirme aussi que, dans de nombreux cas, ces disparitions sont une conséquence de l'activité criminelle de terroristes sanguinaires qui se sont arrogé le droit de vie ou de mort sur toute personne, qu'elle soit algérienne ou étrangère. Le peuple algérien souverain rejette toute allégation visant à faire endosser par l'Etat la responsabilité d'un phénomène délibéré de disparition. Il considère que les actes répréhensibles d'agents de l'Etat, qui ont été sanctionnés par la justice chaque fois qu'ils ont été établis, ne sauraient servir de prétexte pour jeter le discrédit sur l'ensemble des forces de l'ordre qui ont accompli leur devoir, avec l'appui des citoyens et au service de la patrie. C'est dans cet esprit que le peuple algérien décide des dispositions suivantes destinées à favoriser le règlement définitif du dossier des disparus :

- Premièrement : L'Etat prend en charge le sort de toutes les personnes disparues dans le contexte de la tragédie nationale et il prendra les mesures nécessaires en connaissance de cause.
- Deuxièmement : L'Etat prendra toutes mesures appropriées pour permettre aux ayants droit des personnes disparues de transcender cette terrible épreuve dans la dignité.
- Troisièmement : Les personnes disparues sont considérées comme victimes de la tragédie nationale et leurs ayants droit ont droit à réparation.

V. MESURES DESTINÉES À RENFORCER LA COHÉSION NATIONALE

- Premièrement : Le peuple algérien tient compte du fait que la tragédie nationale a affecté toute la nation, entravé la construction nationale et porté atteinte directement ou indirectement à la vie de millions de citoyens.

- Deuxièmement : Le peuple algérien considère que fait partie du devoir national la prévention de tout sentiment d'exclusion chez des citoyens non responsables du choix malheureux fait par un de leurs proches. Il considère que l'intérêt de l'Algérie exige d'éliminer définitivement tous les facteurs d'exclusion qui pourraient être exploités par les ennemis de la nation.

- Troisièmement : Le peuple algérien considère que la réconciliation nationale doit prendre en charge le drame des familles dont des membres ont pris part à l'action terroriste.

- Quatrièmement : Le peuple algérien décide que l'Etat prendra des mesures de solidarité nationale au bénéfice de ces familles qui sont démunies et qui ont été éprouvées par le terrorisme à travers l'implication de leurs proches. A travers son approbation de la présente charte, le peuple algérien entend consolider la paix et les fondements de la réconciliation nationale. Il considère qu'il est désormais du devoir de chaque citoyenne et de chaque citoyen d'apporter son tribut à la paix, à la sécurité et à la réalisation de la réconciliation nationale, pour que l'Algérie ne connaisse plus jamais la tragédie nationale qu'elle a vécue, et proclame « Plus jamais ça ! » Il mandate le Président de la République pour solliciter, au nom de la nation, le pardon de toutes les victimes de la tragédie nationale et sceller ainsi la paix et la réconciliation nationale. Le peuple algérien ne peut oublier les ingérences extérieures et les manœuvres politiciennes internes qui ont contribué à faire perdurer et à aggraver les affres de la tragédie nationale. Le peuple algérien, qui fait sienne la présente charte, déclare qu'il revient désormais à tous, à l'intérieur du pays, de se plier à sa volonté. Il rejette toute interférence extérieure qui tenterait de contester son choix souverain, librement et démocratiquement exprimé à travers la présente charte. Il affirme qu'il revient désormais à chaque citoyenne et à chaque citoyen de se consacrer à l'œuvre de construction nationale, dans le respect des droits et des devoirs reconnus à chacun par la Constitution et par les lois de la République. Le peuple algérien déclare qu'il est déterminé à défendre, à travers toutes les institutions de l'Etat, la République algérienne démocratique et populaire ainsi que son système démocratique pluraliste contre toute tentative de dérapage extrémiste ou antinational. Tout en soulignant sa volonté d'ancrer l'Algérie dans la modernité, il proclame sa détermination à œuvrer à la promotion de sa personnalité et de son identité. Le peuple algérien appelle chaque citoyenne et chaque citoyen à apporter sa contribution au renforcement de l'unité nationale, à la promotion et à la consolidation de la personnalité et de l'identité nationales et à la perpétuation des nobles valeurs de la Déclaration du Premier Novembre 1954 à travers les générations. Convaincu de l'importance de cette œuvre qui mettra les générations futu-

res à l'abri des dangers d'un éloignement de leurs racines et de leur culture, il charge les institutions de l'Etat de prendre toutes les mesures de nature à préserver et à promouvoir la personnalité et l'identité nationales, à travers la valorisation de l'Histoire nationale ainsi que dans les domaines religieux, culturel et linguistique. Le peuple algérien souverain approuve la présente Charte pour la paix et la réconciliation nationale et mandate le Président de la République pour prendre toutes les mesures visant à en concrétiser les dispositions.

Alger, le 9 Rajab 1426 correspondant au 14 août 2005

Algeria: President calls referendum to obliterate crimes of the past

AMNESTY INTERNATIONAL Public Statement, 22 August 2005

On 15 August President Abdelaziz Bouteflika issued a decree on a "Draft Charter for Peace and National Reconciliation", which outlines a framework for future measures ostensibly aimed at bringing closure to a decade of violent conflict. The publication of the decree follows a prolonged official campaign in favour of a general amnesty.

The Charter contains provisions aimed at exonerating both security forces and armed groups from accountability for grave human rights abuses. Such provisions are inconsistent with Algeria's obligations under international law and may be a final denial of truth and justice to hundreds of thousands of victims and their families. It is so far unclear whether the Charter will pave the way for a general amnesty law or a series of other measures, as detailed provisions are still lacking.

The Charter proposes measures of exemption from prosecution or clemency for current and former armed group members, some of whom have been responsible for grave human rights abuses. It maintains that security forces and state-armed militias, who have also committed serious human rights violations, acted in the interest of the country and fails to acknowledge that they may have been responsible for serious crimes. It specifically denies that the security forces have been responsible for carrying out thousands of acts of "disappearance".

Algerians are to vote on the Charter in a referendum on 29 September. In a speech on 14 August, President Bouteflika presented the Charter as the only option for Algerians to bring about a transition to peace.

The lack of any commitment to investigate the grave abuses committed during Algeria's internal conflict raises serious concerns that proposed measures will perpetuate a climate of impunity and ultimately encourage further abuses in Algeria.

In April, Amnesty International and four other major international human rights organizations called on the Algerian authorities to uphold the right of all victims of serious human rights abuses to truth, justice and reparation in any plan for "national reconciliation".

According to official statements some 200,000 people have been killed in the Algerian conflict since 1992. Some of these killings are attributed to armed groups, others to security forces and state-armed militias. In the vast majority of cases, no independent investigations have taken place to establish responsibility for the killings and bring the perpetrators to justice.

While the Charter recognizes that grave human rights abuses have been committed by armed groups, it denies that security forces and state-armed militias have also been responsible for serious human rights violations, in an apparent attempt to stifle continuing calls for investigations of such crimes.

Consequently, Amnesty International fears that these provisions may lead to laws being passed which will exempt security forces and militias who acted in conjunction with them from prosecution in Algerian courts. Information gathered by victims of human rights violations, relatives of victims, and human rights activists constitutes a body of evidence pointing to the

responsibility of security forces and state-armed militias in human rights violations committed since 1992. These violations include torture, “disappearances” and extrajudicial executions, which are serious crimes under international law and have, in some cases, been so widespread and systematic as to constitute crimes against humanity.

To date the Algerian authorities have provided almost no verifiable information about cases in which members of the security forces have been brought to trial for these human rights violations. There have also been allegations that certain army and security force units failed to prevent human rights abuses by armed groups and may have operated in conjunction with them. To this day, these allegations have not been investigated.

The Charter specifically denies state responsibility for “disappearances”, and claims that any wrongful acts found to have been committed by state agents have been punished. This stands in stark contrast to the experience that families of the “disappeared” have faced for over a decade. Thousands of Algerian civilians have “disappeared” after arrest between 1993 and 2002 and remain unaccounted for, in spite of their families’ efforts. To Amnesty International’s knowledge, not one of the hundreds of complaints lodged in Algerian courts has established the fate or whereabouts of a “disappeared” person or led to a security officer being prosecuted, even in cases where witnesses were able to identify alleged perpetrators.

The Charter promises families of the “disappeared” compensation and recognition as “victims of the national tragedy”, in addition to unspecified measures to help them overcome the difficulties they may be facing. It does not recognize, however, the need to investigate what happened to the “disappeared”, who remain unaccounted for and whose families may be nurturing the hope that they might be alive in a place of detention.

Amnesty International welcomes the promise of compensation payments to families of the “disappeared”, but believes that these cannot be a substitute for full reparation, which includes restitution, rehabilitation, satisfaction and guarantees of non-repetition, in addition to compensation. Under international law, “disappearances” are considered as a continuing violation, as long as the fate and whereabouts of the “disappeared” person have not been established. Urgent measures are needed to conduct case-by-case investigations to clarify whether a person is alive or dead, what happened during their detention, and who is responsible for their “disappearance”.

The Charter may also provide a basis for curtailing the rights of both victims and human rights activists to publicize and campaign against violations committed by state agents. It calls on Algerians to approve a ban on anyone inside or outside Algeria “instrumentalizing the wounds of the national tragedy” to tarnish the image of state institutions and its agents. Amnesty International believes this to be a serious threat to victims of state abuses and their families, as well as against human rights activists and lawyers, as it may serve to criminalize their legitimate campaigning activities for truth and justice. Such a provision may therefore undermine their right to freedom of expression and association.

With regard to current or former members of armed groups, the Charter proposes a set of measures exempting from prosecution those who give themselves up to the authorities, or who have given themselves up in previous years. Those wanted or sentenced for mass killings, rape or placing explosives in public places are excluded from such measures, but may still be eligible for reduced sentences through an act of clemency.

Armed groups have been responsible for serious crimes during the internal conflict, such as abductions, torture and unlawful and deliberate killings of civilians, including women and children. Some of these abuses amount to crimes against humanity, but the Algerian authorities have so far failed to investigate the vast majority of them and bring the perpetrators to justice.

Amnesty International is concerned that the measures proposed under the draft Charter may further prevent the emergence of the truth about crimes committed by armed groups, a final judicial determination of guilt or innocence and full reparation for victims and their families. The measures proposed in the Charter resemble some of the provisions of the 1999 Civil Harmony Law, which granted exemption from prosecution to members of armed groups who gave themselves up, providing they had not killed, raped, caused permanent disability or placed explosives in public places. In practice, however, no serious investigations are known to have

taken place to determine whether or not members of armed groups were eligible for exemption from prosecution under the terms of the law.

Some 4,500 armed group members are believed to have surrendered under the Civil Harmony Law, but it is not known how many of these were prosecuted for serious crimes not covered under the Civil Harmony Law. More armed group members, who surrendered after the expiry of the law, are believed to have benefited from unspecified measures of clemency or exemption from prosecution outside of any legal framework.

Amnesty International believes that persons who have committed serious crimes which violate international law should be brought to justice, regardless of whether they are civilians or military or whether they belong to an armed group, and regardless of when and where they committed such crimes. Crimes of the severity and magnitude as those committed in Algeria by security forces and armed groups should not be subject to amnesties, pardons or statutes of limitations.

The Algerian government cannot evade its obligations under international law by adopting a Charter that runs contrary to those obligations, regardless of whether or not it will be approved in a referendum. A majority vote should not deny victims of grave abuses their fundamental rights to truth, justice and reparation, nor can it extinguish the state's duty to ensure that perpetrators of serious crimes are brought to justice.

Amnesty International urges the Algerian government not to enact legislation which will prevent the emergence of the truth about serious crimes committed during the internal conflict, a final judicial determination of guilt or innocence and full reparation for victims and their families.

Amnesty International is also concerned that the numerous references in the Charter to the negative effects of what is referred to as "international interference" indicate that the Algerian authorities intend to continue to restrict access to Algeria to international observers and human rights organizations. Such restrictions have made it difficult to document human rights violations.

In particular, the authorities have failed to issue invitations to key United Nations experts who have requested access to the country to conduct investigations. Amnesty International reiterates its call on the Algerian authorities to facilitate without further delay the long-requested visits by the UN Working Group on Enforced and Involuntary Disappearances, the UN Special Rapporteur on Extrajudicial Executions and the UN Special Rapporteur on Torture.

AI Index: MDE 28/010/2005 (Public)

News Service No: 229

22 August 2005

Algeria: Impunity Should Not be Price of Reconciliation

President's Peace Plan Would Amnesty Atrocities, Bury Truth

Human Rights Watch, 2 September 2005

(Brussels, September 3, 2005) -- President Abdelaziz Bouteflika's new "Charter for Peace and National Reconciliation," unveiled on August 15, offers more to perpetrators of human rights violations than it does to victims, Human Rights Watch said today.

The Charter outlines a framework for turning the page on the conflict that claimed the lives of more than 100,000 Algerians since 1992 and led to the forced disappearance of thousands more who remain missing today. Algerians will vote yes or no on the proposed Charter in a national referendum on September 29.

In an 18-page briefing paper, Human Rights Watch welcomed some features of the Charter, but said that it effectively reinforces the impunity for serious crimes committed by state agents while granting amnesty to armed insurgents for many of the atrocities they had perpetrated during more than a decade of civil strife. Human Rights Watch also expressed concern that the political climate and the short timetable for the referendum do not favor a free and informed public discussion about the Charter.

The Charter mandates the president to seek, in the name of the Algerian nation, the “pardon” of families of the “disappeared” and all other victims of what it terms “the national tragedy.” Families of the “disappeared” would be entitled also to reparations and assistance to cope with their ordeal “in dignity.”

However, Human Rights Watch said, the Charter avoids mention of the right of victims, or of Algerians more generally, to learn the truth about the “disappearances” and other atrocities committed both by state agents and armed groups since 1992. It does not raise the prospect of a truth commission or any mechanism for investigating and holding accountable those responsible.

“For relatives of the ‘disappeared,’ reparations and an official apology are steps forward,” said Joe Stork, deputy director for the Middle East and North Africa Division at Human Rights Watch. “But they do not substitute for the rights of families to know the truth and to see that justice is done. Those rights cannot be dismissed, even by a majority vote.”

The Charter does not explicitly propose an amnesty to benefit state agents who committed abuses, but it largely ignores their role in perpetrating systematic and serious human rights abuses. This reinforces the impunity they have enjoyed until now, and raises concern that approval of the Charter may lead to an amnesty law for their benefit. The Charter asserts, dubiously, that “disappearances” were the work of isolated individuals and not of institutions, thereby also absolving officials of the government and security services from responsibility.

The Charter proposes to extend and broaden a 1999 amnesty to members of armed groups who surrender, and to free or reduce the terms of militants in prison. While the Charter specifies that certain crimes—“collective massacres,” rape and bombings in public places—are not subject to amnesty, a militant guilty of an abduction and a deliberate killing, even multiple acts, would escape prosecution or leave prison.

“The Charter’s dual defect is to amnesty killers from armed groups — as long as they did not commit “collective massacres” — while saying nothing about the role of state agents, including high officials, in perpetrating and condoning serious human rights crimes,” said Stork. “The experience of other societies emerging from internal conflict is that national reconciliation is far more likely when there is at least some effort to discover and disclose the truth and hold perpetrators on all sides accountable.”

Human Rights Watch said that a plan with such profound consequences deserves more than a 45-day period of public deliberation before a referendum. The organization urged authorities to encourage a wide and free-ranging debate of the Charter by providing airtime to diverse perspectives on state-controlled television and radio, and by ending pressures on the private press and on human rights organizations.

Human Rights Watch also criticized the Charter’s provisions that appear to rule out any political rehabilitation for the banned Islamic Salvation Front (FIS) and its leaders.

Among Human Rights Watch’s recommendations to Algerian authorities:

- Ensure that any measures of amnesty are crafted to exclude the perpetrators of serious human rights abuses, whether they are state agents or members of armed groups. The definition of grave abuses should encompass extrajudicial executions, torture and forced disappearances.
- Ensure that any plan to address definitively the issue of “disappearances” respects the right of victims and their families to truth and justice. One way could be the establishment of an impartial body whose powers, resources, mandate and independence conform to international standards for effective truth commissions.
- Disclose the decisions rendered by the Probation Committees that were established by the 1999 Civil Harmony Law and tasked with examining applications for amnesty from

surrendering militants. Such disclosure will enable the public to evaluate how well these committees excluded from amnesty the perpetrators of grave human rights violations; it will also contribute to an informed debate on how to ensure an effective vetting process for future amnesty-seekers.

- Ensure that any effort to assist victims of political violence pays particular attention to the special social and psychological needs of the many women who were raped by members of armed groups.

Upon release, it will be available at:

<http://hrw.org/backgrounders/mena/algeria0905/index.htm>

Déclaration sur la charte pour la paix et la réconciliation nationale

Ligue Algérienne de Défense des droits de l'Homme, 15 août 2005

Lorsqu'on aborde un problème aussi sérieux et crucial que celui de la paix et de la réconciliation nationale qui est une avancée certaine dans la voie de la stabilité du pays, il faut éviter tout excès de langage comme toute complaisance, et aller au fond des choses. Certaines vérités doivent être dites, car le silence nuit à la défense des causes les plus justes. Il faut regretter le caractère superficiel des jugements qui se fondent sur des vérités fragmentaires, et la bonne foi qui abuse lorsqu'elle privilégie une grille de lecture.

Le Président de la République qui veut entrer de plain pied dans l'Histoire, en donnant la mesure de ses capacités d'homme d'Etat, veut aussi impliquer dans la recherche de la paix et de réconciliation nationale les forces politiques, économiques et sociales, la société civile, en les chargeant de créer un vaste mouvement populaire en leur faveur.

L'option ou la stratégie de la solution sécuritaire ne mène qu'à l'échec, car elle est sans perspectives politiques, et rend difficile tout traitement politique de la crise. Chaque tentative de sortie de la crise est condamnée à reproduire la précédente. La vie politique est conçue et reste dominée par un seul objectif : pérenniser le pouvoir en place. La doctrine de la sécurité nationale suppose le contrôle permanent de la société par la police politique qui contrôle tout, dirige tout, conduit les algériens dans la vie de la naissance à la mort.

L'ordonnance du 25/02/1995 dite loi sur la Rahma, c'est-à-dire la clémence, était condamnée à très court terme à l'échec, parce qu'elle était explicitement de nature pénale et ne comprenait aucune référence politique, la paix des cimetières ou la paix des braves, c'est la peste ou le choléra.

La loi sur la concorde civile adoptée au pas de charge par le Parlement et soumise au référendum, n'était qu'une élection présidentielle bis destinée à légitimer le président mal élu. L'effet psychologique recherché par ce dernier, à savoir une reddition massive de tous les groupes armés qui formeraient des files indiennes devant les commissions de probation, afin que les combats cessent faute de combattants, ne s'est pas réalisé.

La réconciliation nationale est un problème politique et non sécuritaire et social, il faut lui apporter une solution politique, connaître la vérité sur les violations graves des droits de l'homme exercées par les groupes armés islamiques, l'armée, les forces de sécurité et les groupes de libre défense (GLD), facilitera la réconciliation nationale. Il faut analyser les événements du passé avec le souci de la vérité, et préparer l'avenir, la réconciliation nationale, par la justice sans céder à la tentation de justicier.

Le président de la république a disculpé toute responsabilité de l'armée et des services de sécurité des crimes contre l'humanité, en déclarant l'Etat responsable mais pas coupable, ce qui est une hérésie juridique. Une violation grave des droits de l'homme est une violation quelle que

soit la personne qui la commet et quelle qu'en soit la raison. Tous les criminels sont égaux aux yeux de la loi, qui ne traite pas de moralité mais de légalité.

Il y a toujours un calcul stratégique et politique dans le geste généreux d'un chef d'Etat qui offre la paix et la réconciliation nationale. Il faut intégrer ce calcul dans toutes les analyses. Le président de la république a écarté la responsabilité et la culpabilité personnelle des membres de l'armée et des services de sécurité. L'histoire de la décennie noire écoulée, rentrera bien un jour dans la voie des aveux.

Droits de l'homme et pouvoir sont par nature antinomiques. Droits de l'homme et paix sont les deux aspects indissociables de la vie humaine. Toute tentative de sauver l'un aux dépens de l'autre, assurer la paix aux dépens de la justice, conduit à l'échec des deux. La LADDH à condamné tous les actes de violence d'où qu'ils viennent particulièrement ceux qui entraînent la mort, quels que soient les auteurs et les commanditaires de ces crimes, et quelles que soient les victimes.

La paix va-t-elle après plus d'une décennie de violence reprendre ses droits ? il faut peser sur les événements pour les faire évoluer vers la paix. L'arrêt de l'effusion de sang est une question stratégique. Que les armes cessent de parler, que la violence fratricide cesse, il y a trop de malheurs dans notre pays, trop de sang versé, trop de larmes, trop de veuves et d'orphelins, trop de destructions. Il faut y mettre fin. Paix et réconciliation nationale sont les maîtres mots. Militants des droits de l'homme, il n'y a pour nous qu'un chemin à suivre celui de la paix et de la réconciliation nationale, car le premier des droits de l'homme est le droit à la vie.

Le sens élevé du devoir et la générosité du cœur sont notre ligne de conduite.

L'homme n'est pas un moyen, mais une fin, la finalité de toute politique. Nous plaçons pour la paix, un sujet qui nous tient le plus au cœur, mais qu'il faut bâtir sur de solides fondations. L'avenir n'est jamais donné, il faut le construire. Le peuple veut savoir comment et où on le conduit, sans lui dissimuler les problèmes.

Il faut d'abord créer un environnement politique favorable à la paix. Pour soigner un malade il faut agir sur les causes de la maladie. Il en est de même de la crise. La crise est globale et ne peut être résolue que de manière globale, par un dialogue politique, avec la participation sans exclusive de tous les acteurs importants de la vie politique qui inscrivent leur démarche dans la recherche d'une solution.

L'amnistie partielle qui ne veut pas dire son nom, retenue dans le projet de charte, doit arriver au terme du processus de paix, pas avant ou au début. Le pardon qui n'est pas procédé de la vérité et de la justice, n'est que de l'impunité. Il faut envisager des poursuites judiciaires dans le cadre de la compétence universelle qui permet au juge de n'importe quel Etat, de connaître des crimes contre l'humanité qui atteignent l'être humain dans ce qu'il a d'essentiel, sa vie, sa dignité, son intégrité physique et morale, sans considération ni du lieu de l'infraction, ni de la nationalité de l'auteur ou de la victime.

Lors de son discours d'investiture, le président Liamine Zeroual a prononcé une phrase non suivie d'effets, qui se situe dans le droit fil des droits de l'homme : « le peuple algérien est interpellé par un devoir de solidarité nationale au bénéfice de toutes les victimes de la tragédie que la patrie a vécu » le décret législatif qui mettait sur le même pied d'égalité toutes les victimes sans exclusion de la tragédie n'a pas été appliqué, car il a été jugé par ses adversaires comme étant un acte de trahison nationale. « Les enfants de terroristes disent ils ne sont pas coupables, mais ils ne peuvent être mis sur le même pied d'égalité que les enfants victimes du terrorisme ».

Les familles de disparus ont été victimes d'ostracisme, de la part du pouvoir, alors qu'elles sont dans un dénuement total. Le soutien aux victimes de la tragédie nationale doit être affranchi de réflexes partisans et de tout esprit polémique.

Toutes les victimes doivent être traitées sur un même pied d'égalité et bénéficier des mêmes droits. Leurs revendications viennent d'être prise en considération par le projet de charte pour la paix et la réconciliation nationale.

La réconciliation nationale.

Elle est la suite logique de la paix, mais exige la mise en œuvre de paramètres tant sur le plan politique, qu'économique, social et culturel. Le mûrissement lent et fécond des réflexions

sur la réconciliation nationale confortera le sentiment d'appartenance des Algériens à une communauté de destin fondée sur des valeurs communes, ce qui obligera le système politique à réviser ses positions.

Sans se laisser guider par le pessimisme ou le catastrophisme, il faut dire que le système politique qui n'a changé ni dans sa nature ni dans sa fonction, ni dans son rôle, sous estime la désespérance qui affecte le peuple algérien dépossédé de son destin.

Il n'a pas une vision claire des frustrations du peuple. Il n'a pas une connaissance à la fois objective et rigoureuse de ses tensions, de ses angoisses, de ses exigences, de ses faiblesses mais aussi de sa force. Nous assistons à toutes sorte de réflexes chauvins, de comportements de défiance et d'intolérance, qui divisent le peuple. Plus personne ne respecte personne, car le respect suppose une éthique, une morale, une culture. La politique et la culture n'ont cessé de se croiser, la première écrasant l'autre. Les algériens en général se détestent entre eux, se détestent d'un camp à l'autre, et se méprisent à l'intérieur de chaque camp. L'homme avance enveloppé de ruse et de perfidie, chacune de ses paroles se calcule selon la prudence, et chacun de ses mots se prononce d'après le profit.

Il y'a plus qu'une fêlure, une déchirure, une fracture au sein de la société, traversée par des courants contradictoires, avec la persistance de préjugés, de tabous, de divergences politiques fondamentales, et des luttes d'influence. Comment réconcilier une société éclatée ?

Le pouvoir se personnalise et se centralise à l'accès. Les constitutions peu appliquées sont révisées et souvent usées avant d'avoir servi.

Le peuple algérien est dévoré par son Etat. Pourquoi l'Algérie a-t-elle débouché sur une telle concentration de pouvoir. La marche vers et sur les sommets et leur prestige ne dure pas sans relâche. En politique le pouvoir est toujours placé sous surveillance. L'Algérie a besoin de la levée de l'état d'urgence qui conditionne l'ouverture du champ politique et médiatique, ainsi que l'exercice des libertés individuelles et collectives, d'une presse libre et d'une justice indépendante.

Comment peut en vivre ensemble les uns avec les autres, et non pas les uns contre les autres ? Deux catégories d'Algériens coexistent à défaut de cohabiter, et le plus grave est qu'elles ont pris l'habitude de s'ignorer.

Comment instaurer des relations de tolérance et de bon voisinage entre les différentes familles de pensée qui se tourne le dos ?

La société recèle trop d'inégalités et d'injustices sociales pour se réconcilier. L'exclusion mère de l'intolérance bat son plein, frappe l'intime de chaque algérien marginalisé, l'inégalité s'installe et fait des ravages par la paupérisation de la population, le délitement du tissu social et familial, l'effondrement du système de santé.

Le pouvoir accentue les inégalités au point de reconstruire comme au temps de la colonisation une véritable hiérarchie sociale, stratifiée, fondée sur des privilèges matériels. Trop riche pour une petite minorité, trop pauvre pour la grande majorité, l'Algérie est l'exemple d'une profonde injustice sociale. La politique libérale ne peut qu'aboutir à une société duale, verticalement divisée, entre d'une part les nantis qui vivent bien, et d'autre part ceux qui sont réduits à la marginalité, la pauvreté, la faiblesse du système d'éducation, ou le manque de liberté. Le pouvoir déstabilise l'économie, fait arrimage au capital mondial, sans étendre cette libéralisation au champ politique ou médiatique.

Tant que le cancer qui représente la corruption qui est devenue un style de vie, n'est pas vaincue, la santé morale du peuple est menacée. Les corrompus et les corrupteurs sont faciles à identifier mais difficiles à neutraliser.

Le référendum

Le référendum est un moyen démocratique de consultation populaire, à condition qu'il soit utilisé par des démocrates pour des objectifs démocratiques. Il renforce alors la paix et la cohésion nationale. S'ils n'est qu'un plébiscite il suscite ou accentue les déchirements et les ruptures, ravive les blessures au lieu de les cicatrifier, nourrit le sentiment d'injustice chez les victimes et les rancœurs des milieux politiques et médiatiques.

Les deux principes fondamentaux de la démocratie, à savoir l'autodétermination du peuple et l'alternance politique, ont été confisquées. La démocratie qui est création et control du pouvoir, le régime politique de l'autorité librement consentie et non imposée, se réalise par l'alternance, les contre pouvoirs, et la régulation par le droit et l'Etat de droit. Elle n'exige pas seulement des élections libres et des pouvoirs équilibrés, mais aussi un climat de liberté. La fraude électorale bien intégrée dans les mœurs politiques du pays, est au rendez vous de toutes les élections. La démocratie c'est d'abord l'alternance.

Les Algériens doivent changer leur regard sur la société, se rallier à la démocratie, s'ouvrir à la diversité culturelle, et se mobiliser pour la justice sociale. La démocratisation des institutions qui est la décolonisation de l'intérieur, ne s'est pas réalisée. Le pouvoir ne veut pas entrer dans la démocratie, mais veut s'en donner l'apparence. Pour lui la démocratie se conjugue au future, lointain de préférence. Elle serait l'affaire d'une ou de plusieurs génération. Le peuple algérien n'aurait pas atteint selon le pouvoir, le niveau politique, social et culturel, ainsi que le degré de maturité nécessaire pour aspirer à la démocratie.

Il ne faut sacrifier ni l'Algérie, ni les Algériens qui veulent vivre normalement dans leur pays, sans violence, sans peur, sans arbitraire, sans injustice et sans corruption.

Alger le 15 août 2005
Maître Ali Yahia Abdenour

LADDH
8, rue des Frères Berrazouane -Alger.
Tel/Fax : + (213) 21 643521
E mail : laddh_ligue@hotmail.com

Sur la charte pour la paix et la réconciliation nationale

Déclaration de Ligue Algérienne des Droits De l'Homme – LADH, 27 août 2005

La « realpolitik » qui sacrifie la vérité et la justice sur l'autel des règlements politiques n'est pas acceptable.

Nous militants de la Ligue Algérienne des Droits de l'Homme – LADH

- Considérant notre conviction que la paix durable est une condition fondamentale de la jouissance des droits de l'homme.

- Que la paix sociale ne peut se réaliser par le silence autour de ce qui s'est passé et ce qui se passe.

- Que seule une réconciliation nationale juste et durable est le garant sur de la paix et de la stabilité, sans lesquelles il est impossible de miser sur la réussite de quelconque projet de développement durable.

-Que la charte aurait à gagner davantage de crédibilité et d'adhésion si un large débat public venait à s'y installer. Car une réconciliation nationale elle se construit et s'acquiert ne se déclare pas et qu'une telle démarche pose des questions essentielles pour notre devenir commun dans le contexte après conflit.

- Conscients du fait qu'il revient aux algériens et aux algériennes et à eux et elles seul(e) s, la décision de se comporter avec leur passé.

- Que nul volonté politique ne doit faire oublier au peuple Algérien que le but la réconciliation n'est pas d'embellir le passé, encore moins de l'oublier, mais il s'agit par cette démarche

d'éviter que la plaie ne reste ouverte afin qu'elle ne devienne pas à son tour source de rancœurs et de nouveaux conflits .

Pour ces motifs

La réconciliation nationale doit dépasser à notre sens le concept de réconciliation entre deux parties au conflit mais s'étend à un mouvement d'évolution sociale qui vise une prise de conscience collective, un état d'esprit, dans lesquels le peuple algérien dépassera les intérêts catégoriels pour atteindre les sommets de la responsabilité humaine afin d'arrêter l'effusion de sang et créer les règles de la coexistence pacifique et la cohésion sociale.

Le peuple Algérien est en droit de connaître la vérité toute la vérité, sur tout ce qui s'est passé ces dernières années, de connaître les commanditaires, les exécutants. Les victimes ou leurs proches éprouvent le besoin de poser des questions et de trouver des réponses auprès des personnes ayant commis les assassinats, les viols, les destructions des écoles, des usines, Elles ont besoin de connaître la raison pour laquelle elles, ou leurs proches ont été enlevés, torturés ou assassinés.

Les familles des disparus ont également besoin de connaître la vérité sur le sort de leurs proches afin de pouvoir enfin entamer, le cas échéant les procédures de deuil, Très souvent dans le cas où le décès est avéré, les familles réclament qu'on leur rende les corps pour qu'ils soient enterrés dans des tombes individuelles, A défaut les familles demandent au moins qu'on les informe sur le lieu où leurs proches seraient susceptibles d'être enterrés.

Il faut rejeter la situation confuse où tout le monde est coupable et tout le monde est innocent, Il faut identifier les assassins, les criminels et les traduire en justice, Traduire un criminel devant la justice s'inscrit dans cette recherche de paix sociale, le but de la justice est multiple à savoir, retisser le tissu social, restaurer les normes et les valeurs, sanctionner les torts et prévenir la récidive.

Le but de la réconciliation nationale est de tourner la page, Beaucoup de victimes et leurs proches souhaiteraient pouvoir tourner cette page mais n'en sont tout simplement pas capables dans la mesure où elles ont l'impression que la justice n'a pas été rendue. La lutte contre l'impunité est un élément central de la réparation et l'équité.

Il y a plusieurs causes qui peuvent concourir à rendre les mœurs d'un être humain moins rudes, mais parmi toutes ces causes, la plus puissante est de sentir la justice.

Les victimes ont besoin d'une reconnaissance officielle des souffrances qui leur ont été infligées, Il faut être conscient c'est que les souffrances infligées aux victimes peuvent être assimilées à une déshumanisation de celles-ci. Dans le processus de conciliation les victimes cherchent alors à regagner cette humanité perdue, Cela passe essentiellement par une reconnaissance de la part de la société et surtout du responsable direct ou indirect de la violation.

- Que la – réalpolitik – qui sacrifie la justice sur l'autel des règlements politiques n'est pas acceptable

- L'impunité des criminels n'est plus tolérée,

- La justice est partie intégrante de la paix.

Que selon les instruments internationaux de protection des droits de l'homme, les Etats s'engagent à respecter le droit des personnes au recours à la justice, et même une amnistie générale était prononcée, les victimes devraient rester libres de recourir à la justice, si tel est leur souhait.

Il est possible de nous inspirer des vertus de la tolérance et l'acceptation de l'autre à la lumière des expériences des autres nations qui ont souffert des crises internes sanglantes en instituant une justice transitionnelle à pour but l'identification des responsables de la tragédie nationale ; les criminels ; les assassins ; les violeurs ; les commanditaires quitte à les amnistier par la suite.

Les militants de la LADH sont ainsi

Vivement préoccupés par le fait que les droits humains et les libertés fondamentales pourraient être sapés par certaines dispositions envisagées par la charte. y compris le droit à la protection de la mémoire collective.

Préoccupés également par les conséquences préjudiciables de certaines dispositions de la charte sur la jouissance des droits des défenseurs des droits humains, des membres des associations des victimes de terrorisme, des associations des disparus, les activistes des partis politiques et les journalistes.

Vivement préoccupés par le fait que certains discours nient l'Algérianité; le patriotisme et la citoyenneté aux voix discordantes qui essaient de

S'exprimer sur le projet de la charte. Notre pays a besoin d'un vrai débat autour d'un projet qui engage son avenir, il est donc impératif d'ouvrir le champ à l'expression plurielle – y compris la radio et la télévision – pour discuter, expliquer, et même critiquer pour que le scrutin soit entouré d'un minimum de crédibilité.

En maudissant, diabolisant, injuriant celles et ceux qui s'y opposent ou critiquent le projet de la charte, c'est tourner le dos à la démocratie.

Les défenseurs des droits humains, les hommes politiques, les associations, les journalistes sont parfaitement dans leur rôle en apportant critiques et propositions, ils assument des devoirs, remplissant des tâches qui justifient leur existence et surtout exerçant leurs droits constitutionnels et civiques.

Pour les militants de la LADH
Maître Boudjema GHECHIR
Président LADH

Victims groups question Algeria amnesty

By Daikha Dridi, www.aljazeera.net, 28 August 2005

A campaign for a referendum on a civil war amnesty has started in Algeria, but advocates for victims worry that the law will allow the perpetrators of atrocities to escape justice.

The amnesty, announced recently by President Abdelaziz Bouteflika, has been proposed as a way to close a chapter on the nation's 10-year civil war, which claimed about 150,000 lives.

"They think they can tear the pages of 10 years of violence from our memory, give us money and make us forget about our disappeared," said Safia Fahassi, 39, a spokeswoman for the Algerian Coordination of the Families of the Disappeared.

Fahassi said her husband, a journalist, was kidnapped in May 1995 and was never found.

The amnesty would drop criminal charges against members of armed Islamist groups who did not participate in massacres, bombings in public areas or rapes as well as give immunity to members of the security services who were linked to disappearances and violence.

Members of armed groups who committed crimes against individuals or targeted soldiers would have immunity, but they also would be barred from political activity.

Cycle of violence

"This is the only way to break the cycle of violence and achieve our aim of durable peace, turn a horribly bloodied page and close a period made of death, destruction and grief," said Bouteflika on 14 August.

For the first time since the civil war started in 1992, the disappeared who were abducted by members of security services are being considered "victims of the national tragedy" and their relatives will be offered compensation.

The civil war was triggered when the army cancelled the nation's first multiparty elections, which an Islamist party was poised to win.

The referendum will be conducted on 29 September, but there is apprehension among victims' families that the amnesty will end their quest for justice. Several victims' associations announced on 20 August that they oppose the amnesty and urged Algerians to vote against it.

Brothers killed

"National reconciliation cannot be achieved on the grounds of impunity. Responsibilities on both sides of the civil war have to be clearly determined first," said Ali Merabet, who leads the Somoud Association of the Families of Victims Abducted by Islamist Armed Groups.

Merabet, a 41-year-old school sports coach, never dealt with politics until July 1995, when his two brothers, Aziz, 28, and Merzak, 14, were kidnapped by members of the GIA, killed and buried in the backyard of a farm in the outskirts of Algiers.

"We are not against a national reconciliation, but we do say 'no' to an amnesty decided in a hurry without going through a process that will recover truth and justice," Merabet says.

Forgiveness can only be given by the families of the victims, Merabet says, and only if the perpetrators of the crimes publicly confess and ask the families for forgiveness.

"We do not want to be perceived by the rest of the population as peace-haters - we want a national reconciliation, but a true one," he insists.

Change of heart

Others have come to accept the idea of amnesty.

Fatima-Zahra Flici, a deputy of the National Democratic Rally, the second-largest party of the governmental coalition, is the widow of a famous Algerian intellectual killed by the Islamist Armed Groups (GIA) in 1993.

A few years ago, says Flici, who became the leader of the Algerian National Organisation of Victims of Terrorism, she never would have accepted the idea of "forgiving the terrorists", but today she acknowledges she has changed.

"Since terrorism started and until 1999, we were against any idea of forgiving, but today with time passing, we think about the future of our children. We do not want them to grow up with the sentiment of vengeance; we do not want them to be fed with hatred."

Bouteflika's proposal is a positive step if it is meant to be the starting point for a national debate about national reconciliation, said Ali Yahia Abdennour, president of the Algerian League for Defence of Human Rights.

"National reconciliation is a political issue. It cannot only be achieved through security and social measures. There should be a political solution, truth should be said about overwhelming human rights violations committed by the Islamist armed groups, the army, the security services," Abdennour said.

Early reconciliation effort

In 1999, during Bouteflika's first presidential term, the country went through a reconciliation with the Civil Harmony Law, which was intended to guarantee immunity to members of armed groups who did not commit violence and reduce sentences for those who killed, raped or bombed civilians.

"We all are dreading that this law will definitively close the doors on our demand for truth"

Safia Fahassi, Algerian Coordination of the Families of the Disappeared This law was controversial among Algerian and foreign human rights organisations but was enthusiastically endorsed by referendum. It resulted in the disarming of several thousand members of the armed groups and the return of stability and security.

The new amnesty would benefit members of the security services, who were accused by many international human rights organisations of failing to protect civilians during the massacres of the 1990s or of indirect involvement in those massacres.

"There is no doubt that amnestying members of security forces is what makes the difference between the previous civil harmony law, which was meant only for armed groups, and this coming amnesty," said Farouk Ksentini, head of the Algerian Commission for Promoting Human Rights.

For the associations of the families of victims, providing amnesty to those involved in "the fight against terrorism" means giving immunity to criminals who caused the disappearance of 6146 people, Ksentini's commission says.

For Fahassi, who says her husband was kidnapped by police officers because he was suspected of having links with armed Islamist groups, what is more troubling than giving amnesty to the abductors is the idea of "being forever forbidden from knowing the truth".

The families of the disappeared, she says, "still hope to know what happened to their loved ones. They still don't know if they're dead or alive, and we all are dreading that this law will definitively close the doors on our demand for truth."

Algerien soll den "schmutzigen Krieg" vergessen

Bouteflika läßt eine Generalamnestie für Terroristen und Sicherheitsdienste per Referendum erteilen

von Jochen Hehn, Die Welt, 25. August 2005

Paris - In einem von Präsident Abd al-Asis Bouteflika angekündigten Referendum sollen die Algerier am 29. September darüber abstimmen, ob sie einen Schlußstrich unter den "schmutzigen Krieg" ziehen wollen, in dem in den neunziger Jahren schätzungsweise 150 000 Menschen ums Leben gekommen sind. Es ist dies der zweite Versuch Bouteflikas, in Algerien eine nationale Aussöhnung herbeizuführen. 1999 hatten seine Landsleute schon einmal in einem Referendum für seine "Politik der nationalen Aussöhnung" gestimmt. Sie ermöglichte es damals den islamischen Terrorbanden, ihren bewaffneten Kampf aufzugeben und rehabilitiert zu werden. Die islamische Armee des Heils (AIS) - bewaffneter Arm der 1992 verbotenen Islamischen Heilsfront (FIS) - nahm das Angebot an und löste sich auf. Vom Gnadenerlaß des Präsidenten profitierte sie ebenso wie die Mehrheit der noch radikaleren Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA).

Bouteflikas neue Initiative richtet sich vor allem an die Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die nach wie vor im Untergrund tätig ist und sich zum Ziel gesetzt hat, das algerische Regime zu stürzen und alle "Ungläubigen" aus dem Land zu vertreiben. Der GSPC, der Verbindungen zur al-Qaida nachgesagt werden und die nur wenige hundert Mann umfassen soll, gelingt es immer seltener, Terroranschläge zu verüben. Doch beantwortete sie den neuen Vorstoß des Präsidenten zur Aussöhnung mit drei Anschlägen, bei denen zehn Menschen getötet wurden.

Darüber hinaus forderte sie die in Frankreich lebenden Algerier zu Mordanschlägen gegen die ebenfalls dort wohnenden algerischen Regierungsvertreter, Offiziere und Diplomaten auf. "Verfolgt sie und lauert ihnen an jeder Ecke auf. (...) Sucht nach ihnen in Lasterhöhlen und Orten der Unterhaltung und des Glücksspiels", heißt es in dem Aufruf der radikalen Moslems. Trotz dieser Unversöhnlichkeit soll nach dem Willen Bouteflikas auch diesem letzten Rest des algerischen Terrors nun ebenfalls eine Amnestie gewährt werden, falls die Gruppe den bewaffneten Kampf reumütig aufgibt. All jenen, die nicht an Massakern, an Anschlägen an öffentlichen Orten und an Vergewaltigungen beteiligt waren, verspricht der Präsident die Einstellung laufender Verfahren. Milde soll auch jenen gewährt werden, die sich ins Ausland abgesetzt haben oder in Abwesenheit verurteilt worden sind.

Bouteflika darf sich sicher sein, daß sein Referendum am 29. September angenommen wird, da die überwältigende Mehrheit der Algerier den Frieden herbeisehnt. Kritiklos steht sie dem Projekt der Generalamnestie jedoch nicht gegenüber. Die algerische Tageszeitung "Al-Watan" findet es unerträglich, daß die Amnestie auch für jene gelten soll, die Mordanschläge

gegen Einzelpersonen, Journalisten und Politiker in Auftrag gegeben oder durchgeführt haben. Vor allem die Angehörigen der "disparus", jener spurlos verschwundenen Algerier, deren Anzahl offiziell mit 6146 angegeben, von Menschenrechtsorganisationen aber auf bis zu 20 000 geschätzt wird, wollen sich nicht damit abfinden, daß einfach Gras über die ungeklärten Fälle wachsen soll. "Eine Amnestie, der keine Wahrheitssuche vorangegangen ist, läuft auf eine reine Straflosigkeit hinaus und wird das Projekt der Aussöhnung scheitern lassen", ist Abd al-Nur Ali Jahia, der Präsident der algerischen Liga für Menschenrechte, überzeugt. Deshalb besteht er auf einer lückenlosen Aufklärung aller Kriegsverbrechen. Als nicht akzeptabel bezeichnet er auch das Vorgehen der Regierung, die Familien der Verschwundenen mit Geldgeschenken dazu zu bewegen, auf gerichtliche Nachforschungen zu verzichten.

Noch schärfer urteilt die Menschenrechtsorganisation Algeria Watch. Sie vermutet hinter Bouteflikas Versöhnungsprojekt die Absicht, weniger die Terroristen zu begnadigen, als jene Verbrechen unter den Teppich kehren zu wollen, die von den staatlichen Sicherheitsdiensten und deren Hilfstruppen verübt worden seien. Das wahre Projekt des Präsidenten sei nicht die Generalamnestie, sondern eine Generalamnesie. François Gèze und Salima Mellah von Algeria Watch weisen darauf hin, daß der offizielle Untersuchungsbericht über den "schmutzigen Krieg", der Präsident Bouteflika vorgelegt wurde und diesem als Grundlage für seinen neuen Amnestieplan dient, 6146 Fälle von Verschwundenen den staatlichen Sicherheitskräften anlaste. Die Namen der Auftraggeber und Täter, die Orte und selbst die Kennzeichen der Fahrzeuge, mit denen die Entführten in eines der insgesamt 95 geheimen Gefangenenlager gebracht wurden, aus denen sie nie mehr auftauchten, seien bestens bekannt. Doch fast alle bisherigen Versuche, die Schuldigen zu belangen, seien an der staatlich gegängelten Justiz gescheitert.

Kritiker des Amnestieprojekts vermuten, daß Bouteflika mit seinem Projekt der "nationalen Aussöhnung" nun seinen Teil eines geheimen Abkommens erfüllen müsse. Der andere Teil habe darin bestanden, daß sich die Militärmachthaber im April letzten Jahres seiner Wiederwahl nicht entgegengestellt haben.

Save UN panel expresses concern over persistence of enforced disappearances, underreporting of cases

Source: United Nations Commission on Human Rights, Date: 26 Aug 2005

On the occasion of International Day of the Disappeared (30 August), the United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances is issuing the following message:

The United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances (WGEID) is deeply concerned that the phenomenon of enforced disappearances persists around the world. Since its inception in 1980, the WGEID has transmitted some 50,000 individual cases of enforced disappearances to Governments of more than 90 countries.

These figures are only the tip of the iceberg. On a number of occasions the WGEID has expressed concern over the number of cases it has received from certain countries, which seems low when seen against the negative human rights situation of those countries. During its fact-finding field missions and in meetings with relatives of disappeared persons and non-governmental organizations, the WGEID has been alarmed by the generalized phenomenon of "under-reporting". In some countries such as Colombia, the lack of reporting of cases of disappearances at national and international levels is largely due to the fear of reprisals by paramilitary armed groups.

Another disturbing trend is the implicit amnesties and resulting impunity revealed in some legal instruments that have recently been adopted, or are about to be adopted this year. The recently adopted law on demobilization (Justicia y Paz) in Colombia and the text that will be submitted to referendum (Decree n°05-278) in Algeria in September are worrisome examples.

On many occasions, the WGEID has reminded States of their obligations under the Declaration on the Protection of all Persons from Enforced Disappearance. Enforced disappearance is a continuing offence and investigations should continue for as long as the fate and the whereabouts of victims of enforced disappearance remain unknown.

The WGEID regrets that families of disappeared persons or human rights defenders are harassed, hampered from locating their loved ones, and even accused by the authorities of trying to destabilize the country. In particular, this is the case in Nepal. The WGEID urges the Nepalese authorities to protect human rights defenders from persecution for their work and to fully implement the recommendations issued following the Working Group's country visit of last December.

On the occasion of the International Day of the Disappeared, the WGEID reiterates its solidarity with all those who suffer from enforced disappearance and with human rights defenders working for disappeared persons and their relatives. The WGEID pays tribute to their efforts and to their unquenchable thirst for truth and justice.

The WGEID was established by the United Nations Commission on Human Rights in 1980 to assist the relatives of disappeared persons in ascertaining their fate and whereabouts and to act as a channel for communication between the families and governments concerned. The WGEID is composed of five independent experts: Professor Stephen J. Toope (Chairperson-Rapporteur), Professor J. 'Bayo Adekanye (Vice-Chairperson), Saied Rajaie Khorasani, Darko Göttlicher, and Santiago Corcuera.

For more information on the WGEID, please refer to this web site:

<http://www.ohchr.org/english/issues/disappear/index.htm>

"Die grundlegenden Rechte der Opfer können nicht einfach außer Kraft gesetzt werden, weil sie unbequem sind"

Interview mit Uta Simon, Mitarbeiterin in der Nordafrika-Abteilung im Internationalen Sekretariat von Amnesty International, London.

Algeria-Watch, Juli 2005 *

AI hat gerade eine Mission in Algerien durchgeführt. Wie erklären Sie Sich, dass es immer schwierig ist einzureisen, obwohl die Mainstream-Presse und Politiker in Algerien und Europa gerne von einer Normalisierung der Situation in Algerien seit 2000 sprechen?

Obwohl es im allgemeinen wenig bekannt ist, ist Algerien für ausländische Beobachter, wie zum Beispiel Journalisten und Menschenrechtsorganisationen, nach wie vor nicht frei zugänglich. Vielmehr erlaubt die Visumpflicht den Behörden zu reglementieren, welche internationalen Beobachter sich zu welchem Zeitpunkt in Algerien aufhalten. Seit dem Jahr 2000, in dem Amnesty International zwei Delegationsreisen nach Algerien durchführen konnte, haben wir nur zwei Mal Zugang zum Land bekommen: im Februar/März 2003 und jetzt im Mai 2005. Um unsere Visa für den Aufenthalt im Mai zu erhalten, haben wir eineinhalb Jahre auf die Zustimmung der algerischen Behörden warten müssen.

Es ist richtig, dass sich die Lage in Algerien seit 2000 stetig verbessert hat. So gibt es zunehmend weniger Berichte über aktuelle schwere Menschenrechtsverletzungen, wie die Tötung von Zivilisten oder das Verschwindenlassen. Im gleichen Zeitraum sind aber bei der Aufklärung vergangener Verbrechen kaum Fortschritte gemacht worden. Auch hinsichtlich des Zugangs für unabhängige Beobachter können wir in diesem Zeitraum keine Verbesserung feststellen. Beispielsweise haben die Experten der Vereinten Nationen, etwa zu den Themen Folter, außegerichtliche Erschießungen oder Verschwindenlassen, trotz regelmäßiger Anfragen immer noch keine Einladung der algerischen Regierung erhalten und sind somit in ihrer Arbeit behindert.

Welche Aufgaben, hat sich AI für diese Mission gestellt ? Hat AI die Personen, die sie sprechen wollte, treffen können ?

Ein wichtiges Thema dieser Delegationsreise war die von Präsident Bouteflika geplante Generalamnestie. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass mit dieser Maßnahme Verbrechen gegen die Menschlichkeit amnestiert werden sollen, ohne dass deren Hintergründe aufgeklärt worden wären. Wir befürchten, dass eine Generalamnestie die längst überfälligen unabhängigen Untersuchungen dieser Verbrechen weiter verhindern wird.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Mission war das Thema Gewalt gegen Frauen. Im Rahmen einer internationalen Kampagne zu diesem Thema hat Amnesty International bereits im Januar einen ersten Bericht über Gewalt gegen Frauen in Algerien veröffentlicht. Wir haben unsere Erkenntnisse während der Delegationsreise vertiefen können und mit Aktivistinnen und Frauenorganisationen darüber gesprochen, wie wir in der Fortsetzung des Projekts ihre Arbeit am besten unterstützen können. Unsere besondere Aufmerksamkeit galt der Diskriminierung durch das Familiengesetz und den gender-spezifischen Folgen des Konflikts.

Weitere Schwerpunkte waren einerseits das Thema Folter, und zum anderen die Einschränkung der öffentlichen Freiheiten.

Während unseres Aufenthalts haben wir keine direkte Einschränkung unserer Arbeit erfahren. Allerdings befürchten viele Algerierinnen und Algerier immer noch Repressalien, wenn sie sich an internationale Beobachter wenden. Zum Beispiel kam es auch diesmal vor, dass Menschen, die sich an uns gewandt haben, anschließend von Sicherheitskräften verhört wurden. Daher ziehen manche es vor, den Kontakt mit Amnesty International zu meiden.

Welche offiziellen Vertreter der Regierung hat AI getroffen, wie können ihre Antworten auf Menschenrechtsfragen und das Funktionieren der Justiz charakterisiert werden?

Amnesty International hat Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums, des Ministeriums für Familienangelegenheiten und die Situation der Frau, sowie der offiziellen Menschenrechtskommission, der Commission nationale consultative de promotion et de protection

des droits de l'Homme (CNCPPDH), getroffen. Anfragen beim Innen- und Verteidigungsministerium sind ohne Antwort geblieben. Die Delegation hat mit den verschiedenen Behörden eine Reihe von Fragen zu den Kernthemen unserer Mission erörtert. Im allgemeinen waren die Regierungsvertreter und -vertreterinnen im Hinblick auf die Situation der Frauen eher dialogbereit, während es schwieriger war, auf Fragen im Zusammenhang mit aktuellen Verhaftungs- und Verhörmethoden konkrete Antworten zu erhalten. Diejenigen Fragen, auf die Amnesty International seit dem Jahr 2000 keine Antwort erhalten hat, sind auch während dieser Mission unbeantwortet geblieben. Dazu zählen insbesondere das Scheitern der Justiz bei der Aufklärung schwerer Menschenrechtsverletzungen seit Beginn der 90er Jahre - wie die Ermordung tausender Zivilisten in noch ungeklärten Umständen oder das Verschwindenlassen weiterer tausender durch die Sicherheitskräfte - oder die willkürliche Anwendung der Straffreiheit für Mitglieder bewaffneter Gruppen.

Eine wichtige Frage betrifft das Verschwindenlassen und die fehlende Aufklärung über das Schicksal Tausender „Verschwundener“. Präsident Bouteflika hatte eine Ad-hoc-Kommission ernannt, um diese Frage zu erörtern. Ende März hat der Vorsitzende Farouk Ksentini dem Präsidenten seinen Bericht übermittelt. Sie haben die Gelegenheit gehabt, Farouk Ksentini zu treffen. Welche sind die Schlussfolgerungen seiner Ermittlungen? Was empfiehlt AI in dieser Frage?

Die Ad-hoc-Kommission unter Vorsitz von Farouk Ksentini hatte ein eingeschränktes Mandat von 18 Monaten, um dem Präsidenten Vorschläge für eine Lösung des Problems der „Verschwundenen“ zu unterbreiten. Bisher ist der dem Präsidenten vorgelegte Bericht nicht öffentlich zugänglich und über die Arbeit der Kommission wenig bekannt. Nach Presseberichten lassen sich die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Kommission in drei Punkten zusammenfassen: Tausende von Menschen sind in der Folge von Verhaftungen in den 90er Jahren „verschwunden“ und möglicherweise von den Sicherheitskräften getötet worden; die verantwortlichen Sicherheitskräfte sollen nicht vor Gericht gestellt werden, sondern von der geplanten Generalamnestie profitieren; die Angehörigen der „Verschwundenen“ sollen Entschädigungszahlungen von Seiten des Staates erhalten.

Ausgehend von Informationen, die den Behörden seit Jahren vorliegen, hat die Kommission Ende März verlauten lassen, dass 6.146 Personen in der Folge von Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte „verschwunden“ sind. Diese Aussage hat vor allem symbolische Bedeutung, da es die erste offizielle Anerkennung ist, dass Sicherheitskräfte in erheblichem Ausmaß für gravierende Menschenrechtsverletzungen, die in den 90er Jahren verübt wurden, verantwortlich sind. Grundlage für die von der Kommission genannte Zahl waren die Hilfesuche, die Familienangehörige seit über zehn Jahren auf der verzweifelten Suche nach ihren Angehörigen an die offizielle Menschenrechtskommission und andere staatliche Stellen schicken. Wie nah diese Zahl der tatsächlichen Anzahl der „Verschwundenen“ in Algerien kommt, ist noch unklar.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Kommission weder beauftragt noch bemächtigt war, Einzelfälle von Verschwindenlassen zu untersuchen. Insofern besitzt dieses Ergebnis keine rechtliche Gültigkeit. Dies ist uns im Justizministerium bestätigt worden, wo die Kompetenz für rechtskräftige Untersuchungen der algerischen Justiz zugesprochen wird. Allerdings haben die von Verwandten angestregten Verfahren nach unserer Kenntnis in bisher keinem Fall die Verantwortlichkeit eines Mitglieds der Sicherheitskräfte etabliert. Denn häufig sind die Verfahren, angeblich aus Mangel an Beweisen, eingestellt worden oder stocken seit Jahren. Dabei ist Amnesty International bisher kein Fall bekannt, in dem Familienangehörige auf diesem Wege überprüfbare Informationen über das Schicksal eines „Verschwundenen“ erhalten hätten.

Nach jahrelanger Suche sind die Familien durch die Ergebnisse der Kommission dem Schicksal ihrer „verschwundenen“ Angehörigen keinen Schritt näher gekommen. Sie leben weiterhin mit der Ungewissheit darüber, ob ihre Angehörigen tot oder lebendig sind. Je mehr Zeit vergeht, desto stärker wächst die Furcht der Familien, dass die „Verschwundenen“ nicht mehr lebend gefunden werden. Amnesty International drängt deswegen auf unabhängige Untersuchungen, die das Schicksal der „Verschwundenen“ aufklären müssen. Algerien ist durch internationale Verträge dazu verpflichtet, Fälle von Verschwindenlassen aufzuklären und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Internationale Menschenrechtsstandards verpflichten den algerischen Staat auch dazu, die Opfer zu entschädigen. Doch Entschädigungen können die längst überfälligen Untersuchungen nicht ersetzen.

Die aktuellen Pläne für eine Generalamnestie stehen im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsstandards. Anstatt die Verantwortlichen von der Strafverfolgung auszuschließen, sollte die Regierung dringend ernsthafte Schritte unternehmen, die zur Aufklärung dieser Verbrechen führen. Zusätzlich sollte eine Einladung an relevante Experten der Vereinten Nationen ausgesprochen werden, insbesondere an die Arbeitsgruppe unfreiwilliges oder gewaltsames Verschwindenlassen, die sich seit dem Jahr 2000 erfolglos um Zugang zu Algerien bemüht.

Die anhaltende Ungewissheit über das Schicksal der „Verschwundenen“ hat für die Angehörigen schwer wiegende psychische und physische Folgen, die auch als eine Form der Folter beschrieben werden können. Frauen sind von dem „Verschwinden“ männlicher Familienangehöriger in besonderer Weise betroffen, da sie in der Folge oft wirtschaftliche Not leiden und einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt sind – als Familien von „Verschwundenen“ und als Frauen, deren gesellschaftlicher Status in der Regel an männliche Verwandte gebunden ist. Die meisten dieser Frauen haben keinen Zugang zu staatlicher Unterstützung, weil sie über den Verbleib ihrer Ehemänner oder männlichen Verwandten keinen Nachweis erbringen können. Konkrete rechtliche und praktische Maßnahmen durch die Behörden könnten die Lebenssituation dieser Frauen entscheidend verbessern.

Hatten Sie den Eindruck, dass die algerischen Behörden Mühe aufbringen, das Schicksal der von bewaffneten Gruppen entführten Personen aufzuklären? Unter welchen Bedingungen erhalten die Hinterbliebenen staatliche Hilfen?

Bei der Aufklärung der Verbrechen, die seit Beginn des Konflikts von bewaffneten Gruppen verübt worden sind, hat es in den letzten Jahren nahezu keine Fortschritte gegeben. Tausende von Menschen sind von bewaffneten Gruppen entführt und ermordet worden. Tatsache ist, dass die meisten dieser Verbrechen bis heute nicht aufgeklärt sind und die Täter nicht vor Gericht gestellt wurden. Immer wieder hören wir von Familien von Entführungsoffern, dass Informationen über das Schicksal der Opfer, wie etwa die Aussagen von Mitgliedern bewaffneter Gruppen, nicht genutzt werden, um die Toten zu finden. Den Familien geht es vor allem darum, dass die Opfer identifiziert werden, um in Würde begraben zu werden. Leider wird ihnen das zumeist nicht ermöglicht, da Tote in neu entdeckten Massengräbern in der Regel nicht identifiziert werden.

Opfer von Gewalt bewaffneter Gruppen und ihre Angehörigen haben, im Gegensatz zu Opfern staatlicher Gewalt, einen Anspruch auf staatliche Entschädigungszahlungen. Angehörige der Opfer von Entführungen müssen dazu die Entführung innerhalb kürzester Zeit den Sicherheitskräften gemeldet haben. Wir haben während unseres Besuchs in Algerien aber zum Beispiel Familien getroffen, die sich - sei es aus Furcht oder aus Unkenntnis - nicht in der unmittelbaren Folge einer Entführung an die Sicherheitskräfte gewandt haben. Diese Angehörigen haben keine Entschädigungen erhalten und können heute keinen Nachweis über den Verbleib der entführten Person erbringen. Insbesondere Frauen können somit ähnliche Schwierigkeiten erfahren wie etwa die Angehörigen der „Verschwundenen“.

Hatten Sie die Gelegenheit über das Ausmaß der Vergewaltigungen von Frauen von Seiten bewaffneter Gruppen und Sicherheitskräften Informationen zu erhalten? Wissen Sie ob diese Frauen von staatlichen Institutionen betreut werden, was geschieht mit den aus diesen Vergewaltigungen gezeugten Kindern?

Es ist heute nahezu unmöglich, Informationen darüber zu erhalten, wie viele Frauen während des Konflikts vergewaltigt worden sind und wie viele dieser Vergewaltigungen zur Geburt von Kindern geführt haben. Das hängt zum Teil damit zusammen, dass Vergewaltigungsoffer nicht angemessen versorgt und betreut wurden. Betroffene Frauen und Mädchen wurden in vielen Fällen sich selbst überlassen, da sie weder in ihrem gesellschaftlichen Umfeld noch durch den Staat unterstützt wurden. Es gibt zwar sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Frauenhäuser, aber deren Kapazität ist gering.

Es muss davon ausgegangen werden, dass viele Vergewaltigungen gar nicht erst aktenkundig geworden sind. Amnesty International hat die Behörden wiederholt nach der Zahl der von bewaffneten Gruppen verübten Vergewaltigungen gefragt, da diese durch die Sicherheitskräfte dokumentiert worden sein müssten. Leider liegen uns hier aber nur bruchstückhafte Statistiken vor, die das Ausmaß des Problems nicht erfassen. Auch auf unsere Frage, wie viele Mitglieder bewaffneter Gruppen vor Gericht der Vergewaltigung für schuldig befunden worden sind, hat es

bisher keine Antwort gegeben. Für den Schutz der Opfer und die Wahrung ihrer Rechte ist auch im Fall von Vergewaltigungen wenig getan worden.

Frauenorganisationen in Algerien weisen darauf hin, dass dieses Problem auch außerhalb des bewaffneten Konflikts besteht, wie beispielsweise die Übergriffe im Sommer 2001 auf dutzende von Frauen in Hassi Messaoud, im Süden Algeriens, gezeigt haben. Die Mehrheit der Täter ist nach wie vor auf freiem Fuß, während sich die Frauen in anderen Landesteilen vor ihnen verstecken.

Auffällig ist in den letzten Jahren die massive Repression gegen protestierende Jugendliche, Menschenrechtler, Gewerkschafter und Journalisten. Haben Sie mit offiziellen Vertretern darüber sprechen können?

Wir haben gegenüber Vertretern der Regierung unseren Besorgnis über anhaltende und zum Teil zunehmende Einschränkungen von Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit Ausdruck verliehen. Aus unserer Sicht sind diese Freiheiten von elementarer Bedeutung für die Bewältigung der Vergangenheit und die Schaffung einer Zukunft, in der die Menschenrechte garantiert sind. Anstatt einer Wahrung der öffentlichen Freiheiten stellen wir aber fest, dass Journalisten von Gefängnisstrafen und schweren Geldstrafen bedroht sind, dass für Demonstrationen meist keine Genehmigung erteilt wird und dass zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder in ihren Handlungsspielräumen beschnitten werden. Ein Beispiel sind Organisationen der Familien von „Verschwundenen“, von denen keine einzige bisher legalen Status hat. Auf diese Weise wird die Beteiligung gerade derjenigen an der gegenwärtigen öffentlichen Debatte eingeschränkt, die von den Folgen einer Generalamnestie in erster Linie betroffen sein werden.

Im Jahr 2000 wurde das Gesetz der „zivilen Eintracht“ erlassen. Viele sahen darin eine Form der Amnestie. Dieses Gesetz sah Strafminderung oder -erlass für Mitglieder von bewaffneten Gruppen vor, die sich in einem festgelegten Zeitraum den Behörden stellten. Darüber hinaus sollten die Mitglieder der Gruppen, die einen Waffenstillstand seit 1997 einhielten, insbesondere die Armée islamique du salut (AIS), der bewaffnete Arm der Front islamique du salut (FIS), von strafrechtlichen Verfolgung verschont werden. Weder die genaue Umsetzung dieses Gesetzes noch die Zahl derjenigen, die davon betroffen wurden, sind bekannt. Hatten Sie Gelegenheit mit Regierungsvertretern oder anderen gut informierten Personen darüber zu sprechen und haben Sie neue Erkenntnisse gewonnen?

Mit dem Amnestiegesetz von 2000 ist den Mitgliedern bestimmter bewaffneter Gruppen Straffreiheit garantiert worden, ohne dass untersucht worden wäre, ob sie schwere Verbrechen, wie die Ermordung von Zivilisten, zu verantworten hätten. Etwa 1000 Personen sollen von dieser Maßnahme profitiert haben. Diese sind von der Strafverfolgung ausgeschlossen, unabhängig davon, welche Beweise zum gegebenen Zeitpunkt gegen sie vorlagen oder in der Zukunft noch erbracht werden. Das Gesetz sah vor, dass eine Liste der Namen der von der Strafverfolgung ausgenommenen Personen veröffentlicht wird, aber das ist bis heute nicht geschehen.

Eine weitere Maßnahme war das Gesetz der „zivilen Eintracht“, das Straffreiheit oder Strafminderung für Mitglieder aller bewaffneter Gruppen ermöglichte, wenn sie in einem festgelegten Zeitraum die Waffen niederlegten. Laut Gesetz sollten nur solche Personen straffrei ausgehen, die keine Vergewaltigungen, Morde und andere schwere Verbrechen begangen hatten - diesen sollte ausschließlich die Möglichkeit der Strafminderung im Anschluss an gerichtliche Verfahren offen stehen.

Mehrere Tausend Mitglieder bewaffneter Gruppen sollen sich im Rahmen des Gesetzes freiwillig gestellt haben, doch offizielle Zahlen haben die Behörden auch hier nicht veröffentlicht. Noch schwerer wiegt es, dass das Gesetz nur selektiv angewandt worden ist: Amnesty International hat bis heute keinerlei Informationen darüber erhalten können, dass die etwaige Beteiligung der betreffenden Personen an schweren Verbrechen tatsächlich überprüft worden wäre. Insofern haben Mitglieder bewaffneter Gruppen auch durch dieses Gesetz de facto von Straffreiheit profitiert, selbst wenn sie beispielsweise an der Ermordung von Zivilisten beteiligt waren. Wir haben auch Anzeichen dafür, dass Mitglieder bewaffneter Gruppen, die sich den Behörden stellen, bis heute straffrei ausgehen, obwohl das Gesetz der „zivilen Eintracht“ im Januar 2000 ausgelaufen ist.

Amnesty International fordert von der algerischen Regierung seit dem Jahr 2000, dass sie über die Anwendung dieser Gesetze Rechenschaft ablegt. Dies ist immer wieder Gegenstand

von Gesprächen mit der Regierung, aber auch schriftlicher Anfragen an relevante Ministerien gewesen. Konkrete Informationen haben wir bis heute nicht erhalten. Opfer von Gewalt bewaffneter Gruppen haben uns auch während dieses Besuchs bestätigt, dass Gerichtsverfahren nur in Ausnahmefällen stattfinden. Die meisten ehemaligen Mitglieder bewaffneter Gruppen haben sich vor Gericht nicht verantworten müssen. Alle Anzeichen sprechen für eine willkürliche Anwendung des Gesetzes, die der Gerechtigkeit Hohn spricht.

Seit über einem halben Jahr ist eines der Hauptthemen in Algerien die bevorstehende Generalamnestie. Für AI, die mit anderen Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung davor gewarnt hat, die Strafflosigkeit mit einem Amnestiegesetz festzuschreiben, waren die Gespräche über dieses brisante Thema in Algerien sicherlich von großer Bedeutung. Mit wem haben Sie sich darüber unterhalten können? Haben Sie genaueres über den Inhalt erfahren können?

Die von Präsident Bouteflika geplante Generalamnestie ist in Algerien vor allen Dingen Thema einer groß angelegten Öffentlichkeitskampagne, in der die Regierung für die Amnestie wirbt. Gleichzeitig ist über den Inhalt des Gesetzes bisher nichts bekannt. Regierungsvertreter haben Amnesty International gegenüber geäußert, dass selbst ihnen keine Einzelheiten vorliegen, da die Generalamnestie ein Projekt des Präsidenten ist. Es wird allgemein angenommen, dass es in dem Gesetz um die Garantie der Straffreiheit für alle Akteure im Konflikt gehen wird, einschließlich der Sicherheitskräfte. Momentan wird in der privaten Presse von einem Volksentscheid im September gesprochen, aber auch darüber liegen keine genauen Informationen vor.

Im Grunde handelt es sich um den Versuch, den aktuellen Zustand der Strafflosigkeit im Nachhinein zu legalisieren. Dies widerspricht internationalen Abkommen, die den algerischen Staat zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und zur Wahrung der Rechte der Opfer verpflichten. Amnesty International hat den Behörden diese Verpflichtungen in Erinnerung gerufen und vor den Risiken eines weiteren Aufschiebens der nötigen Vergangenheitsbewältigung gewarnt. Daneben haben wir uns mit algerischen Menschenrechtsorganisationen über ihre Sichtweise der geplanten Amnestie ausgetauscht, und über die Fortsetzung unserer gemeinsamen Arbeit diskutiert. Vor allen Dingen haben wir uns Zeit genommen, um die Reaktionen der Opfer und deren Familienangehöriger zu hören. Viele dieser Menschen haben uns gesagt, dass sie sich heute von der Regierung vergessen fühlen. Gleichgültig, welche Täter hinter dem ihnen zugefügten Unrecht stecken, lehnen sie die geplante Generalamnestie ab. Es eint sie, dass sie keine Gerechtigkeit erfahren haben, denn weder die Verantwortlichen auf Seiten des Staates, noch diejenigen auf Seiten der bewaffneten Gruppen, sind bisher zur Verantwortung gezogen worden. Präsident Bouteflika hat unlängst öffentlich von den Opfern verlangt, dass sie im Interesse der „nationalen Versöhnung“ bereit sein müssen, auf ihre Rechte zu verzichten. Aber die grundlegenden Rechte der Opfer können nicht einfach außer Kraft gesetzt werden, weil sie unbequem sind - auch nicht durch einen Volksentscheid. Amnesty International ist überzeugt, dass eine bessere Zukunft nur auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Wahrheitsfindung und der vollen Entschädigung für die Betroffenen aufgebaut werden kann.

Sie haben mit verschiedenen Menschenrechtlern und Opfern von Verletzungen sprechen können. Haben Sie eine Vorstellung darüber, ob die Folter nach einer Festnahme (oft willkürlich) immer noch systematisch angewandt wird? Haben Sie von neuen Fällen von Verschwindenlassen erfahren?

Zum Glück erfahren wir heute nicht mehr von neuen Fällen von Verschwindenlassen. Allerdings muss noch viel getan werden, damit diese Entwicklung unumkehrbar wird. Zum Beispiel ist in Algerien bis heute der effektive Schutz vor geheimer Haft und Folter nicht gewährleistet. Amnesty International hat sich während dieser Mission insbesondere mit der Frage beschäftigt, ob Folter in Fällen von „Terrorismus“-Verdächtigen weiterhin praktiziert wird. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass sowohl das algerische Gesetz, als auch internationale Menschenrechtsstandards, noch immer nicht eingehalten werden. Vor allen Dingen der militärische Sicherheitsdienst, das Département du renseignement et de la sécurité (DRS), setzt sich mit seinen Verhaftungsmethoden über geltendes algerisches Recht hinweg und ist offenbar nicht der Kontrolle durch zivile Organe des Staates unterworfen. Personen, die durch den militärischen Sicherheitsdienst in Haft genommen werden, sind während der Garde-à-vue-Haft häufig von jeglichem Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten, und über ihren Aufenthaltsort ist nichts bekannt. Wir haben von einer Reihe neuer Fälle erfahren, in denen Menschen in solchen Umständen gefoltert wurden.

Zunehmend gibt es Bemühungen, Algerische Staatsbürger aus europäischen und anderen Ländern nach Algerien auszuweisen, zum Beispiel wenn sie „terroristischer“ Aktivitäten verdächtigt wurden. Dabei verlässt man sich zunehmend auf diplomatische Zusicherungen, dass die betreffenden Personen nicht der Folter ausgesetzt werden. Wir fragen uns, welchen Wert solche Übereinkünfte haben, wenn die zivilen Organe des Staates nicht die nötige Kontrolle ausüben, um diese Zusicherungen auch einzuhalten. Der Schutz vor Folter ist in Algerien heute noch nicht gewährleistet.

1997 als die großen Massaker in Algerien Tausende von Opfern kosteten haben vier internationale Organisationen - darunter AI - einen Appell für eine unabhängige Untersuchungskommission lanciert. Bis heute sind die Urheber dieser Verbrechen nicht identifiziert worden. Hat AI bei dieser Mission dieses Thema mit algerischen Verantwortlichen erörtert? Warum haben die NGOs die Forderung nach einer Untersuchungskommission fallen gelassen ?

Der gemeinsame Appell für eine unabhängige Untersuchungskommission wurde zu einem Zeitpunkt lanciert, als die brutalen Morde an tausenden von Männern, Frauen und Kindern für kurze Zeit die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit erregten. Während die Medienöffentlichkeit sich heute auf andere Krisen konzentriert, haben Amnesty International und andere Organisationen die Forderung nach unabhängigen Untersuchungen in Algerien nicht aufgegeben. Gerade die aktuellen Pläne für eine Generalamnestie machen die Bedeutung dieser Forderung wieder deutlich. Deswegen hat Amnesty International im April in einer gemeinsamen Erklärung mit anderen internationalen Organisationen hervorgehoben, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie in Algerien verübt worden sind, nicht einfach amnestiert werden können. Die Betroffenen haben schon zu lange auf Gerechtigkeit gewartet.

* Diese Interview wurde geführt bevor Präsident Bouteflika eine "Charta für den Frieden und die Versöhnung" öffentlich machte. Inhaltlich ändert sich aber dadurch nicht viel.

Algeria: initial report of an Amnesty International delegation's visit to Algeria, 6 - 25 May 2005

AMNESTY INTERNATIONAL, Public Statement, 25 May 2005

Algeria is at a turning point, believes the Amnesty International delegation, at the end of its visit to the country. "The people and their leaders have the opportunity, after years of bloody conflict – which still claims victims today – to reconstruct the country on new foundations, turn their back on the violation of human rights and impunity, and promote respect for basic rights."

At the end of a three-week visit, during which the Amnesty International delegation visited several towns in the country and held discussions with many representatives of civil society, senior government officials, and victims of human rights abuses and violations, the organisation presented its main conclusions and recommendations to the Algerian public and government.

"Victims and their families have the right to truth, independently of who was responsible for the misfortunes that afflicted them. To forget history is to condemn oneself to live through the same experience again, to grant impunity to the perpetrators of abuses and to leave the door open for future tragedies", insisted the organisation, which saluted the courage of women victims of violence, within and outside the family. "Women bear the brunt of the conflict, sometimes physically. They must be involved with any changes that affect them. And urgent measures should be taken."

The delegation also drew the authorities' attention to reports of torture and ill-treatment, which continue to reach the organisation, and to restrictions to the freedoms of expression and association which remain in place. "It is crucial that the government involves civil society organisations in the country's reconstruction. It is therefore necessary for the restrictions that prevent them working properly are removed as soon as possible", insisted representatives of the human rights organisation.

Despite requests, the delegation was not received by either the Minister of Defence or the Minister of the Interior.

A. Discrimination and violence against women

The delegation highlighted the positive developments it had noted, for example, certain modifications to the Nationality and Family Codes, the ban on sexual harassment and the study into violence against women. It also noted the willingness of the authorities concerned to engage in an open dialogue.

However, the Family Code continues to discriminate against women. It facilitates violence: the fight against this violence requires more appropriate laws and practices, by police, prosecutors and agencies responsible for care of the victims.

The present law does not provide women with effective protection against certain violations, especially domestic and sexual violence. The delegation reminded the government of the CEDAW committee's observations and recommendations on this issue, and the need for them to be implemented by the country's authorities.

The violence experienced by the country has had serious consequences for the moral, legal and material situation of thousands of people, mainly women and children, independently of who the perpetrators of these atrocities were. They continue to suffer today and urgent measures should be taken to relieve their suffering.

Recommendations

In accordance with its international obligations, and the Peking Action Plan, Algeria should implement a genuine integrated action plan to combat violence against women.

The delegation also called on the government to take concrete measures to help women and children who were victims of the events which steeped the country in bloodshed, including sexual violence.

B. Freedom of expression, association and assembly

The delegation expressed its consternation at the considerable number of judicial proceedings against journalists in recent months, proceedings that regularly result in prison sentences and/or considerable fines. The organisation reminded the government of the importance of a free and responsible press and the government's duty to respect its international obligations in this area. It drew the attention of interlocutors to the difficulties experienced by associations when trying to organise meetings, public activities or demonstrations, including the ban on demonstrations to raise awareness about human rights.

Recommendations

Amnesty International invites the government to join the profession in reviewing the various regulations that govern the press and to not use prison sentences for people convicted of violating press laws. It also invites the government to stop the administrative and legal harassment that hinders or tries to prevent civil society activities.

C. Torture and impunity

Despite the recent inclusion of torture as a criminal offence in the Penal Code and the reduction in allegations of torture and ill-treatment by the police and gendarmerie, the organisation has received a significant number of allegations about such abuses by officers of the Département du Renseignement et de la Sécurité (DRS), Department of Information and Security. These allegations include detention of the accused in places impossible for them to know the location of, and torture, including beatings and the torture known as chiffon. The delegation questioned the authorities about the fact that it could find no mention of these abuses in the medical reports written by the doctors responsible for examining detainees in these centres. If these allegations are confirmed, such breaches of duty would constitute grave violations of medical ethics.

In addition, the use of torture to obtain confessions constitutes a flagrant violation of international instruments to which Algeria is a party, such as the Convention against Torture. Similarly, judges have the duty to initiate investigations into any allegations of torture that come to their attention. However, as far as the organisation's delegation can establish, no such inquiry has been made into DRS officers' activities in this regard.

Recommendations

All these places of detention and custody, including those of the DRS, should be permanently accessible to organisations such as the International Committee of the Red Cross. Amnesty International invites prosecutors to visit these centres regularly as a preventive measure.

All allegations of torture and ill-treatment must be the object of independent inquiries.

People who are arrested or detained in custody by the DRS and other state agents should be allowed to communicate with their families and receive visits from their families, as provided for in law.

The organisation recommends that the authorities modify existing regulations in order to allow detainees to have access to a lawyer.

In addition, the organisation suggests that the Medical Association assists its members in fulfilling their ethical obligations.

D. Impunity and amnesty

The organisation notes the lack of progress in determining the fate of people kidnapped by armed groups and those who "disappeared" by agents of the state. It also notes the lack of progress in apportioning responsibilities for the atrocities committed during the conflict.

The delegation learned of various initiatives taken to evaluate the situation, such as the "ad hoc mechanism" and statistics compiled by the Minister of Justice. However interesting these may be, there is no connection between these studies and they can only give an initial indication of the facts, a first stage in the long process that Algeria must begin to put an end to impunity, respond to the questions of the families of the disappeared and people kidnapped by armed groups and provide the reparations to which these families have a right.

On several occasions, the delegation repeated the organisation's position on reports of a general amnesty. As no document setting out the provisions of such an amnesty was made available, the delegation was not in a position to comment. However, it warned of the dangers that such a law would entail, especially with regard to impunity. It also reiterated its request to the authorities for an evaluation of the "civil concord" experience.

Recommendations

In its contacts with the authorities, the Amnesty International delegation stressed the need to take on board the lessons that can be learned from similar experiences in many countries, on all continents, who have experienced a comparable situation during the last 30 years. The delegation insisted on the need to work on memory, justice and truth before consideration of any initiative aimed at providing an amnesty to the perpetrators of abuses and violations of basic rights.

The delegation suggested to the Algerian authorities that they implement a comprehensive project, in cooperation with the families of victims and human rights associations. It reminded the government that the abuses and violations in question are crimes against humanity and are therefore imprescriptible and cannot be the object of an amnesty.

AI Index: MDE 28/008/2005 (Public)
News Service No: 161

Algeria: Justice at Risk for Abuses Past and Present

Government Should Avoid Any Amnesty Plan that Ratifies Impunity

Human Rights Watch, Algiers, June 22, 2005

The Algerian government's proposal to a general amnesty for grave human rights abuses threatens the rights of victims to truth and justice and could undermine the authorities' goal of national reconciliation, Human Rights Watch said today.

Human Rights Watch made its comments at a press conference in Algiers to announce the preliminary findings of its 11-day mission to Algeria.

President Abdelaziz Bouteflika announced on November 1 that he would soon unveil a draft general amnesty law and submit it to a popular referendum. As of today, the government has not released the draft law. The text will presumably cover abuses committed in the context of the political violence that claimed over 100,000 lives since 1992.

"If Algeria's leaders expect to achieve a genuine national reconciliation, they need to investigate the horrific crimes Algerians suffered and hold the perpetrators accountable," said Eric Goldstein, who led the Human Rights Watch delegation. "Algerians need to know what mechanisms and failures made it possible for killings, 'disappearances' and torture to be committed on such a large and systematic scale."

The bloodshed has dramatically subsided in most parts of the country in recent years, giving Algerians greater security and protection of their right to life. The number of new "disappearances" has dropped to almost zero during the last five years, even though thousands of cases from the mid-1990s remain unsolved.

During its mission, the four-member Human Rights Watch delegation met with victims of abuses committed by state agents, notably relatives of persons forcibly disappeared and still missing. The delegation also met with victims of abuses committed by armed groups, including relatives of those indiscriminately murdered or kidnapped and now presumed dead. In addition, Human Rights Watch met with justice ministry officials and the head of the president's human rights commission, among others.

Justice for past abuses

While the families of the victims differ on how the state should now address issues of justice and compensation, they overwhelmingly insist that the perpetrators of killings, kidnappings and "disappearances" thrived in a climate of impunity. Relatives of the "disappeared" have filed hundreds of complaints before the courts, but the justice system has not helped families find a single person who was "disappeared" by state agents. Nor have the courts identified a single one of those security officials responsible for the "disappearance."

Human Rights Watch said the authorities have similarly failed to investigate the vast majority of crimes perpetrated by armed groups or bring their perpetrators to justice. President Bouteflika's Civil Harmony Law of 1999, a preliminary partial amnesty aimed at armed group members, served in practice to exonerate militants who surrendered regardless of whether they had committed violent crimes.

Human Rights Watch said that the president's ad hoc commission on the "disappeared" has not provided any concrete information at all to the families of the 6,146 "disappeared" individuals whose cases had been brought to its attention. The commission was charged with "seeing that appropriate authorities undertake all necessary measures to find the persons declared as 'disappeared' and to proceed to identify any bodies that are found." In March, it submitted its final report to President Bouteflika's office, but the report has not yet been made public.

"The creation of the ad hoc commission was a welcome acknowledgment that state agents were responsible for thousands of disappearances," Goldstein said. "But beyond this the body has done little to advance the causes of truth and of justice."

Human Rights Watch said that a national referendum or a parliamentary vote in favor of an amnesty cannot negate the right of victims and their beneficiaries to know the truth and to receive reparations. Nor would such a measure end the government's obligation to ensure that the perpetrators of grave violations do not enjoy impunity for their actions.

It is up to Algerians to decide how to come to terms with their past in a national debate, in which freedom of expression, assembly and association are fully respected, Human Rights Watch said. But the fundamental principles of justice, measures of reparation and a right to the truth cannot be sacrificed in this process.

Flaws in the justice system today

Human Rights Watch's visit to Algeria also focused on the functioning of the justice system, an issue that links the country's past to the future. During the worst years of civil strife, the courts convicted thousands of persons suspected of security offenses in trials lacking any semblance of due process, while failing to bring to trial state agents implicated in grave violations of human rights.

After himself criticizing the failings of the justice system, President Bouteflika announced a campaign of judicial reform. But despite some welcome changes in the criminal procedure code in favor of fair trials, the courts continue to show a lack of independence when deciding politically tinged cases.

Among the most serious abuses is the nearly automatic imposition of pretrial detention, despite a law saying it should be the exception. Judges regularly refuse to investigate claims that confessions were extracted through torture or mistreatment; and often convict suspects in the absence of evidence of individualized guilt.

In the past year, journalists have been among the prominent victims of a politicized justice system. On June 18, Human Rights Watch observed the trial of Ahmed Benaoum, director of the media company that produces the Arabic-language daily *Er-Ra'i* (The Opinion). Benaoum was acquitted on tax evasion and fraud charges but only after he spent 11 months in pretrial detention.

Human Rights Watch also met with journalist Hafnaoui Ghouli of Djelfa, who was placed in pretrial detention last year before being tried and sentenced to six months in prison for allegedly defaming public officials. Mohamed Benchicou, the director of the French-language daily *Le Matin* and a vigorous critic of President Bouteflika, is now serving the second year of a two-year prison term on a dubious and politically inspired charge of currency violations.

"Algeria has largely emerged from the horrific violence that shook its basic institutions," Goldstein said. "But the Algerian government cannot consolidate the rule of law without a judiciary that is truly independent. Judicial reforms can help, but political will is needed."

Human Rights Watch's mission to Algeria is its first since November 2002. It had requested visas to return since January 2003, but did not get approval until June 2005. During this trip the delegates visited Algiers, Oran and the towns of Blida, Relizane and Laghouat.

Mission de la FIDH en Algérie

Conclusions préliminaires

FIDH, 15 juillet 2005

Après s'être vu refuser l'accès au territoire algérien pendant plusieurs années, la Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (FIDH) a été autorisée à effectuer une mission à Alger du 5 au 10 juillet 2005. La FIDH accueille favorablement cette ouverture et prend acte des engagements du gouvernement algérien de laisser aux ONG internationales un accès libre à l'ensemble de son territoire.

La mission de contact menée par Sidiki Kaba, président de la FIDH, Michel Tubiana, vice-président et Paz Rojas, présidente du CODEPU, organisation membre de la FIDH au Chili, a été l'occasion de rencontrer les autorités algériennes et des acteurs de la société civile afin d'aborder la situation des droits de l'Homme dans le pays et en particulier, la question des disparitions et du projet de loi d'amnistie.

La FIDH avait déjà, à de nombreuses reprises par le passé, exprimé ses préoccupations concernant entre autres, le respect de l'état de droit, le sort des disparus, la situation des femmes et la situation de la liberté de la presse en Algérie. Notre organisation constate qu'en dépit de quelques avancées, la plupart de ces questions demeurent des sujets de préoccupation.

Si la FIDH prend bonne note des réformes du code de procédure pénale, du statut de la magistrature et de l'administration pénitentiaire entreprises, elle s'interroge néanmoins sur l'application concrète de telles réformes.

La FIDH constate en effet que le statut de la magistrature bien que réformé, n'accorde pas les garanties nécessaires à l'indépendance de ce corps. Le renforcement du devoir de réserve et l'enquête des différents services de sécurité dont font l'objet les plus hauts magistrats avant leur avancement notamment, constituent des entraves à l'indépendance de la justice. En outre, l'habilitation d'officier de police judiciaire dont bénéficient certains membres des forces armées (notamment du D.R.S.) présente des risques d'autant plus importants pour les libertés individuelles que ces membres des forces de l'ordre dépendent hiérarchiquement du Ministère de la Défense et relèvent de juridictions militaires dont la persistance n'est en rien justifiée.

La FIDH est également préoccupée par le fonctionnement de l'administration pénitentiaire qui n'est soumise à aucun contrôle extérieur et indépendant. Celle-ci doit en outre faire face à de graves carences matérielles et n'assure aucunement son rôle de réinsertion sociale. La FIDH s'inquiète par ailleurs, du recours fréquent à la violence et à la torture par les membres des forces de l'ordre, pratiques qui ne font que très rarement l'objet de poursuites.

La FIDH s'inquiète du maintien de l'état d'urgence au nom duquel un certain nombre de libertés et droits fondamentaux sont violés et en particulier, les libertés de manifestation pacifique, d'association et de réunion. Cette situation a pour corollaire un manque de transparence des autorités algériennes, ce qui ne peut qu'accroître la méfiance des citoyens à l'égard des institutions. Par ailleurs, les nombreuses poursuites engagées au cours des derniers mois à l'encontre de journalistes et d'organes de presse constituent de graves menaces pour la liberté de la presse.

La persistance des discriminations à l'égard des femmes par le maintien notamment du tutorat, de la procédure de répudiation et de la reconnaissance de la polygamie constitue une source supplémentaire de préoccupations.

Enfin, la mission de la FIDH n'a pu que constater que la question des disparitions, qu'il s'agisse des disparitions imputées aux membres des forces de l'ordre, à leurs supplétifs ou aux groupes armés rebelles continue de ne pas être traitée. La FIDH déplore que le rapport rédigé par la Commission nationale consultative de protection et de promotion des droits de l'Homme (CNCPPDH) n'ait pas été rendu public. Les grandes lignes de ses conclusions, telles que rapportées par la presse, tendent à envisager une indemnisation des victimes et une reconnaissance de la responsabilité de l'Etat. En revanche, la recherche de la vérité des faits comme des responsabilités ne semble pas avoir été envisagée. Les récentes déclarations publiques du Président de

la République laissent à penser qu'une loi d'amnistie générale serait soumise, d'ici quelques mois, à référendum.

La FIDH tient à rappeler que :

- la vérité des faits est un préalable nécessaire à quelque démarche que ce soit. Les victimes, mais aussi toute la société algérienne, ont un droit imprescriptible à connaître la vérité de chaque cas mais aussi des processus politiques qui ont amené à ces situations. Les responsabilités encourues doivent être examinées.

- ce n'est qu'après une démarche de cette nature qu'il appartiendra au peuple algérien, en particulier aux victimes, de définir les conditions des réparations matérielles et morales qui doivent être allouées mais aussi le sort qu'il entend réserver aux responsables de ces actes.

- Il appartient aux autorités publiques ainsi qu'aux acteurs de la société civile et aux victimes de définir les voies et moyens qui permettront d'atteindre ces objectifs.

La FIDH demande aux autorités algériennes de :

▶ lever l'état d'urgence et de se conformer au point 4 de la résolution du Parlement européen sur la conclusion d'un accord d'association avec l'Algérie qui « considère que la levée de l'Etat d'urgence contribuera au développement de l'Etat de droit et donc, au respect des conditions préalables prévues par l'art. 2 de l'accord » ;

▶ modifier la législation sur la presse de manière à interdire les peines de prison et les amendes démesurées. Les autorités algériennes doivent garantir la liberté de la presse et la liberté d'expression conformément à l'article 19.2 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques ratifié auquel l'Algérie est partie depuis 1989 ; Elles doivent empêcher les procédures parallèles et détournées destinées à mettre en cause des journalistes.

▶ modifier la législation de manière générale et le code de la famille en particulier, afin de les rendre compatibles avec la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes et envisager la levée des réserves à cet instrument international ;

▶ modifier le statut de la magistrature et en assurer l'indépendance en s'inspirant des Principes fondamentaux relatifs à l'indépendance de la magistrature adoptés par l'Assemblée générale des Nations unies en décembre 1985 ;

▶ diffuser systématiquement les rapports concernant les droits de l'homme rédigés à la demande des autorités et en particulier, ceux émanant de la CNCPPDH.

En ce qui concerne la question des disparus, la FIDH demande aux autorités algériennes :

▶ d'entamer, sans délai, un dialogue avec les familles des disparus, les acteurs de la société civile, les partis politiques et toute autre partie concernée afin de définir, en s'inspirant des exemples étrangers, les conditions dans lesquelles la vérité des faits et les responsabilités, individuelles et collectives, pourraient être établies et des réparations allouées aux victimes. Il appartiendra alors au peuple algérien de s'exprimer sur les conséquences des faits et responsabilités encourus. Ce sont là les conditions minimales pour que la justice soit rendue aux victimes mais aussi pour que la société algérienne, dans son ensemble, puisse retrouver les chemins de la confiance et de l'apaisement ;

▶ D'ores et déjà, et afin de mettre un terme aux souffrances des familles des 3300 personnes enterrées sous X, en mettant en œuvre, de toute urgence, les processus d'identification par recherche d'ADN ;

▶ de tout mettre en œuvre pour permettre l'ouverture d'un réel dialogue entre toutes les composantes de la société algérienne et avec les autorités de ce pays.

La FIDH, ayant pris acte des engagements du gouvernement algérien de laisser à toutes les ONG un accès libre à l'ensemble de son territoire, enverra, dans les prochains mois une nouvelle délégation afin de poursuivre son dialogue avec les autorités algériennes et de renforcer ses liens avec tous les acteurs de la société civile.

Contact presse : +33 1 43 55 25 18 / 14 12

Extremists who are deported will be tortured, warns UN expert

By Nigel Morris and Marie Woolf, The Independent, Wednesday 10th Aug 2005

"If a country usually and systematically practises torture, then of course they would deny they were doing it because it is absolutely prohibited so they can easily give diplomatic assurances but they are worth nothing ..."

The United Nations has warned Tony Blair that his plans to deport Islamic extremists and foreign terror suspects could fall foul of international human rights law because they face torture in their home countries.

The damning verdict on the deportation proposals, from Manfred Novak, the UN's special rapporteur on torture, came as the Government's problems deepened over its anti-terror crackdown.

Ministers have been examining ways to prevent the extremist cleric Sheikh Omar Bakri Mohammed from returning to Britain from Lebanon and have abandoned a heavily trailed threat to prosecute militants for treason.

The Prime Minister announced last week that ministers were trying to win promises from around 10 countries that they would not torture deportees sent to them. But Mr Novak said that assurances from countries such as Jordan and Algeria that they they would not harm the suspects they received were worthless.

"If you deport people, whether they are British citizens or foreigners, to another country where they are subjected to the risk of torture, then this is absolutely prohibited under international human rights law," he told BBC Radio 4's Today programme. "If there is a substantial risk in a certain country like Algeria, Jordan, Egypt, etc, then diplomatic assurances cannot be used."

Mr Novak cited a recent example of a man deported from Sweden to Egypt, who was tortured in spite of promises by the Egyptian government that he would not be ill-treated.

"If a country usually and systematically practises torture, then of course they would deny they were doing it because it is absolutely prohibited so they can easily give diplomatic assurances but they are worth nothing."

Britain has concluded a memorandum of understanding with Jordan that suspects who are returned will not be harmed. Mr Blair has said Britain was "close to getting necessary assurances from other relevant countries", naming Algeria and Lebanon.

The Government has not named the other nations from which it hopes to win pledges not to torture deportees. They are thought to include Egypt, Tunisia, Morocco, Libya, Syria, Yemen and the United Arab Emirates. All retain the death penalty and, according to Amnesty International, there have been recent reports of torture in most.

Mr Bakri, who fled England for Beirut on Saturday, has joint Syrian-Lebanese nationality and so could be deported to either country under the Government's proposals.

Also likely to be among the first to be deported is Abu Qatada, a Jordanian who is now under house arrest after being released from Belmarsh prison.

Amnesty International recently highlighted reports that two Yemeni men were tortured over four days in Jordan. They claimed to have been severely beaten, being repeatedly hit on the soles of the feet with sticks while suspended upside down with hands and feet tied. It says torture is widespread in both Algeria and Lebanon.

Kate Allen, Amnesty's UK director, said: "The assurances of known torturers cannot be trusted and we have seen no indication of any monitoring to ensure that these promises are honoured." Announcing the moves, Mr Blair said France and Spain deported terrorist suspects to their home countries without breaching their human rights obligations.

The United Nations has warned Tony Blair that his plans to deport Islamic extremists and foreign terror suspects could fall foul of international human rights law because they face torture in their home countries.

The damning verdict on the deportation proposals, from Manfred Novak, the UN's special rapporteur on torture, came as the Government's problems deepened over its anti-terror crackdown.

Ministers have been examining ways to prevent the extremist cleric Sheikh Omar Bakri Mohammed from returning to Britain from Lebanon and have abandoned a heavily trailed threat to prosecute militants for treason.

The Prime Minister announced last week that ministers were trying to win promises from around 10 countries that they would not torture deportees sent to them. But Mr Novak said that assurances from countries such as Jordan and Algeria that they they would not harm the suspects they received were worthless.

"If you deport people, whether they are British citizens or foreigners, to another country where they are subjected to the risk of torture, then this is absolutely prohibited under international human rights law," he told BBC Radio 4's Today programme. "If there is a substantial risk in a certain country like Algeria, Jordan, Egypt, etc, then diplomatic assurances cannot be used."

Mr Novak cited a recent example of a man deported from Sweden to Egypt, who was tortured in spite of promises by the Egyptian government that he would not be ill-treated.

"If a country usually and systematically practises torture, then of course they would deny they were doing it because it is absolutely prohibited so they can easily give diplomatic assurances but they are worth nothing."

Britain has concluded a memorandum of understanding with Jordan that suspects who are returned will not be harmed. Mr Blair has said Britain was "close to getting necessary assurances from other relevant countries", naming Algeria and Lebanon.

The Government has not named the other nations from which it hopes to win pledges not to torture deportees. They are thought to include Egypt, Tunisia, Morocco, Libya, Syria, Yemen and the United Arab Emirates. All retain the death penalty and, according to Amnesty International, there have been recent reports of torture in most.

Mr Bakri, who fled England for Beirut on Saturday, has joint Syrian-Lebanese nationality and so could be deported to either country under the Government's proposals.

Also likely to be among the first to be deported is Abu Qatada, a Jordanian who is now under house arrest after being released from Belmarsh prison.

Amnesty International recently highlighted reports that two Yemeni men were tortured over four days in Jordan. They claimed to have been severely beaten, being repeatedly hit on the soles of the feet with sticks while suspended upside down with hands and feet tied. It says torture is widespread in both Algeria and Lebanon.

Kate Allen, Amnesty's UK director, said: "The assurances of known torturers cannot be trusted and we have seen no indication of any monitoring to ensure that these promises are honoured." Announcing the moves, Mr Blair said France and Spain deported terrorist suspects to their home countries without breaching their human rights obligations.

UK lists deportation rules for radicals

By UNITED PRESS INTERNATIONAL, Published August 24, 2005

LONDON -- Justifying, glorifying or fomenting terrorism will become grounds for deportation from Britain under new rules announced Wednesday by Home Secretary Charles Clarke.

Detailing a list of "unacceptable behaviors" described by the Home Office as "indicative rather than exhaustive," Clarke said the government was sending the strong message that those who sought to foster hatred or promote terrorism were not welcome in Britain.

"The terrorist threat facing the U.K. remains real and significant and it is right that the government and law enforcement agencies do everything possible to counter it," he said.

"Individuals who seek to create fear, distrust and division in order to stir up terrorist activity will not be tolerated by the government or by our communities."

Grounds for deportation will be extended to include the expression of views which "foment, justify or glorify terrorist violence in furtherance of particular beliefs," or "seek to provoke others to terrorist acts."

Individuals who "foment other serious criminal activity or seek to provoke others to serious criminal acts" or "foster hatred which might lead to inter-community violence in the U.K." will also be vulnerable to exclusion.

The new rules, which do not require additional legislation, will apply to all non-British citizens expressing such views through "any means or medium" including public speaking or preaching, written material, websites or the use of a position of responsibility such as a teacher or youth worker.

A database of those around the world deemed to be engaging in such behaviors will be compiled and will be made available to entry and clearance officers.

Questioned by United Press International as to whether the expression of such views in a private conversation which was then reported to authorities would constitute grounds for deportation, a Home Office spokeswoman said that it would be "stretching a point" to argue that views expressed privately were deliberately encouraging or fomenting terrorism.

The home secretary would need to provide a burden of proof in making the decision, she said, which had to be reasonable and was open to challenge by judicial review.

Asked whether the definition of "terrorism" would include attacks on British or American troops in Iraq," she confirmed that it would.

Clarke said the government recognized the sensitivities around the use of such powers and intended to use them "in a measured and targeted way."

"These powers are not intended to stifle free speech or legitimate debate about religions or other issues. Britain is rightly proud of its openness and diversity and we must not allow those driven by extremism of any sort to destroy that tradition."

However Muslim groups criticized the new rules, which they said could infringe freedom of speech.

The Muslim Council of Britain said it considered the set of unacceptable behaviors to be overly broad and unclear.

While endorsing the need to protect national security, it cautioned this had to be done in a way that was in accordance with international law.

"Above all, these should be practical and capable of being successfully implemented, and not merely sweep under the carpet contrary and uncomfortable opinions," it said in a statement.

The MCB said it supported the deportation of those who incited hatred or advocate violence, supported acts of violence in Britain, or violated British law. However "such actions against those expressing support for any of the liberation movements anywhere in the world would be viewed as oppressive," it added.

It would be more prudent to try offending individuals under British law, the group said. "Sending them out may turn them into unwanted heroes who may then be free to export their vile thoughts, if such be the case, from exile."

Meanwhile the Islamic Human Rights Commission issued a statement saying: "The IHRC views the new grounds for deportation as the criminalization of thought, conscience and belief."

The Home Office is obtaining guarantees from recipient nations, including Jordan, Tunisia and Morocco, that individuals returned under the new rules will not face persecution. Under the European Convention on Human Rights it is prohibited to return people to countries where they may face torture.

However human rights groups and the United Nations have criticized the agreements, saying they are little more than a piece of paper.

Gareth Crossman, of the human rights group Liberty, said: "What separates us from the terrorists is that we do not torture people or send them to be tortured.

"We believe it is far better for terrorist suspects be tried than shuffled around the world.

"If it is necessary to deport people, we need more than self-serving assurances to demonstrate that countries with appalling human rights records are safe."

Manfred Nowak, the U.N. special rapporteur on torture, said Tuesday that agreements with countries which might have committed human rights abuses in the past was "not an appropriate tool to eradicate this risk."

However the measures were welcomed by the two main opposition parties.

Liberal Democrats Home Affairs Spokesman Mark Oaten said the party broadly welcomed the deportation powers, as long as the individuals involved had a right to appeal and the case for deportation was reasonable.

He commended the home secretary for "see(ing) sense on the deportation rules.

"It would have been unacceptable to deport people on the basis of a lack of general commitment to U.K. values or to remove the right of appeal, both ideas that were suggested by the prime minister."

Conservative Shadow Education Secretary David Cameron, a strong contender for the party leadership, said it was right that the home secretary was able to weigh up the danger to national security posed by an individual against the danger to the individual's well-being if deported.

While he classified himself as a "big supporter of human rights," Cameron said he believed it was wrong that under the Human Rights Act the danger posed by the individual was not taken into material consideration if there was any risk to his person should he be deported.

Speaking at the Foreign Policy Center, Cameron said if the government succeeded in agreeing "memorandums of understanding" with recipient nations, "so much the better."

However if not, the government must amend the Human Rights Act or, if necessary, leave the European Convention on Human Rights, he said.

Algeria-Watch hat ein Dossier zu dem Thema auf ihrer Webseite:
<http://www.algeria-watch.org/fr/mrv/mrvref/extradition_gb/extradition_gb.htm> (französisch/englisch)

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Pressefreiheit in Algerien

Das Europäische Parlament, Donnerstag, 9. Juni 2005, P6_TA-PROV(2005) 0242

- unter Hinweis auf das Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Algerien vom 21. April 2002,
- unter Hinweis auf die Berichte des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) für 2002, 2003 und 2004 über die menschliche Entwicklung in der Arabischen Welt,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom Mai 2003 über die Intensivierung der EU-Maßnahmen für die Mittelmeer-Partnerländer in den Bereichen Menschenrechte und Demokratisierung (KOM(2003)0294),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom März 2003 betreffend "Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn" (KOM(2003)0104),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom April 2005 über den "Zehnten Jahrestag der Partnerschaft Europa-Mittelmeer – Ein Arbeitsprogramm für die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre" (KOM(2005)0139),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 28. April 2005 zum Jahresbericht zu Menschenrechten in der Welt 2004 und der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union(1) ,
- unter Hinweis auf die am 15. März 2005 in Kairo angenommene Entschließung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer,
- unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschließungen zu Algerien und insbesondere seine Entschließung vom 10. Oktober 2002 zum Abschluss eines Assoziationsabkommens mit Algerien(2) ,
- gestützt auf Artikel 115 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Partnerschaft Europa-Mittelmeer in erster Linie darauf abzielt, einen Raum des Friedens und der Stabilität zu schaffen, der auf den Grundsätzen der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Demokratie beruht,
- B. in der Erwägung, dass die Europäische Union um die Förderung der Demokratie, um eine verantwortungsvolle Staatsführung und den Rechtsstaat sowie um die Verteidigung der Menschenrechte insgesamt bemüht ist,
- C. unter Hinweis auf die Verpflichtungen, die die algerische Regierung im Rahmen der Erklärung von Barcelona, die auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz vom 27. und 28. November 1995 angenommen wurde, eingegangen ist,
- D. unter Hinweis auf Artikel 2 des oben genannten Assoziationsabkommens, demzufolge die Achtung der demokratischen Grundsätze und der Grundrechte die interne und internationale Politik der Parteien leitet und einen wesentlichen Bestandteil des Abkommens darstellt,
- E. unter Hinweis darauf, dass das Fernsehen, der Rundfunk und die Presse in Algerien zum Staatsmonopol gehören,
- F. besorgt über die Pressefreiheit seit der Reform des algerischen Strafgesetzbuchs im Mai 2001, insbesondere über die Bestimmungen betreffend hohe Geld- und Gefängnisstrafen für Diffamierungen,
- G. in der Erwägung, dass zur Zeit zahlreiche Gerichtsverfahren wegen Pressedelikten in Bezug auf Journalisten der in Privatbesitz befindlichen französischsprachigen Tageszeitungen Le Matin, Liberté, Le Soir d'Algérie und El Watan anhängig sind; in besonderer Weise besorgt über die gegen Farid Alilat, Fouad Boughanem, Hakim Laâm, Abla Chérif, Hassan Zerrouky, Youssef Rezzoug, Yasmine Ferroukhi und Hafnaoui Ghouli verhängten Gefängnisstrafen,
- H. mit dem Hinweis darauf, dass der Direktor der Tageszeitung Le Matin, Mohamed Benchicou, am 14. Juni 2004 wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Kontrolle von Geldwechsel und Kapitalbewegungen zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt und seine Zeitung im Juni 2004 durch Gerichtsbeschluss aufgelöst wurde; in der Erwägung, dass sein Antrag auf Freilassung aus Gesundheitsgründen am 20. April 2005 von den algerischen Justizbehörden abgelehnt wurde, obwohl sein Gesundheitszustand sich dramatisch verschlechtert hat; unter Hinweis ferner auf die Verurteilung und Inhaftierung des Direktors der Pressegruppe Er-raï Elâm, Ahmed Benaoum, seit dem 28. Juni 2004,

I. in der Erwägung, dass das Notstandsdekret vom 9. Februar 1992 sowie alle weiteren daraus hergeleiteten Dekrete und Rechtstexte nach wie vor gelten,

J. in der Erwägung, dass zur Zeit von der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte Projekte zum Aufbau einer pluralistischen Information und zur Stärkung der unabhängigen Medien in Algerien finanziert werden,

1. begrüßt die Ratifizierung des oben genannten Assoziationsabkommens durch das algerische Parlament und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass mit Inkrafttreten dieses Abkommens die Möglichkeit gegeben sein wird, den politischen Dialog mit Algerien im Rahmen des Assoziationsrates erneut aufzunehmen;

2. hebt die Bedeutung der Europa-Mittelmeer-Nachbarschaftspolitik und der entsprechenden Aktionspläne zur Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte hervor und weist darauf hin, dass bei der Ausarbeitung dieser Aktionspläne insbesondere die Pressefreiheit ernsthaft berücksichtigt werden muss;

3. vertritt insbesondere die Auffassung, dass die Bestimmungen des algerischen Strafbuches vom Mai 2001, die Freiheitsstrafen für Diffamierungen des Präsidenten, des Parlaments oder jeder sonstigen öffentlichen Einrichtung oder jedes sonstigen öffentlichen Gremiums vorsehen, Behinderungen für die Ausübung des Journalistenberufs in Algerien darstellen;

4. fordert die algerischen Behörden eindringlich auf, unverzüglich gesetzliche Maßnahmen zu verabschieden und umzusetzen, die nach Maßgabe der internationalen Abkommen und Verträge, denen Algerien beigetreten ist, ein Höchstmaß an Achtung der Grundrechte und insbesondere die umfassende Wahrung der Pressefreiheit ermöglichen; fordert diesbezüglich, dass "Pressedelikte" endgültig entkriminalisiert werden;

5. fordert die algerischen Behörden auf, die wegen Diffamierung zu Haftstrafen verurteilten Journalisten unverzüglich freizulassen, dem unnachgiebigen Vorgehen der Justiz gegenüber den algerischen Privatmedien wegen Meinungsdelikten ein Ende zu machen und die Strafverfolgung der algerischen Privatmedien einzustellen;

6. vertritt die Auffassung, dass die Aufhebung des Notstands zum Aufbau des Rechtsstaats und zur Achtung der Bestimmungen des Artikels 2 des oben genannten Assoziationsabkommens beitragen würde;

7. ersucht den Rat und die Kommission, eindeutige Mechanismen für eine regelmäßige Beurteilung der Beachtung von Artikel 2 durch alle Parteien des Assoziationsabkommens, einschließlich des Europäischen Parlaments, der Algerischen Nationalen Volksversammlung und der algerischen Zivilgesellschaft, einzuführen;

8. ersucht den Ratsvorsitz des Vereinigten Königreichs, den Assoziationsrat EU-Algerien einzuberufen, um den politischen Dialog mit Algerien wieder aufzunehmen und bei diesen Treffen die Frage nach der Pressefreiheit auf die Tagesordnung zu setzen;

9. ersucht die Kommission, mit Hilfe der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte weiterhin Programme zur Stärkung der unabhängigen Medien in Algerien und den Aufbau einer pluralistischen Information zu fördern;

10. fordert, dass in der nächsten Sitzung der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern die Frage der Pressefreiheit angesprochen wird;

11. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, dem persönlichen Vertreter für Menschenrechte von Javier Solana, Generalsekretär und Hoher Vertreter für die GASP, der Kommission sowie der Regierung und der Nationalen Volksversammlung Algeriens zu übermitteln.

(1) P6_TA(2005)0150.

(2) ABl. C 279 E vom 20.11.2003, S. 115.

Skandal in der Trierer Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende

Mit Billigung deutscher Behörden macht der algerische Generalkonsul algerischen Asylantragstellern seine Aufwartung

Presseerklärung, Pro Asyl, 15. August 2005

Asylsuchende dürfen zu Recht erwarten, mindestens bis zum Abschluss ihres Verfahrens nicht mit Vertretern des Landes konfrontiert zu werden, aus dem sie geflüchtet sind. Dass dies leider nicht selbstverständlich ist, zeigt ein Vorfall in Trier, der erst jetzt bekannt wurde.

Der Leiter der Trierer Ausländerbehörde und zugleich Leiter der Clearingstelle des Landes Rheinland-Pfalz für Passbeschaffung, Dietmar Martini-Emden, machte am 11. Mai 2005 einen Rundgang durch die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende. In seiner Begleitung: der algerische Generalkonsul mit zwei weiteren Personen und einer Dolmetscherin. Offenbar sollte dem Konsul gezeigt werden, wie Flüchtlinge untergebracht sind. Statt Porta Nigra und Amphitheater wurden so Menschen zum Objekt des Sightseeings.

Bis dahin bereits eine problematische Idee, wurde die Angelegenheit dann vollends zum Skandal: Martini-Emden entsprach dem Wunsch des Konsuls, algerische Landsleute aufzusuchen. Die algerische Familie B. sah sich plötzlich dem Generalkonsul, weiteren unbekanntem Algeriern und dem stellvertretenden Leiter der Aufnahmeeinrichtung gegenüber. Nach anfänglichem small talk fragte der Generalkonsul die Familie auf arabisch, was sie bewogen habe, in Deutschland Asyl zu beantragen. Dies gab die verunsicherte Familie später gegenüber ihrem Anwalt, Karl-Heinz Angele aus Trier, an. Man habe angenommen, dass der Besuch im Zusammenhang mit dem im Asylverfahren vorgebrachten Vorkommnissen in ihrem Heimatland stehe. Nach Angaben des Anwalts hat die Ausländerbehörde Trier den Besuch bestätigt.

„Wenn Botschaftsangehörige in Begleitung deutscher Behörden ‚ihre‘ Flüchtlinge noch während des laufenden Asylverfahrens heimsuchen können, dann ist das ein massiver Verstoß gegen den Flüchtlingsschutz“, so Siegfried Pick vom Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz.

PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic: „Die für Passbeschaffung zuständigen Behörden haben auch in anderen Bundesländern oftmals fragwürdige Beziehungen zu Vertretern von Problemstaaten. In Trier jedoch wurde eine weitere Grenze überschritten.“

Der Arbeitskreis Asyl und PRO ASYL sehen das Innenministerium in Mainz in der Pflicht, den Vorfall lückenlos aufzuklären und Konsequenzen zu ziehen.

Dietmar Martini-Emden steht mit diesem Vorfall nicht zum ersten Mal im Rampenlicht. Seine Suspendierung wurde bereits im Zusammenhang mit früheren Vorkommnissen gefordert.

gez. Bernd Mesovic: Referent bei PRO ASYL

gez. Sigi Pick: Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz

Zum Hintergrund: Die Kritik an Missständen im Verantwortungsbereich von Herrn Martini-Emden in den letzten Jahren:

· In einem Papier aus dem Jahre 2000 zur Funktion der rheinland-pfälzischen Landesunterkunft für Ausreisepflichtige sah Martini-Emden deren Wirkungsweise darin, „die Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungslosigkeit- und Orientierungslosigkeit“ zu versetzen.

· Im Jahre 2001 fand in seinem Verantwortungsbereich eine überaus merkwürdige „Penisschau“ bei einem Ausreisepflichtigen statt, die offenbar absurderweise dem Zweck der Identitätsklärung dienen sollte. In einem Schreiben vom 2. Januar 2002 rechtfertigte Martini-Emden den Vorgang u.a. damit, dass es sich beim Vorweisen des Penis auf der Behördentoilette möglicherweise um ein „freiwilliges Beweisangebot“ des Betroffenen gehandelt habe. (PRO ASYL Presseerklärung vom 4. Februar 2002)

· Im Jahre 2002 führte das Bundesministerium des Innern in China Gespräche mit dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik. An diesen Gesprächen mit dem chinesi-

schen Sicherheitsministerium nahm Martini-Emden als Vertreter der Bundesländer teil. Diese Gespräche dienten der Vorbereitung der im Juni 2003 erfolgten Expertenanhörungen, so der damalige rheinland-pfälzische Innenminister Zuber.

Die Vorgänge um die im Jahr 2003 folgenden Zwangsvorfürungen von Chinesen in Trier waren der nächste Skandal unter der Ägide des Behördenleiters Martini-Emden. Ausreisepflichtige chinesische Staatsangehörige wurden nicht näher ausgewiesenen chinesischen „Experten“ zwangsvorgeführt. Nichtkonsularisches Personal konnte in deutschen Behördenräumen im Martini-Emden Bereich schalten und walten. Nachfragenden gegenüber verweigerte Martini-Emden eine Antwort auf die Frage, ob im Haus die Menschenrechte beachtet würden, nachdem einbestellte Chinesen sich bedroht gefühlt hatten. (PRO ASYL-Presseerklärung vom 4. August 2003)

USA errichten Abhörstation in Algerien

Insgesamt 1000 US-"Militärberater" sollen in Nordafrika gegen Terroristen kämpfen

von Torsten Krauel, Die Welt, 3. August 2005

Washington - Eine in aller Stille im südalgerischen Tamanrasset am Fuß des Hoggar-Gebirges errichtete große US-Abhörstation ist der französischen Wochenzeitung "Le Canard Enchaîné" zufolge einsatzbereit. Die Einrichtung, über deren Bau seit einem Jahr Berichte in spanischen und arabischen Medien kursieren und die solchen Berichten gemäß von der Firma Kellogg, Brown & Roots am Flugplatz der Stadt als "Nasa-Bodenstation" gebaut worden ist, soll al-Qaida-Aktivitäten in Westafrika überwachen. Der Bau der Anlage geht auf den Besuch des algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika in Washington im September 2003 zurück. Der "Canard" schreibt in seiner neuen Ausgabe, rund 400 US-Soldaten seien inzwischen dort beschäftigt. Im Juni sei unter dem Codewort "Flintlock 2005" erstmals ein Manöver durchgeführt worden, an dem auch Einheiten Algeriens, Malis und Senegals teilgenommen hätten.

Die Station ist Teil einer weitgehend unbeachteten US-Strategie, Westafrika präventiv gegen den islamischen Terror zu unterstützen. Nach den Anschlägen al-Qaidas auf zwei US-Botschaften in Ostafrika 1998, die mehr als 200 Tote und über 2000 Verwundete forderten, begannen die US-Ermittler intensiv die Finanzströme der Täter zu erforschen. Dabei stießen sie auf eine Spur ins westafrikanische Sierra Leone. Am Handy meldete sich jemand als "Alpha Zulu" und kontaktierte "Sierra Oscar". Es ging um leonische Diamanten in erheblichen Mengen. Hinter "Alpha Zulu" verbarg sich ein libanesischer Geschäftsmann. "Sierra Oscar" war ein Kommandeur der leonischen Rebellenfront RUF. Im engsten Umfeld des Libanesen gab es eine direkte Spur zu islamischen Finanziers in Dubai und zum al-Qaida-Chefplaner in Ostafrika. Im weiteren Umfeld gab es eine Verbindung nach Deutschland. Die Geschäfte des Libanesen mündeten schließlich in einen Raid belgischer Polizei in Antwerpen. Der Libanese hatte versucht, gegen seine Diamanten tragbare Luftabwehrraketen zu erwerben.

Die Spur nach Westafrika ist heiß, und nicht nur dort. Der gesamte Raum südlich der Sahara, von Sierra Leone bis Nigeria, gilt al-Qaida nach dessen eigenen Bezeugungen als neue Basis. Eine "Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf" in Südalgerien hat sich kürzlich offen zur Qaida-Ideologie bekannt und das Ziel verkündet, alle "Ungläubigen" aus Algerien zu vertreiben. Die Gruppe wird für die Entführung von 32 Urlaubern, unter ihnen 16 Deutsche, im Frühjahr 2003 verantwortlich gemacht. Im Juni attackierte sie mauretanische Soldaten, es gab 15 Tote. Washington beobachtet solche Aktivitäten auch wegen seiner Erdölinteressen scharf. Bestrebt, die Abhängigkeit von Riad zu verringern, haben die USA seit 2001 die Ölimporte aus Algerien ausgeweitet. 15 Prozent der amerikanischen Öleinfuhren stammen heute aus Westafrika. Vor der westafrikanischen Küste lagern unerschlossene Vorkommen. US-Marineflugzeuge identifizierten Ende 2003 die Waffenlager der Salafisten in Mali. Die Salafisten wurden in den Tschad gelockt, wo eine militärische Einheit des Tschad sie aufrieb. Ihr Führer entkam. Beraten und begleitet wurden die Soldaten von US Marines.

Diese Berater sind inzwischen in Stärke von rund tausend Mann in ganz Westafrika stationiert. Das für Afrika zuständige US-"Kommando Europa" in Stuttgart hat eine "Trans-Sahara Antiterror-Initiative" ins Leben gerufen, hinter der sich die stillschweigende Entsendung von

US-Soldaten verbirgt - von Mauretanien bis in den Niger. Die Soldaten bilden in den Gastländern Antiterror-Einheiten aus, leisten aber auch wirtschaftliche Hilfe. Es sind kleine Teams. Im Niger sind es 24 Amerikaner, in anderen zwölf oder weniger. Der Etat 2005 dieser Initiative beträgt der "Washington Post" zufolge 16 Millionen Dollar. Für 2007-2011 sollen es 100 Millionen sein.

Im subsaharischen Afrika hat Frankreich Verbindungen, die Washington nicht besitzt. Die amerikanisch-französische Kooperation dort ist deshalb ein wichtiger Aspekt bei George W. Bushs Bestreben, das Verhältnis der USA zu Paris nicht von Ressentiments der Republikanischen Partei bestimmen zu lassen. Seit Anfang 2002 haben beide Staaten in Paris ein Antiterrorzentrum aufgebaut, die "Alliance Base", in welcher US-Technik und französische Erfahrung in Afrika synergetisch genutzt wird. Die "Washington Post" berichtete kürzlich darüber. Geführt von einem Franzosen, finanziert von der CIA, werden dort Antiterror-Maßnahmen einer Vielzahl von Staaten koordiniert. In der "Alliance Base" sitzen auch deutsche Vertreter. Dort könnten deutsche Nachrichtendienste auf diesem Sektor endlich eng miteinander kooperieren, berichtet die "Post". Auf deutschem Boden ist ihnen das untersagt.

Mitarbeit: jhe.

Durch die Wüste

German-foreign-policy, HANNOVER/TUNIS/BERLIN, 14. Juli 2005

(Eigener Bericht) - Mit einem deutlichen Umsatzwachstum bei Reisen deutscher Urlauber über die südlichen EU-Außengrenzen nach Nordafrika rechnet der deutsche Touristik-Konzern TUI. Reisen nach Tunesien und Marokko seien "absolut im Trend" und versprechen auch für die kommenden Jahre hohe Zuwachsraten, bestätigt ein TUI-Sprecher auf Anfrage von german-foreign-policy.com. In den nordafrikanischen Zielstaaten deutscher Urlauber sammeln sich afrikanische Flüchtlinge, die unter dem Druck deutscher Behörden und mit Hilfe deutscher Technologie an der Weiterreise nach Europa gehindert werden. Ihre innerafrikanischen Reiserouten, die nach dem Willen der Bundesregierung in Lager ("Auffangzentren") münden sollen, sind Gegenstand detaillierter Nachforschungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wie die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) schreibt, ist "ein frühes Filtern des Migrantenstroms" ein notwendiger "Bestandteil der europäischen Flüchtlingspolitik".

Reisen deutscher Urlauber nach Nordafrika sorgen beim Touristik-Konzern TUI aus Hannover für kräftig wachsende Umsätze. Das Unternehmen verzeichnete im vergangenen Jahr Zuwachsraten von 13 Prozent (Tunesien) und 58 Prozent (Marokko) und rechnet für die laufende Saison erneut mit einer "deutlichen Steigerung". "Reisen nach Marokko und Tunesien sind absolut im Trend", bestätigt ein TUI-Sprecher auf Anfrage von german-foreign-policy.com. Insgesamt reisten im vergangenen Jahr rund 146.000 Deutsche nach Marokko und rund 573.000 Deutsche nach Tunesien - Tendenz steigend. "Zahlreiche Stätten des Weltkulturerbes", "lange(...) Küstengebiete" und "großartige Wüsten- und Gebirgslandschaften" böten ausreichend Anreize, heißt es in einem Überblick über den Nordafrika-Tourismus.1) Selbst im touristisch weniger erschlossenen Libyen gebe es "eine Reihe erfolgreicher deutscher Anbieter von Reisen zu archäologischen Stätten und in die Wüste", schreibt das Auswärtige Amt.2)

Im Angebot

Weniger archäologisch als phongewaltig treten zahlreiche deutsche Reiseunternehmen auf, die in Nordafrika "Abenteuerreisen" anbieten. Beliebt sind Motorrad- und Off-Road-Rallies, die durch die Armendörfer des Maghreb führen. Ebenfalls geschätzt werden Ballon-Events über dem Atlas-Gebirge mit originaler Berber-Folklore. Esoterisch gestimmte Deutsche bevorzugen Freiluftfahrten unter nächtlichem Wüstenhimmel und Schweigemärsche zu mobilen Zeltplätzen, an denen ihre Träger warten. Die exklusiven Wüsten-Urlaube sind für mehrere Tausend Euro im Angebot.

Hauptknotenpunkte

Durch die Wüste ziehen ebenfalls die Trecks afrikanischer Flüchtlinge, die nach Plänen der Bundesregierung in Lagern ("Auffangzentren") der nordafrikanischen Küstenstaaten enden sollen. Die wichtigsten Wegstrecken der Kriegs- und Armutsmigranten listet eine Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf. Demnach finden sich "Hauptknotenpunkte für auswanderungswillige Afrikaner aus West- und Zentralafrika" in Mali (Gao) und Niger (Agadez). "Die Route von Mali aus" führe über Algerien und Marokko nach Spanien ("über die Meerenge bei Gibraltar und die Kanarischen Inseln"), in Tunesien sei "die gesamte obere Ostküste" ("Sfax, Mahdia, Bizerte, Tunis/La Goulette") Ausgangsort für das Übersetzen nach Italien ("Pantelleria, Lampedusa und Sizilien"). Von der Südgrenze Libyens hingegen führten "nur wenige Straßen zur Küste". "Die Wege der illegalen Migranten aus Afrika heraus", heißt es summarisch, "verlaufen insbesondere über die Maghrebstaaten".³⁾

Durchgangsländer

Die Bundesregierung sucht ihre Kontrolle über die Durchgangsländer der afrikanischen Flüchtlinge sukzessive zu vergrößern. Vor zwei Jahren nutzte Berlin die Entführung deutscher Sahara-Touristen, um den Einfluss der deutschen Sicherheitsbehörden in Mali auszuweiten.⁴⁾ Im Zentrum der deutschen Bemühungen stehen seit Jahren die nordafrikanischen Küstenstaaten. Den Rahmen für die "Kooperation auf dem Gebiet der illegalen Migration" bildet der 1995 abgeschlossene "Vertrag von Barcelona", der die engere Anbindung der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainerstaaten an die EU regelt. Er wird durch nationale Abkommen konkretisiert. So sieht etwa das im März 2000 in Kraft getretene Assoziationsabkommen zwischen der EU und Marokko einen "ständigen Dialog über Fragen der illegalen Migration" vor.⁵⁾ Wie es beim BMZ heißt, könnte Marokko seinen "Migrationsdruck" durch die Einführung einer Visumpflicht für Reisende aus Subsahara-Staaten verringern. Auch vertragliche Regelungen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge über Zwangsrückreisen ("Rückübernahmeabkommen") legt das Ministerium der marokkanischen Regierung nahe.⁶⁾

Weggabelung

Wie aus einem Hintergrundtext des BMZ hervorgeht, werden die auf ihrer Reise nach Norden beobachteten und kontrollierten afrikanischen Flüchtlinge auf ihren Nutzen für Bedürfnisse der europäischen Wohlstandsregionen geprüft. So gehören zum MEDA-Programm der EU, für das Bruxelles für den Zeitraum von 2002 bis 2004 rund 115 Millionen Euro zur Verfügung stellte, neben Geldern zur "Unterstützung der marokkanischen Behörden bei der Bekämpfung der illegalen Migration" auch Mittel zur "Ausrichtung der legalen Migration am Bedarf der EU".⁷⁾ Ein "frühes Filtern des Migrantenstroms" sei ein notwendiger "Bestandteil der europäischen Flüchtlingspolitik", schreibt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).⁸⁾ Eine Zuspitzung finden diese Maßnahmen in Planungen des EU-Kommissars Frattini. Mehrere italienische Politiker schlagen vor, die von der Bundesregierung befürworteten Nordafrika-Lager zwecks Siebung nützlicher Migranten zu nutzen.⁹⁾

Rückreise

Das Recht, trotz aller Grenzkontrollen unerwünscht eingereiste afrikanische Flüchtlinge zur Rückreise zu zwingen, lässt sich Berlin vertraglich garantieren. So genannte "Rückübernahmeabkommen" hat die Bundesregierung inzwischen mit Marokko und Algerien abgeschlossen, das Bundesinnenministerium kündigt den Abschluss entsprechender Verträge mit weiteren Staaten Afrikas an. Wie es beim BMZ heißt, sind auch nicht vertraglich gebundene Staaten kooperationsbereit: "Probleme bei der Rückführung illegaler libyscher Immigranten aus EU-Staaten sind (...) nicht bekannt."¹⁰⁾

1) Tourismus in Nordafrika; Informationen zur politischen Bildung Heft 272

2) Beziehungen zwischen Libyen und Deutschland; Länder- und Reiseinformationen des Auswärtigen Amtes

3) Migration in und aus Afrika; BMZ Spezial Nr. 118, September 2004

4) s. dazu Weltinnenpolitik

5), 6), 7) Migration in und aus Afrika; BMZ Spezial Nr. 118, September 2004

8) Flüchtlinge aus Afrika; SWP-Aktuell August 2004

9) s. dazu Das Libyen-Projekt

10) Migration in und aus Afrika; BMZ Spezial Nr. 118, September 2004

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 11

I. Zur politischen Lage

- ♦ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ♦ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ♦ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ♦ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ♦ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (I. Addi)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ♦ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- ♦ Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)
- ♦ APPELL - Die anhaltenden, von den Medien verschwiegenen Massaker zwingen uns, eine internationale Untersuchungskommission zu fordern
- ♦ Erklärung des Internationalen Komitees für den Frieden, die Menschenrechte und die Demokratie in Algerien (CIPA)

III. Dokumentation

Infomappe 12

I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ♦ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ♦ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

III. Dokumentation

- ♦ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi) 1999
- ♦ Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

Infomappe 13-14

I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ♦ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ♦ Britains plans Algerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ♦ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ♦ Interview avec Ali Yahia Abdenmour (LADDH)
- ♦ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages"

III. Dokumente / Analysen

- ♦ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ♦ Mémoire à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ♦ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ♦ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziane)

Infomappe 15

I. Zur politischen Lage

- ♦ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ♦ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ♦ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ♦ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ♦ Wer hat Lounes Matoub getötet?

III. Dokumentation

- ♦ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
- ♦ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
- ♦ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- ♦ Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

Infomappe 16

I. Unruhen in der Kabyle

- ♦ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ♦ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ♦ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

II. Enthüllungen

- ♦ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ♦ "Alle ausrotten, die Islamisten helfen"

- ♦ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ♦ Preface to "the dirty war" bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ♦ Algerian General accused of torture escapes Investifation

III. Internationale Reaktionen

IV. Menschenrechtsverletzungen

V. Generäle einst und heute

- ♦ General Nezzar greift an
- ♦ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussaresses)

Infomappe 17 (Juli 2001)

I. Unruhen in Algerien

- ♦ Algerien im Griff des Militärs.
- ♦ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ♦ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

II. Internationale Reaktionen

III. Menschenrechtsverletzungen

IV. Dokumentation

- ♦ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ♦ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ♦ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ♦ Document confidentiel de l'armée algérienne

Infomappe 18-19 (Januar 2002)

I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ♦ AW: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage
- ♦ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?
- ♦ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "
- ♦ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ♦ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les archs servent les desseins du pouvoir"
- ♦ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus
- ♦ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerie
- ♦ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature Journalist questioned over article about the armed forces
- ♦ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed
- ♦ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain
- ♦ Les droits de Homme malmenés en Algérie

IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe
- ♦ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual
- ♦ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera
- ♦ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.

Infomappe 20-21 (September 2002)

I. Die Junta vor Gericht

- ♦ Ein Prozessbericht
- ♦ Zwanzig Jahre Knast für ein Buch
- ♦ Témoignage du Capitaine Ahmed Chouchen

II. Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002

III Assoziierungsabkommen EU / Algerien

IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ The horrors of war aren't over yet
- ♦ Algeria: Army chief of staff says this is "my last post"
- ♦ Le pôle démocratique a disparu
- ♦ Congrès du FIS à Bruxelles
- ♦ Ce qu'ils ont fait de nous
- ♦ La presse et son nombril
- ♦ Françalgérie : sang, intox et corruption

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 22 (Januar 2003)

I. Neue Enthüllungen

- ◆ Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus
- ◆ Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ◆ Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne
- ◆ Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie
- ◆ Enlèvements et disparitions Forcées
- ◆ Un journaliste agressé décède après une tentative de suicide
- ◆ Cas d'appel sur la torture : Brahim Ladada et Abdelkrim Khider
- ◆ Aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"

Infomappe 23 (April 2003)

I. Bericht zur Menschenrechtslage 2002

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ◆ GIA. Bewaffnete islamische Gruppen im Dienste der algerischen Sécurité militaire?

III Verschwundene in Algerien

- ◆ « Une Amnestie est inéluctable »
- ◆ Ces Algériens disparus : un dossier explosif

IV Chirac in Algerien

- ◆ Algeria Led World in Forced Disappearances
- ◆ Jacques Chirac strebt die Versöhnung mit Algerien an
- ◆ Neue Freunde im Maghreb
- ◆ Nachruf : Mahmoud Khelili, Menschenrechtsanwalt

Infomappe 24 (Juli 2003)

I. Politische Lage

- ◆ Entlassung von Abbassi Madani und Ali Benhadj vor dem Hintergrund der Machtkämpfe innerhalb des Machtapparates
- ◆ Machtkampf in Algerien: Generäle bereiten die Ablösung des Präsidenten vor
- ◆ Algeria's ashes

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Salah-Eddine Sidhoum - ein Opfer staatlicher Verfolgung
- ◆ Die Familien der Verschwundenen machen mobil
- ◆ Algeria accused of killing thousands in secret war

III. Erdbeben und Unruhen

IV. Entführungen in der Sahara

- ◆ Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen

Infomappe 25-26 (Januar 2004)

Die Mordmaschine:

ein Bericht über Folter, geheime Haftzentren und Befehlsstrukturen

I. Politische Lage

- ◆ Präsidentschaftswahlen in Algerien: Die Junta und die französisch-amerikanischen Rivalitäten

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Salah-Eddine Sidhoum ist frei
- ◆ Strafanzeigen gegen Algeriens Generäle
- ◆ Proteste nach der Gründungs der staatlichen ad-hoc-Kommission zur Frage der "Verschwundenen"
- ◆ LADDH: Communiqué à propos de la commission ad-hoc
- ◆ AI: New "disappearances" mechanism must lead to full investigations
- ◆ Human rights campaigner tells of finding mass grave
- ◆ Massive Einschränkungen der Pressefreiheit

III. Enthüllungen

- ◆ DRS, GIA und Straflosigkeit

Infomappe 27 (April 2004)

I. Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2004

- ◆ Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah
- ◆ Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe
- ◆ Ein unglaubliches Ergebnis
- ◆ L'armée accorde 83,5% des voix à Bouteflika
- ◆ Les coulisses de la réélection de Bouteflika

II. Enthüllungen

- ◆ Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen
- ◆ Un déserteur algérien a du mal à obtenir l'asile
- ◆ Geheimdienstler packen aus
- ◆ Der Mord an den Trappisten von Tibhirine

III. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Voices of the Dead Echo Across Algeria
- ◆ The French connection
- ◆ More than one million internally displaced people ignored by the international community

Infomappe 28 (Juli 2004)

I. Buchrezension

- ◆ "Françalgérie": Über den geheimen Krieg in Algerien und die französischen Machenschaften

II. Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?

- ◆ Abderrezak "al-Para", das Phantom, das die Touristen in der Sahara entführte
- ◆ USA bekämpfen Terror in Algerien
- ◆ Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?
- ◆ Algerien gelingt Schlag gegen Islamisten

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ T'kout, Tizi-Ouzou, Serkadji, Châteaufort...
- ◆ Observatorium für Menschenrechte in Algerien (Präsentation)
- ◆ Menschenrechtsverletzungen Tag für Tag
- ◆ "Ich erledige dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen!"
- ◆ "Weder Bouteflika noch dein Gott können dich vor uns retten"
- ◆ Initiative für eine nationale Wahrheits- u. Gerechtigkeitskommission
- ◆ Amnesty International: Jahresbericht 2004

Infomappe 29-30 (Januar 2005)

- ◆ Amnestie - Amnesie
- ◆ Families of Algeria's "disappeared" search for truth
- ◆ Observatorium für Menschenrechte in Algerien
- ◆ Der Drahtzieher geht
- ◆ Große Opfer
- ◆ Asyl wird outgesourced
- ◆ Waffen für Nordafrika
- ◆ Flüchtlingslager in Afrika
- ◆ A pile-up of shameful contradictions
- ◆ Presseerklärung des Komitee Gerechtigkeit für Algerien

Basso-Tribunal: Menschenrechtsverletzungen in Algerien

- ◆ 1. Zweck der Anrufung des ständigen Tribunals der Völker
- ◆ 2. Was ist das ständige Tribunal der Völker (Tribunal permanent des peuples)?
- ◆ 3. Die Session des ständigen Tribunals der Völker über die Menschenrechtsverletzungen in Algerien
- ◆ a) Kurzer Abriss der zugrundeliegenden Ereignisse
- ◆ b) Ziele der Session
- ◆ c) Zeitplan der Session
- ◆ 4. Dossiers

Infomappe 31 (April 2005)

- ◆ Algerien: 200 000 Tote und 500 000 Verhaftungen später...
- ◆ Untersuchung über den seltsamen Ben Laden der Sahara
- ◆ Die Armee- und Geheimdienstchefs sind verantwortlich und schuldig
- ◆ "Keine Amnestie ohne Wahrheit und Gerechtigkeit"
- ◆ Amnesty law risks legalizing impunity for crimes against humanity
- ◆ Algerien: Der Ausverkauf hat begonnen
- ◆ Observatorium für Menschenrechte in Algerien
- ◆ Ali Drif, Opfer einer illegalen Abschiebung aus Frankreich, ist nach seiner Ankunft in Algerien verschwunden
- ◆ Abschiebung einer Delegation von drei NGO auf dem Flughafen von Algier
- ◆ Returns to Algeria: inaccurate Home Office information corrected
- ◆ UNHCR position paper on the return of Algerian nationals found not to be in need of international protection

Algeria-Watch

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net - Im Internet: www.algeria-watch.org